

Datenabrufe gemäß § 38 BMG

Problemstellung

Unterschiede in den Prozessen des Datenabrufs durch Nicht-Sicherheitsbehörden und Sicherheitsbehörden sind mit BMG kaum mehr existent, daher sind einheitliche Prozesse für alle Abrufe nach § 38 BMG erforderlich.

Konkret:

- Anforderung von Trefferliste und Anforderung von Detailauskunft unter Verwendung eines eigens dafür gebildeten anfrage-spezifischen ID-Merkmals
- Phonetische Suche zukünftig für alle Abrufe nach § 38 BMG zulässig
- Protokollierungspflicht für Meldebehörden bei Anfragen von Nicht-Sicherheitsbehörden bis hin zur Kennung der anfragenden Person (Element Anwenderkennung verpflichtend), bei Anfragen von Sicherheitsbehörden hat die anfragende Behörde die Protokollierung vorzunehmen (§40)
- Das Verhalten bei Vorliegen von Auskunftssperren ist für alle Abrufe nach § 38 BMG identisch und muss dem BMG angepasst werden.

Lösung

Die Abrufe für Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie andere öffentliche Stellen, werden in einem gemeinsamen Kapitel beschrieben und werden über das gleiche Nachrichtenpaar abgebildet. Dafür wurde ein neues Nachrichtenpaar (1320/1321) erstellt, welches von der abfragenden Stelle gemäß ihrer rechtlichen Befugnisse ausgestaltet werden kann.

- Die Antwort auf die Suchanfrage (Nachricht 1321) ist so ausgestaltet, dass sowohl Trefferlisten als auch Einzelauskünfte, Neutrale Antworten sowie Fehlermeldungen mitgeteilt werden können.
- Die Nachrichten sehen gem. BMG sowohl für die Suche, als auch für die Antwort keine Übermittlung von Auskunftssperren nach § 51 BMG vor. Im Falle des Vorliegens einer Auskunftssperre nach § 51 BMG wird folgendes Verfahren beschrieben:
 - Liegt eine Trefferliste mit Personen vor, zu denen eine Auskunftssperre eingetragen ist, wird die Trefferliste um die betroffenen Personen reduziert, die anfragende Stelle erhält keine Informationen zu den betroffenen Personen.
 - Wird nur eine einzelne Person zur Suchanfrage gefunden und liegt zu dieser eine Auskunftssperre nach § 51 BMG vor, wird die Suchanfrage an die zust. Meldebehörde zur manuellen Bearbeitung ausgesteuert, die anfragende Stelle erhält eine neutrale Antwort. (Für die Aussteuerung der Suchanfrage wird eine Nachricht 1322 angeboten, die von den Landesregistern an die zust. Meldebehörde versendet werden kann.)
- Die Nachrichten erlauben sowohl für die Suche als auch die Antwort auf die Suchanfrage die Übermittlung des Datenumfangs für Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden, für andere öffentliche Stellen (einfache Behördenauskunft) sowie nach Landes- oder Bundesrecht festgelegte Datenumfänge (Beispiel § 10 Abs. 3 2. BMeldDÜV Europäische Bürgerinitiative). Die bisher bestehenden Nachrichten und Datentypen für die einfache Behördenauskunft (Nachricht 0420/0421) sowie die Nachrichten für die Datenübermittlung an die Polizeien wurden

aus der Spezifikation entfernt. (Eine detaillierte Übersicht befindet sich weiter unten in diesem Änderungsantrag)

Antragsdetails

Antragsteller: KoSIT

Erfasst am: 02.08.2012

Bezug:

Analyse des Änderungsantrags

Unterschiede in den Prozessen des Datenabrufs durch Nicht-Sicherheitsbehörden und Sicherheitsbehörden sind mit BMG kaum mehr existent, daher sind einheitliche Prozesse für alle Abrufe nach § 38 BMG erforderlich.

Konkret:

- Anforderung von Trefferliste und Anforderung von Detailauskunft unter Verwendung eines eigens dafür gebildeten anfrage-spezifischen ID-Merkmals
- Phonetische Suche zukünftig für alle Abrufe nach § 38 BMG zulässig
- Protokollierungspflicht für Meldebehörden bei Anfragen von Nicht-Sicherheitsbehörden bis hin zur Kennung der anfragenden Person (Element Anwenderkennung verpflichtend), bei Anfragen von Sicherheitsbehörden hat die anfragende Behörde die Protokollierung vorzunehmen (§40)
- Das Verhalten bei Vorliegen von Auskunftssperren ist für alle Abrufe nach § 38 BMG identisch und muss dem BMG angepasst werden.

Zu diskutierende Punkte:

- Kommunikationsmodell (synchron / asynchron) im Zusammenhang mit nur temporär gültigen ID-Merkmalen für Detailabfragen
- Aufgrund von Öffnungsklausel für Anfrageparameter und Ergebnisdaten (§ 38 Abs. 5) muss entschieden werden, ob die Nachrichten für Abrufe an § 38 BMG (minimal zulässiger Umfang) oder an § 3 BMG (maximal zulässiger Umfang gemäß BMG) orientiert werden
- Unterschiedliche Nachrichtenpaare für Nicht-Sicherheitsbehörden und Sicherheitsbehörden sinnvoll?
- Kann der Umgang mit Auskunftssperren gemäß §38 Absatz 2 in XMeld sinnvoll umgesetzt werden?
- Gebühren für Behördenauskünfte, werden diese erhoben und falls ja – beeinflusst dies die Verbreitung und produktive Nutzung der XMeld-Auskunftsnachrichten im stark negativen Sinn?
- Abgrenzung zwischen Auskünften gemäß § 34 und Abrufen gemäß § 38 BMG

Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

Bewertung

Bewertungskriterien										Aufwandsschätzung	
Gesetzliche Vorgabe	Fehler	Eindeutigkeit	XÖV-Konformität	Erleichterung MB	Erleichterung AB	XMeld-Prozesse	Wartbarkeit	Fachlicher Aspekt	Detail	Modellierung	
										Test	
										Hersteller	
										Betroffene Dokumente	
										Spezifikation	
										Has	
										Verwandte CRs	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		

Bewertet durch: AG**Bewertet am: 11.07.2012**

- These, dass für alle eine Trefferliste unterstützt werden wird, hat sich bestätigt
- Es besteht der Eindruck, dass an den Abrufen gearbeitet werden kann, ohne dass weitere Rechtsgrundlagen (DSMeld, BMeldDÜVen) gebraucht werden.
- Aussagen zur Authentisierung wird in die Spezifikation aufzunehmen sein
- Verhältnis von §38/§39 (Automatisierter Abruf/Verfahren) und §34 (Datenübermittlung an andere öffentliche Stellen) unklar:
 - o Was ist §34?
 - o Brauchen wir dafür Nachrichten?

Bewertet durch: CAB 02**Bewertet am: 2012-08-31**

Die Umsetzung der Paragraphen 34 und 38 in XMeld ist aus Sicht des Änderungsbeirates noch unklar. Bevor eine Befassung des EG erfolgen soll sind einige Punkte in der AG Bundesmeldegesetz bzw. in deren Untergruppen zu klären.

Bearbeitung

Wartend auf:

Betrifft	Aktivität	Status Mod	Status Test

Bearbeitet durch: WS Behördenauskunft**Bearbeitet am: 2013-06-05**

Zur Vorbereitung des Themas wurde ein Workshop durchgeführt:

Der Datenkatalog für die Abfragen wird in § 34 (1) Satz 1 BMG festgelegt und spielt im Rahmen des § 38 BMG eine Rolle bzgl. der Anfrage, vgl. § 38 (4) BMG.

Es wird davon ausgegangen, dass die Listenauskunft nach § 34 BMG nur "nicht-automatisiert" möglich ist und zur Erfüllung bestimmter Aufgaben wie Planung des Schulamtes, Sportstättenplanung dient. Im Rahmen von ToDo 1 wird geklärt, ob in diesem Fall auch ein automatisierter Abruf erlaubt ist.

§ 38 BMG ist eine sogenannte „Befugnisnorm“: Sie erlaubt es der Meldebehörde die Daten für den elektronischen Abruf bereit zu stellen, verpflichtet sie aber nicht dies zu tun.

Begriffsklärungen – ggf. Kandidaten für die grundlegenden Begriffe:

1. namentlich benannte Person: „Müller“, ...
2. Nicht namentlich benannte Person: „Müll“, „M*“, ...

Von OSCI-XMeld zu unterstützende automatisierte Auskunftsarten (siehe auch ToDo 1):

1. Einfache Behördenauskunft (§ 38 Abs. 1, 4 BMG) - Es erfolgt eine Suche nach einer **benannten** Person:
 - a. Hinreichend genaue Bestimmung der namentlich benannten Person in der Anfrage; keine Identifizierung (bzw. kein Treffer) führt zu neutraler Antwort (siehe Ablaufdiagramm zum autom. Verfahren) ansonsten Ausgabe des Treffers.
 - b. Nicht hinreichend genaue Bestimmung der namentlich benannten Person in der Anfrage; es gibt eine Trefferliste bei mindestens einer gefundenen Person. Sollte keine Person gefunden werden, wird eine neutrale Antwort geliefert.

2. Erweiterte Behördenauskunft für Sicherheits- und Justizbehörden (§ 38 Abs. 3, 4 BMG) - Es erfolgt eine Suche nach einer **benannten** Person:

- a. Hinreichend genaue Bestimmung der namentlich benannten Person in der Anfrage; keine Identifizierung (bzw. kein Treffer) führt zu neutraler Antwort (siehe Ablaufdiagramm zum autom. Verfahren) ansonsten Ausgabe des Treffers.
- b. Nicht hinreichend genaue Bestimmung der namentlich benannten Person in der Anfrage; Es gibt eine Trefferliste bei mindestens einer gefundenen Person. Sollte keine Person gefunden werden, wird eine neutrale Antwort geliefert.

3. Gruppenauskunft für Behörden (Grundlage ist § 34 Abs. 2 in Verbindung mit § 38 BMG) - Es wird **nach nicht namentlich benannten** Personen gesucht:

Beispiel: Hausauskunft „Welche Personen sind unter der Anschrift Dorfstr. 13 in Gemeinde XXX gemeldet“ (Anwendungsfall z.B. bei Einsatzvorbereitungen der Polizei oder bei Haus- und Wohnungsbränden.

Es werden alle Personen, die zu den eingegebenen Suchparametern passen in einer Liste übermittelt.

Für alle unter 1 bis 3 genannten Auskunftsorten gilt:

Aufgrund bundes-/landesrechtlicher Regelungen kann der Katalog grundsätzlich für die Anfrage- und Lieferdaten maximal bis auf den Umfang der Daten aus § 3 (1) und (2) BMG erweitert werden.

Einwohner, für die eine Auskunftssperre nach § 52 BMG eingetragen ist, dürfen nicht übermittelt werden. Soweit dieser Personenkreis durch eine Anfrage betroffen ist, sind die Ersuchen nach § 34 BMG durch die angezielte Meldebehörde (Meldebehörde in deren Bestand der Treffer erzielt wurde) zu bearbeiten. Diese Anfragen müssen aus dem automatisierten Verfahren ausgesteuert werden und als Ersuchen an die Meldebehörde übermittelt werden.

Authentisierung / Autorisierung gemäß § 39 (1) BMG

Das Thema scheint nach derzeitigen Erkenntnissen nicht relevant für XMeld zu sein.

Protokollierungspflicht nach § 40 BMG

Die Protokollierungspflicht der Meldebehörde nach § 40 Abs. 1 BMG gilt nicht, wenn eine der in § 34 Absatz 4 Satz 1 BMG genannten Behörden (Sicherheits-/Justizbehörden) die Meldedaten abrufende Stelle ist (vgl. § 40 Abs. 3 BMG). Die Ausführungen in der amtlichen Begründung zu § 40 BMG (BT-Drs. 17/7746, B. Zu § 40), wonach die Vorschrift die Meldebehörde und im Falle einer Abfrage einer Sicherheits-/Justizbehörden auch diese Stelle zur Protokollierung verpflichtet, ist im Lichte des § 10 Abs. 1 Satz 3 BMG, der im parlamentarischen Verfahren eingefügt wurde, zu betrachten. Danach hat der Betroffene keinen Anspruch auf Auskunft nach § 10 Abs. 1 Satz 2 BMG, wenn die abrufende Stelle eine Sicherheits-/Justizbehörde ist. Damit ist klargestellt, dass die Protokollierung nach § 40 Abs. 3 BMG ausschließlich von den dort genannten Behörden vorzunehmen ist und eine Protokollierung in diesen Fällen nicht bei der Meldebehörde erfolgt.

Protokollierungspflicht beim VAMS

Die Teilnehmer gehen davon aus, dass es sich bei der Anforderung des vorausgefüllten Meldescheins auch um einen automatisierten Abruf handelt. Die Protokollierung bei den Meldebehörden sollte hierbei gemäß § 40 (1) BMG erfolgen. Hierzu ist ToDo 3 zu bearbeiten.

Trefferliste mit "technischem ID-Merkmal" für anschließende Verwendung in Detailauskunft (siehe § 39 (2) BMG)

Dieses Thema wurde nicht im Detail behandelt. Es hängt jedoch von der Frage ab, ob es für Sicherheitsbehörden nur Trefferlistenauskünfte geben soll oder auch Einzelauskünfte zulässig sein

sollten und die die Nachrichten ausgestaltet sind. Das Thema wird von der AG Modellierung wieder aufgegriffen.

Regelung der Länge einer Trefferliste über Portalverordnung? (BMG trifft hierzu keine Aussage)

Aufgrund vorhandener Erfahrungen (Paketgrößen bei div. Bestandslieferungen aus OSCI-XMeld) und technischer Beschränkungen ist es sinnvoll, die Länge einer Trefferliste möglichst landes- oder Portaleinheitlich zu regeln. Dies ist aber für OSCI-XMeld irrelevant.

Auskunftssperre vs. Einwilligungserklärung - kann der Umgang mit Auskunftssperren gemäß § 38 (2) BMG in XMeld sinnvoll umgesetzt werden?

Problematik ASP / neutraler Hinweis:

- ne Trefferliste mit einem anschließenden, neutralen Hinweis, dass keine Auskunft gegeben werden kann aufgrund vorl. Auskunftssperren ist in XMeld 1.8.1 erlaubt. Aber prinzipiell ist dies gefährlich, da durch geschickte Einschränkung der Anfrage sukzessive ein Vorarbeiten bis hin zu einer leeren Trefferliste mit neutralem Hinweis möglich ist. Daher sollte dies eher nicht mehr unterstützt werden, auch wenn die Sicherheitsbehörden diese Funktionalität (weiterhin) bekommen möchten. Ei

Das Thema „Einwilligungserklärung“ spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle.

Die Teilnehmer gehen jedoch davon aus, dass eine Weiterleitung der Anfragenachricht an die betroffene Meldebehörde vom Spiegelregister notwendig wird, wenn das automatisierte Verfahren aufgrund einer vorliegenden Auskunftssperre bei der Anfrage an ein Spiegelregister abgebrochen worden ist. Die Weiterleitungsnachricht wird nach jetzigem Kenntnisstand in XInneres 3 vorhanden sein und liegt daher ggf. pünktlich zum 01. Mai 2015 vor. Hierzu sei auf ToDo 4 verwiesen.

Öffnungsklausel für Anfrageparameter und Ergebnisdaten (§ 38 (5) BMG) / Klärung des Nachrichtenumfangs

Der Datenumfang der Anfrage- als auch Lieferdaten ist gemäß Bundesmeldegesetz zunächst unterschiedlich, kann aber durch Landesregelung erweitert werden (§ 38 (5) BMG), maximal auf § 3 (1) und (2) BMG. OSCI-XMeld muss also prinzipiell einen identischen maximalen Feldumfang sowohl bei Behördenauskünften als auch Auskünften an Sicherheits- und Justiz-Behörden unterstützen können.

Unterschiedliche Nachrichtenpaare für Sicherheits-/ Justizbehörden und sonstige Behörden?

Mit dem BMG erfolgt innerhalb OSCI-XMeld eine Vereinheitlichung des grundsätzlichen Verfahrens: In beiden Fällen (Behördenauskunft sowie Auskünfte an Sicherheits- und Justizbehörden) sind Trefferlisten zulässig. Folglich muss OSCI-XMeld in beiden Fällen Trefferlisten zulassen. In den Nachrichten 13xx ist dies derzeit schon möglich, in den Nachrichten 042x derzeit nicht.

Es wird mindestens ein Nachrichtenpaar nach § 38 (1) BMG als Basis für die Behördenauskunft benötigt. Dies liefert entweder ein exaktes Ergebnis oder eine Trefferliste. Immer dann, wenn von Seiten der Sicherheits- oder Justizbehörde angefragt wird, übernimmt zudem die Sicherheitsbehörde die Protokollierung selbst. Im Falle der einfachen Behördenauskunft protokolliert die Meldebehörde, d. h., dass die Protokollierungsdaten in der Nachricht zwingend mitgegeben müssen.

Varianten für Auskunftsverfahren mit OSCI-XMeld:

1. n Nachrichtenpaar für alle: Sowohl für die einfache Behördenauskunft als auch für Auskünfte an Sicherheits- und Justizbehörden würden dieselben Nachrichten genutzt werden, allerdings ist sicherzustellen, dass zwischen "einfacher" Behörde und Sicherheits- und Justizbehörde unterschieden werden kann. Bei einfachen Behördenauskünften müssen Protokollierungsinformationen übermittelt werden, siehe § 40 (2) BMG. Ei
2. etrennte Blöcke bzw. Verfahren: für ‚einfache‘ Behördenauskünfte und für Auskünfte an Sicherheits- und Justizbehörden werden unterschiedliche Nachrichten verwendet G

Einzelauskunft an Sicherheitsbehörden

Für Sicherheitsbehörden sollte es möglich sein, auch eine spezielle Einzelauskunft anzubieten. Es ist in OSCI-XMeld zu überlegen, ob dafür die 0420/0421 erweitert werden sollte oder eine ähnliche Anfrage/Antwort-Struktur nur für Sicherheitsbehörden aufzunehmen ist.

Eine Lösung ist im Ansatz skizziert; modellierungstechnisch muss derselbe Datenkatalog unterstützt werden; der Unterschied liegt in der Protokollierung; der Umgang bzgl. der Listenauskunft ist noch zu klären

Gebühren für Behördenauskünfte und ihre (negativen) Folgen (siehe auch § 34 (6) BMG)

Gebühren- und Rechnungsstellung ist kein Thema für OSCI-XMeld

Zusammenfassung/ Ergebnissicherung / Weitere Schritte / Zeitleiste

Die Ergebnisse des Workshops werden in den CR übernommen und dienen als Grundlage für die weitere Arbeit im XMeld-Expertengremium. Da noch viele Unklarheiten existieren ist das Thema für den Änderungsbeirat im September aufzubereiten und Sitzung zusätzlich in der Sitzung Melderechtsreferenten zu besprechen.

Folgende Aufgaben wurden identifiziert:

Nr.	Aufgabe	Zuständig	Klärung bis
1	Klärung, ob der automatisierte Abruf die Listenauskunft nach § 34 (2) BMG einschließt. Wenn ja, ist zu klären, in welchem Umfang. Siehe auch § 40 (2) BMG. Dabei ist auch zu klären, wann eine Person als "namentlich benannt" gilt, damit eine einfache Behördenauskunft erstellt werden kann.	Alexander Leder klärt mit BMI	14.06.2013
2	Textabschnitt zum Thema "Protokollierungspflichten und -verbote" zuliefern	Alexander Leder an Jessica Heins	06.06.2013
3	Schreiben an die UAG Recht mit der Bitte um Harmonisierung der Protokollierungsregeln entsprechend § 40 (1) BMG.	Jessica Heins an UAG Recht	
4	Meldung an die PG Standard, dass die Weiterleitungsnachricht im Kontext der Behördenauskunft (Spiegelregister an MB) zum 01.05.2015 benötigt wird.	Jessica Heins an PG Standard	14.06.2013

Bearbeitet durch: AL

Bearbeitet am: 2013-06-06

ToDo 1 und 2 aus dem Workshop wurden erledigt. ToDo 2 wurde bereits in das Protokoll eingefügt. Zu ToDo 1 waren folgende Fragen mit Hilfe des BMI zu klären:

Zur Frage: Schließt der automatisierte Abruf (nach § 38 BMG) die Auskunft nach § 34 Abs. 2 BMG (Gruppenauskunft für Behörden) mit ein?

Antwort: Ja, die Auskunft über eine Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen (§ 34 Abs. 2 BMG) darf auch im automatisierten Abruf nach § 38 BMG unter den dort genannten Voraussetzungen übermittelt werden.

Folgefrage: Wenn ja, in welchem Umfang? Dabei ist auch zu klären, wann eine Person als namentlich benannt gilt, damit eine einfache Behördenauskunft erteilt werden kann.

Antwort: Die Auswahldaten für automatisierte Gruppenauskünfte für Behörden nach § 34 Abs. 2 BMG bestimmen sich nach § 38 Abs. 4 BMG mit den Einschränkungen des § 34 Abs. 2 2. Halbsatz. Hierbei ist zu beachten, dass die Länder den dort genannten Datenkatalog aufgrund von landesrechtlichen Regelungen erweitern können.

Wenn der Abruf durch eine Behörde durchgeführt wird, die nicht in § 34 Abs. 4 BMG aufgeführt wird, dürfen nur die in § 38 Abs. 1 BMG aufgeführten Daten übermittelt werden. Für Sicherheits- und Justizbehörden (§ 34 Abs. 4 Satz 1) stehen über den Katalog nach § 38 Abs. 1 BMG zusätzlich die in § 38 Abs. 3 BMG aufgeführten Daten zur Verfügung. Auch hierbei ist zu beachten, dass die Länder den dort genannten Datenkatalog aufgrund von landesrechtlichen Regelungen erweitern können. Bei Anfragen nach § 34 Abs. 2 BMG (Gruppenauskunft für Behörden) ist eine namentliche Bestimmung einer Person nicht vorgesehen.

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2013-06-06

ToDo 3 und 4 wurden bearbeitet:

ToDo 3 mit BMI: Im Folgenden sind die Fragen und die Antworten zur Protokollierung im VAMS notiert:

zum § 6 des Entwurfs der 1. BMeldDÜV (Fassung vom 14.03.2013) ergeben sich nach Durchführung eines Workshops zum Thema Behördenauskunft und Auskunft an Sicherheitsbehörden folgende Fragen:

- 1. Ist der § 6 in die 1. BMeldDÜV mit der Intention aufgenommen worden, dass auch die Anforderung des vorausgefüllten Meldescheines ein automatisierter Abruf ist, der gemäß § 40 BMG zu protokollieren ist?**

Die Anforderung des vorausgefüllten Meldescheines ist als automatisierter Abruf eigener Art auf der Grundlage von § 23 Abs. 3 und 4 BMG in §§ 5 und 6 der 1. BMeldDÜV ausgestaltet. § 6 Abs. 2 der 1. BMeldDÜV legt dabei die zu protokollierenden Daten fest. Für die Anwendung von § 40 BMG besteht kein Raum.

- 2. Bei der Anforderung des vorausgefüllten Meldescheines sind i. d. R. zwei Meldebehörden involviert. Gemäß § 5 des Entwurfs der 1. BMeldDÜV sind dies die Zuzugsmeldebehörde und die Wegzugsmeldebehörde. In § 6 wird von der abrufenden Stelle und der speichernden Stelle gesprochen. Welche davon entspricht der Zuzugsmeldebehörde und welche der Wegzugsmeldebehörde?**

Gemäß § 5 Abs. 4 der 1. BMeldDÜV könnten auch zentrale Meldedatenbestände der Länder die Anfrage der Zuzugsmeldebehörde bearbeiten. Hier ist die eigentliche Wegzugsmeldebehörde nicht unmittelbar beteiligt. Abrufende Stelle ist die Zuzugsmeldebehörde evtl. durch Dienstleister im Wege der Auftragsdatenverarbeitung, speichernde Stelle wäre auch die Zuzugsmeldebehörde, da hier personenbezogene Daten zur Erfüllung eines gesetzlichen Auftrages gespeichert werden. Hier sehe ich ggf. noch Korrekturbedarf, da ausweislich von § 6 Absatz 3 der 1. BMeldDÜV eine Herausgabe der Protokolldaten nach § 6 Abs. 2 der 1. BMeldDÜV an die abrufende Stelle in Betracht kommt. Diese Regelung macht nur Sinn, wenn die derzeit als „speichernde Stelle“ definierte Stelle aus einer anderen Sphäre als die Zuzugsmeldebehörde stammt. Zu denken wäre hier an die Wegzugsmeldebehörde bzw. die Stelle gemäß § 5 Abs. 4 der 1. BMeldDÜV. Der Wortlaut ist derzeit an § 4 der Meldeverordnung BW angelehnt. Auf den Status Ihrer Textversion als Entwurfsfassung weise ich ausdrücklich hin.

- 3. Wenn es sich bei der Speichernden Stelle nicht um die Wegzugsmeldebehörde handelt, wird hier also ein anderes Verfahren zur Protokollierung als unter § 40 Abs. 1 BMG beschrieben, gewählt (Auskunft gebende Meldebehörde protokolliert). Ist dies gewollt, oder habe wir dies missverstanden?**

Unter Hinweis auf die Erläuterungen zu 1. und 2.: Ja.

4. Wenn auch beim vorausgefüllten Meldeschein, die "Auskunft gebende Meldebehörde" protokollieren muss, warum wurde nicht auf § 40 Abs. 1 verwiesen? Die aufgelisteten zu speichernden Informationen unter § 6 1. BMeldDÜV weichen im Detail von den unter § 40 Abs. 1 aufgelisteten Informationen ab. Aus XMeld-Sicht wäre eine einheitliche Vorgehensweise bei der Protokollierung wünschenswert.

Wie unter 1. dargestellt ist die Anforderung eines vorausgefüllten Meldescheines ein Abruf eigener Art. Stellen gemäß § 5 Abs. 4 der 1. BMeldDÜV würden bei Protokollierung nach § 40 BMG nur Teilbereiche protokolliert werden.

ToDo 4: Im Rahmen von XInnere wurde die Weiterleitungsnachricht hoch priorisiert. Sie wird somit in XInnere 3 aufgenommen. XInnere 3 liegt aller Voraussicht nach, noch zum BMG-Release zur Einbindung vor.

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2013-07-09

Nach aktuellen Diskussionen, wird jedoch voraussichtlich keine Weiterleitungsnachricht in XInnere aufgenommen, sondern nur der Prozess beschrieben. Dieses Vorgehen ist aber aktuell noch in der Abstimmung.

Bearbeitet durch: CAB13-02

Bearbeitet am: 2013-09-17

Beschlussvorschlag für die Sitzung des Änderungsbeirates am 17. September:

Neben den Detailfragen zur Ausgestaltung der Behördenauskünfte ist zu prüfen, ob mit einer Nachricht, die nicht zwischen Behörden und Justiz- und Polizeibehörden unterscheidet, die Nutzung der automatisierten Behördenauskunft gefördert werden kann. Die automatisierte Auskunft an Justiz- und Sicherheitsbehörden wird mit dem BMG verpflichtend, wenn die einfache Behördenauskunft mit derselben Nachricht erfolgen kann, ist das Angebot für die einfache Behördenauskunft ohne weitere Aktivitäten vorhanden. Interessenten wie die DSRV könnten dann die einfache Behördenauskunft nutzen.

Damit die speziellen Nachrichten im Rahmen der einfachen Behördenauskunft und der Auskunft an die Justiz- und Sicherheitsbehörden aufgehoben werden, bittet der Änderungsbeirat das XMeld-EG um Prüfung, ob die Auskünfte an Behörden mit einer Nachricht umgesetzt werden können.

Bearbeitet durch: YR/SM/MK/JH

Bearbeitet am: 2013-09-27

Bei der Durchsicht des DSMeld-Änderungen zum BMG ist aufgefallen, dass es ein neues Blatt 2901 im DSMeld gibt. Es dient der Speicherung der Behörde, die für eine nach unbekannt abgemeldete Person ein Auskunftersuchen gestellt hat. Ist bei einem Wiederezug der Person eine elektronische Nachricht über XMeld erforderlich, die der Behörde, die Auskunft nachträglich erteilt? Eine solche Nachricht wird für nicht sinnvoll und nicht erforderlich gehalten. Die Frage sollte jedoch an die AG BMG bzw. den Änderungsbeirat XMeld gestellt werden.

Bearbeitet durch: JA

Bearbeitet am: 2013-11-08

bei der Überarbeitung des Kapitels Behördenauskunft müssen m.E. auch folgende Aspekte mit bedacht werden:

- die neu zulässige landesweite Suche erfordert bei der Behördenauskunft zum einen einen synchronen (für Einzelanfragen) und einen asynchronen Zugang (für die landesweite Suche)
- es muss unterschieden werden zwischen der Listenauskunft nach § 39 Abs. 2 und der „normalen“ Gruppenauskunft nach § 34 Abs. 2 BMG (2 Nachrichten?)

Die Ergebnisse der Aufgaben aus dem letzten Workshop wurden besprochen:

- Die Ergebnisse der Klärung zu Aufgabe 1 und 2 wurden bereits in das Protokoll des Workshops übernommen.
- Die UAG Recht wurde um Harmonisierung der Protokollierungsregeln für den vorausgefüllten Meldeschein gebeten. Der derzeit vorliegende Entwurf der 1. BMeldDÜV enthält einen überarbeiteten § 6, der derzeit im Kontext der Überarbeitung des Kapitels „Anmeldung“ erörtert wird.
- Die PG Standard und das XInneres EG, wurde informiert, dass die Weiterleitungsnachricht im Kontext der Behördenauskunft ab 01. Mai 2015 benötigt wird. Die Aufnahme der Weiterleitungsnachricht in den Standard XInneres wurde für die Version XInneres 3 eingeplant.

Bericht von der Befassung durch Gremien

Die Ergebnisse des letzten Workshops wurden dem XMeld-Änderungsbeirat berichtet. Aufgrund der Tatsache, dass die auszugestaltenden XMeld-Nachrichten die nach Bundesmeldegesetz und nach Landesrecht möglichen Ausgestaltungen der Behördenauskünfte unterstützen können muss, hat die KoSIT vorgeschlagen zu prüfen, ob ein Nachrichtenpaar für die Auskunftsarten einfache und erweiterte Behördenauskunft ausreicht. Der Änderungsbeirat stimmt dieser Prüfung zu. Eine Unterscheidungsmöglichkeit, ob es sich um eine einfache Behörde oder um eine Sicherheits- und Justizbehörde handelt, ist in jedem Fall vorzunehmen.

Stand der Analyse zum Thema

Die Erkenntnisse aus dem letzten Workshop werden rekapituliert:

Auskunftsarten

Es werden drei Auskunftsarten definiert: die „einfache Behördenauskunft“, die „erweiterte Behördenauskunft für Sicherheits- und Justizbehörden“ sowie die „Gruppenauskunft für Behörden“. Die Prozesse für die „einfache Behördenauskunft“ und die „erweiterte Behördenauskunft für Sicherheits- und Justizbehörden“ scheinen grundsätzlich identisch zu sein. Zudem ist die Übermittlung von Trefferlisten für beide Auskunftsarten zulässig.

Datenumfang

Das Bundesmeldegesetz definiert zwar unterschiedliche Datenumfänge für die „einfache Behördenauskunft“ und die „erweiterte Behördenauskunft für Sicherheits- und Justizbehörden“, jedoch kann der Datenumfang durch Landesrecht noch erweitert werden. Für XMeld bedeutet das, dass die Nachrichten mindestens den Datenumfang nach § 3 Abs. 1. BMG zulassen muss. Die Teilnehmer vermuten, dass die Auskunftssperren hiervon ausgenommen sind. Eine Initiierung der Klärung erfolgt durch AL (ToDo 01).

Inwieweit Auskunft über die Daten gemäß § 3 Abs. 2 BMG gegeben werden soll, ist noch zu prüfen. Die Teilnehmer gehen derzeit davon aus, dass die steuerlichen Daten gem. § 3 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BMG nicht in den Datenumfang aufgenommen werden dürfen, während die Daten gem. § 3 Abs. 2 Nr. 7 und 8 BMG für die Auskünfte an Sicherheitsbehörden relevant sind.

Protokollierung

Die Protokollierungsregelungen für die einfache und die erweiterte Behördenauskunft unterscheiden sich deutlich. Während die Meldebehörde bei einer Auskunft an einfache Behörden zur Protokollierung verpflichtet ist, erfolgt die Protokollierung bei Auskünften an Sicherheits- und Justizbehörden durch die anfragende Sicherheitsbehörde selbst.

Behördenauskunft in OSCI-XMeld 2.0

Prinzipien

Aus der Diskussion ergeben sich folgende Prinzipien für die Bearbeitung des Themas sind XMeld:

- **Es wird ein einheitlicher Aufbau von Prozessen und Nachrichten für die Auskunftsprozesse nach § 38 BMG angestrebt.**

Die Teilnehmer sehen derzeit keine Nachteile, die Behördenauskünfte für einfache und Sicherheits- und Justizbehörden mit demselben Nachrichtenpaar abzubilden, solange eine Unterscheidung der Behördenarten möglich ist. Ob es neben einer Nachricht für eine Trefferliste auch noch eine Einzelauskunft geben soll, muss vom EG XMeld noch geprüft werden.

Nachtrag: Im Nachgang zum Workshop hat JF folgende Vorteile für eine Trennung der Nachrichtenpaare für einfache Behörden und Sicherheits- und Justizbehörden benannt:

- *leichtere Erkennbarkeit der Anfrage*
 - *unterschiedliche Verfügbarkeitsansprüche*
 - *Unterschiede bei den Protokollierungspflichten*
 - *unterschiedliche Anfragekriterien*
- **Es gibt zwei Nutzergruppen: einfache Behörden und Sicherheits- und Justizbehörden. Es muss zwischen beiden Nutzergruppen unterschieden werden können.**

Ein Mechanismus zur Unterscheidung zwischen einfacher und Sicherheits- oder Justizbehörde muss in der Anfragenachricht vorgesehen werden. Dies ist beispielsweise erforderlich, um bei der Auskunft gebenden Meldebehörde die Protokollierung ein- und auszuschalten. SM weist darauf hin, dass die UAG Technik der AG BMG Anforderungen an die Änderung des DVDV formuliert hat, die an die Projektgruppe „DVDV 2.0“ gemeldet wurden. Diese Anforderungen umfassen die Kategorisierung der Behörden in „einfache“ sowie „Sicherheits- und Justizbehörden“. Sollte die Anforderung von der Projektgruppe umgesetzt werden, wäre eine Unterscheidbarkeit über die Behördenkennung gegeben.

OT weist darauf hin, dass diese Lösung nicht ausreicht, da die länderinterne Kommunikation nicht zwingend über OSCI-Transport und das DVDV läuft. Daher ist eine Unterscheidung über ein Flag o. ä. in der Nachricht zusätzlich notwendig.

- **Die Nutzung unterscheidet sich hinsichtlich der Protokollierung sowie des Datenumfanges. Der maximale Datenumfang, den XMeld vorsehen muss, ist aber identisch.**

Die Protokollierung für die Anfragen von einfachen Behörden erfolgt durch die Auskunft gebende Meldebehörde. Die XMeld-Nachricht muss daher protokollierungsrelevante Informationen wie beispielsweise eine Anwenderkennung enthalten.

Bei einer Anfrage durch eine Sicherheitsbehörde darf die Meldebehörde hingegen nicht protokollieren. Diese Regelung wird von den Teilnehmern erörtert. Es wird davon ausgegangen, dass ein Zähler für die Anfragen durch Sicherheitsbehörden (ohne Speicherung der anfragenden Stelle) beispielsweise für eine Kostenkontrolle geführt werden darf. Eine Klärung ist dennoch erforderlich (ToDo 02).

Der Datenumfang in der Auskunft kann durch Landesrecht erweitert werden und die Behörden unterschiedlich definiert werden. Eine Kontrolle, ob der angeforderte Datenumfang in der Anfragenachricht für die Behörde zugelassen ist, erfolgt nicht durch die Auskunft gebende Meldebehörde sondern jeweils durch die anfragende Stelle.

- **Die Ausgestaltung der Prozesse und Nachrichten soll in der XMeld-Spezifikation innerhalb eines Kapitels erfolgen.**

Die Ausgestaltung der Prozesse und Nachrichten soll innerhalb eines Kapitels erfolgen. Die Inhalte der alten Kapitel sind dabei zu berücksichtigen. Erkenntnisse aus Praxis sollen dabei berücksichtigt werden:

Folgende Vorschläge zur Architektur der Behördenauskunft wurden angesprochen:

- **zweistufiger Trefferlistenprozess**

Ein zweistufiger Trefferlistenprozess ist derzeit in der Version 1.8.1 des Standards XMeld für die Auskünfte an die Polizei beschrieben. Dabei wird in einem ersten Schritt zunächst eine Trefferliste mit eingeschränktem Datenumfang angefordert. In einem zweiten Schritt wird dann der gewünschte Datenumfang für eine in der Trefferliste enthaltene Person angefordert. In der Anfrage wird ein temporär gültiges technisches ID-Merkmal verwendet. Vorteil dieses Verfahrens ist, dass die Trefferliste trotz einer möglichen Vielzahl an Treffern in ihrem Umfang handelbar ist.

- **einstufiger Trefferlistenprozess**

Bei der Modellierung eines einstufigen Trefferlistenprozesses dürfte der Datenumfang im Gegensatz zum zweistufigen Trefferlistenprozess für die Trefferliste nicht mehr eingeschränkt werden. Ein weitere Anfrage sowie ein technisches ID-Merkmal wären in diesem Fall nicht notwendig, jedoch muss bedacht werden, dass die Nachrichten dadurch sehr umfangreich werden können.

- **Flexible Gestaltung der Antwortnachricht(en)**

Die Antwortnachricht könnte ggf. so flexibel gestaltet werden, dass sie die Nachteile der beiden o. g. Varianten minimiert.

Die Antwortnachrichte enthielte dann:

- eine Trefferliste mit eingeschränktem Datenumfang, sofern das Suchergebnis mehrere Personen enthält
- und den kompletten angeforderten Datenumfang, sofern das Ergebnis der Suche eindeutig ist.

- **Separate Anfragenachricht für Einzelauskünfte**

Eine weitere offene Frage ist, ob es eine separate Anfragenachricht für Einzelauskünfte geben soll. Diese könnte insbesondere dazu dienen, den o. g. zweistufigen

Trefferlistenprozess zu überspringen. Die Suchanfrage müsste in diesem Fall genügend Daten enthalten, dass eine eindeutige Identifizierung der Person erfolgen kann.

Integration der Kapitel zu Behördenauskunft und Polizeiauskunft aus XMeld 1.8.1

Durch die Festlegung, dass die einfache Behördenauskunft und die erweiterte Behördenauskunft an Sicherheits- und Justizbehörden in einem Kapitel beschrieben werden sollen müssen Inhalte aus der XMeld-Spezifikation 1.8.1 zu den Themen zusammengelegt werden (Nachrichten 0420/0421 sowie 13XX). Die beiden Paten der Kapitel (JF, RR) werden daher gebeten, sich bzgl. der Ausgestaltung des neuen Kapitels abzustimmen. Die weitere Bearbeitung des Kapitels erfolgt dann in der AG Modellierung.

weitere Punkte

Einwohnerdatenbestand für die Behördenauskunft

Im Gegensatz zu regelmäßigen Datenübermittlungen werden bei den Auskünften an Behörden auch Daten zu Personen übermittelt, die bereits verstorben oder verstorben sind, aber in den Registern der Auskunft gebenden Meldebehörde noch gespeichert sind. Die Teilnehmer gehen davon aus, dass dies auch Archivfälle betrifft. Eine klare Definition des auskunftsfähigen Bestandes ist aus Sicht der Teilnehmer notwendig. AL wird sich dieser Aufgabe annehmen (ToDo 03).

Verwendung der XInneres Weiterleitungsnachricht im Falle vorliegender Auskunftssperren

Im Falle, dass die Auskunftersuchen von den Landesregistern bearbeitet werden, muss, wenn eine Auskunftssperre für die betroffene Person vorliegt, die Bearbeitung durch die zuständige Meldebehörde erfolgen. Das Landesregister muss demzufolge die Anfragenachricht für die betroffenen Datensätze an die zuständige Stelle weiterleiten. Die Teilnehmer sprechen sich für eine Verwendung der in XInneres 3 zu definierenden Weiterleitungsnachricht für diese Fälle aus. JH weist darauf hin, dass die derzeit vorliegende Prozessbeschreibung für die Weiterleitung von Nachrichten vorsieht, dass für jede Weiterleitung auch eine Abgabennachricht erstellt werden muss, mit der der

Sender der ursprünglichen Nachricht über die Tatsache der Weiterleitung sowie die Stelle, an die die Nachricht weitergeleitet wurde, informiert wird. AL weist darauf hin, dass die Auskunftersuchende Stelle im Kontext der Behördenauskunft auf keinen Fall Kenntnis über die Weiterleitung erlangen darf. JH wird diese Thematik in das EG XInneres mitnehmen um zu klären, ob eine Anpassung des Weiterleitungsprozesses hinsichtlich der Verpflichtung zur Versendung der Abgabennachricht erfolgen kann (ToDo 04). Nach Vorliegen der XInneres-Weiterleitungsnachricht wird diese vom XMeld-EG noch im Detail auf ihre Anwendbarkeit geprüft.

Im Falle, dass der Weiterleitungsprozess aus XInneres nicht an die Anforderungen des Bundesmeldegesetzes angepasst werden kann, sind Alternativen außerhalb von XMeld zu betrachten.

Aussteuerung der Fälle mit Auskunftssperren nur im Falle der eindeutigen Identifizierung der Person

Die Teilnehmer sind sich einig, dass eine Aussteuerung aller Fälle, zu denen Auskunftssperren vorliegen nicht sinnvoll ist, wenn das Suchergebnis zu einer Trefferliste führt. In diesem Fall sollen die betroffenen Personen nicht in der Trefferliste enthalten sein.

Unabhängig von der Ausgestaltung der Nachrichten und Prozesse muss bei einer eindeutigen Identifizierung der Person eine Aussteuerung erfolgen.

verbleibende Schritte

Die Ergebnisse des Workshops sollen in EG 01 in 2014 mit dem Expertengremium XMeld diskutiert werden. Im Februar soll dann eine erneute Befassung des Änderungsbeirates erfolgen. Die Arbeiten der AG Modellierung erfolgen dann ab Februar.

Im Rahmen des Workshops wurden folgende Aufgaben identifiziert:

Nr.	Aufgabe	Zuständig	Klärung bis
1	Klärung, ob Auskunftssperren zu den Auswahl- oder Ergebnisdaten zählen können.	AL	28.02.2014
2	Zähler für Zugriffe der Sicherheitsbehörden bei Meldebehörden: Differenzierung der Zählung klären.	AL an AG BMG bzw. UAGs	28.02.2014
3	Klärung des Umfangs des auskunftsfähigen Bestandes: wie ist dieser zu definieren?	AL	28.02.2014
4	Klärung, ob eine Anpassung des Weiterleitungsprozesses in XInneres hinsichtlich der Verpflichtung zur Versendung der Abgabennachricht erfolgen kann.	JH an XInneres	23.01.2014

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-01-31

Der Entwurf von XInneres 3 wurde dahingehend angepasst, dass im Falle eines Weiterleitungsprozesses die Abgabennachricht nicht verpflichtend zu übermitteln ist. In XMeld kann daher die Weiterleitungsnachricht ohne die Abgabennachricht verwendet werden.

Bearbeitet durch: XMeld EG

Bearbeitet am: 2014-01-08

Die Ergebnisse des Workshops zum Thema Behördenauskunft werden vorgestellt und diskutiert:

Protokollierung zum Zweck der Aufdeckung von Missbrauch

Es wird kritisch gesehen, dass die MB - im Fall des Abrufs durch Sicherheitsbehörden - kein Recht zur Protokollierung von abrufender Stelle, Benutzerkennung, abgerufene Datensatz (Rumpfdaten) (alternativ zu den Rumpfdaten mindestens aber das Geschäftszeichen der abrufenden Stelle, Bsp. Landesregister Sachsen: protokolliert werden Zeitpunkt, Behörde, Nutzerkennung, Geschäftszeichen) haben soll.

Grund: kein wirksames Mittel zu Missbrauchsbekämpfung - die abrufende Stelle kann dann nicht kontrolliert werden.

Anregung:

Bitte an UAG Recht, festzulegen (klarzustellen), ob und welche Daten die MB (alternativ die übergreifenden Portale, die Landesregister) bei Abrufen durch Sicherheitsbehörden protokolliert werden dürfen. Das Argument oben würdigen.
siehe ToDo 1 EG14-01 JH (in Kontakt mit AL)

Einheitliche Behandlung von Abruf durch Sicherheitsbehörden und Abruf durch gewöhnliche Behörden

Das Bestreben der einheitlichen Behandlung in puncto Satz von Nachrichten und XMeld-Kapitel (siehe Protokoll WS Behördenauskunft) wird durch das XMeld-EG unterstützt:

Zustimmung 9

Bedenken 1

Enthaltung 7

Weiterleitung im Fall einer vorliegenden ASP

Das Verbot einer Abgabennachricht ist im EG strittig.

- pro: Antragsteller soll nicht rückschließen können auf das Vorliegen einer ASP, deswegen Abgabennachricht vermeiden.

- contra: Im BMG ist das Verbot nicht enthalten. Außerdem geht es an der Praxis vorbei, denn der Antragsteller erhält in der Praxis meistens Kenntnis vom Vorliegen einer ASP. Die Umsetzung des Weiterleitungsprozesses in XInneres gestattet jedenfalls das Vermeiden einer Abgabennachricht. Wie der Prozess dann in XMeld Behördenauskunft integriert wird, ist aktuell noch offen.

--> nächster Schritt: Diskussion im Änderungsbeirat in Feb 2014

--> ggf. dann Befassung von UAG Organisation mit den Themen "neutrale Antwort" und "Weiterleitungsnachricht"

Bearbeitet durch: AL

Bearbeitet am: 2014-01-23

Auszug aus dem Protokoll zur Frage gem. 2014-01-08 zur Abgabennachricht:

Protokoll der Besprechung der Unterarbeitsgruppe (UAG) Recht der Arbeitsgruppe Bundesmeldegesetz

am 21. Februar 2013 im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Fragen zur Auskunftssperre aus der UAG Organisation

1) Frage:

Soll die anfragende öffentliche Stelle beim automatisierten Abruf nach § 38 BMG eine Mitteilung über die Weiterverarbeitung bei der Meldebehörde erhalten, wenn die Auskunftssperre auf Veranlassung einer Sicherheitsbehörde eingetragen wurde?

Antwort:

Die UAG Recht spricht sich dafür aus, dass keine Zwischennachricht an die anfragende Stelle über die Weiterverarbeitung erfolgen sollte. Nachricht wird weiter verfolgt von der zuständigen Meldebehörde.

Die Regelung soll in die Verwaltungsvorschrift aufgenommen werden.

2) Frage:

Welche Meldebehörde soll für die Weiterbearbeitung der Anfrage zuständig sein?

Antwort:

Frage wird geprüft.

Die Frage wird zurückgestellt und soll im schriftlichen Verfahren geklärt werden.

3) Vorschläge an die AG BMG für eine bundeseinheitlich zu verwendende neutrale

Antwort in den Fällen des § 38 Abs. 2 S. 2 BMG bei bestehenden Auskunftssperren nach §§ 51 BMG

Vorschlag 1:

42/2012

Seite 14 von 94

Neutrale Antwort bei der Auskunftserteilung an Behörden

„Der Betroffenen wurde nicht oder nicht eindeutig identifiziert. Es werden keine Daten übermittelt. Diese Auskunft wird auch in den Fällen erteilt, in denen eine Auskunftssperre besteht. [ggf. zusätzlich: In diesem Fall erfolgt eine Weiterbearbeitung Ihrer Anfrage nach § 34 BMG.]“.

Änderungsvorschlag UAG Recht:

„Die Person wurde nicht oder nicht eindeutig identifiziert oder es liegt eine Auskunftssperre vor. Es werden keine Daten übermittelt.“

Zusatz nach § 34 ff. kann weggelassen werden, da es nicht zwingend ist, dass die Behörde eine weitere Nachricht erhält.

Vorschlag 2, die neutrale Antwort bei der Auskunftserteilung an Private, findet die Zustimmung der UAG Recht. Textvorschlag lautete: „Eine Auskunft kann aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht erteilt werden.“

Es muss also dabei bleiben, dass bei ASP-Personen stets eine neutrale Antwort erteilt wird. Alles weitere erfolgt bei der zuständigen Meldebehörde nach der Prüfung nach § 34 Abs. 5 BMG.

Bearbeitet durch: AL

Bearbeitet am: 2014-01-28

Ergebnisse der ToDos aus dem Workshop vom 11.12.2013

Zu ToDo Nr. 1 „Klärung, ob Auskunftssperren zu den Auswahl- oder Ergebnisdaten zählen können“

Im Protokoll wurde folgende Feststellung getroffen:

„Datenumfang

Das Bundesmeldegesetz definiert zwar unterschiedliche Datenumfänge für die „einfache Behördenauskunft“ und die „erweiterte Behördenauskunft für Sicherheits- und Justizbehörden“, jedoch kann der Datenumfang durch Landesrecht noch erweitert werden. Für XMeld bedeutet das, dass die Nachrichten mindestens den Datenumfang nach § 3 Absatz. 1. BMG zulassen muss. Die Teilnehmer vermuten, dass die Auskunftssperren hiervon ausgenommen sind. Eine Initiierung der Klärung erfolgt durch Herrn Leder (ToDo 01).“

Antwort:

Vorausgeschickt wird, dass eine Klärung aus Anlass von automatisierten Abrufverfahren nach § 38 BMG erfolgt.

Gemäß § 38 Abs. 4 BMG dürfen als Auswahldaten für Abrufe für Sicherheits- und Justizbehörden (§ 34 Absatz 4 Satz 1 BMG) alle Daten nach § 34 Absatz 1 BMG verwendet werden. Für die Abrufe aller übrigen öffentlichen Stellen dürfen nur der Familienname, frühere Namen, Vornamen, das Geschlecht, das Geburtsdatum und der Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch der Staat und die derzeitige oder eine frühere Anschrift als Auswahldaten verwendet werden. Nach § 38 Absatz 5 Satz 2 BMG ist es zulässig, wenn die Länder weitere Auswahldaten durch Landesrecht bestimmen.

Zum Umgang mit Auskunftssperren nach § 51 BMG bei automatisierten Abrufen bestimmt § 38 Absatz 2 Satz 2 BMG, dass die abrufende Stelle eine Mitteilung erhält, die keine Rückschlüsse darauf zulassen darf, ob zu der betroffenen Person keine Daten vorhanden sind oder eine Auskunftssperre besteht, wenn im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 BMG eingetragen ist.

Mit einer Verwendung des Datenfeldes „Auskunftssperre nach § 51“ bei automatisierten Abrufen wäre zu befürchten, dass mit der neutralen Antwort im Ergebnis Rückschlüsse dahingehend gezogen werden könnten, dass für die angefragte Person eine Auskunftssperre eingetragen ist. Gerade dies soll durch § 38 Absatz 2 Satz 2 BMG ausgeschlossen werden.

Hieraus ergibt sich, dass die Nummern 10 g) und 13 des § 34 Absatz 1 BMG als Auswahldaten nicht verwendet werden dürfen.

Zu ToDo Nr. 2 „Zähler für Zugriffe der Sicherheitsbehörden bei Meldebehörden: Differenzierung der Zählung klären.“

Im Protokoll wurde folgende Feststellung getroffen:

„Die Nutzung unterscheidet sich hinsichtlich der Protokollierung sowie des Datenumfanges. Der maximale Datenumfang, den XMeld vorsehen muss, ist aber identisch.“

Die Protokollierung für die Anfragen von einfachen Behörden erfolgt durch die Auskunft gebende Meldebehörde. Die XMeld-Nachricht muss daher protokollierungsrelevante Informationen wie beispielsweise eine Anwenderkennung enthalten.

Bei einer Anfrage durch eine Sicherheitsbehörde darf die Meldebehörde hingegen nicht protokollieren. Diese Regelung wird von den Teilnehmern erörtert. Es wird davon ausgegangen, dass ein Zähler für die Anfragen durch Sicherheitsbehörden (ohne Speicherung der anfragenden Stelle) beispielsweise für eine Kostenkontrolle geführt werden darf. Eine Klärung ist dennoch erforderlich (ToDo 02).“

Antwort:

Die Regelung in § 40 Absatz 3 BMG ist bereits heute in einigen melderechtlichen Vorschriften der Länder enthalten. Sie dient im Wesentlichen der Sicherstellung, dass über die Datenanforderungen der Sicherheitsbehörden keine Rückschlüsse auf deren Tätigkeit ermöglicht werden sollen. Dieser Zweck wäre nur dann nicht gefährdet, wenn ausschließlich zur Sicherung einer effizienten datenschutzrechtlichen Kontrolle bei den Meldebehörden protokolliert werden würde, an welchem Tag eine der in § 34 Absatz 4 Satz 1 BMG genannten Behörden Datenabrufe vorgenommen hat. Eine Speicherung der Daten der abgerufenen Person ist nicht zulässig.

Durch eine Statistik, die die Zahl der Anfragen einer Behörde bei der Meldebehörde zählend erfasst, würde der Schutzzweck des § 40 Absatz 3 BMG nicht ausgehebelt. § 40 Absatz 3 BMG verbietet nicht die Führung derartiger Statistiken, um beispielsweise die Netzauslastung zu prüfen oder Kosten für Datenabrufe zu errechnen.

Zu ToDo Nr. 3 „Klärung des Umfangs des auskunftsfähigen Bestandes: Wie ist dieser zu definieren?“

Im Protokoll wurde folgende Feststellung getroffen:

„Einwohnerdatenbestand für die Behördenauskunft

Im Gegensatz zu regelmäßigen Datenübermittlungen werden bei den Auskünften an Behörden auch Daten zu Personen übermittelt, die bereits verzogen oder verstorben sind, aber in den Registern der Auskunft gebenden Meldebehörde noch gespeichert sind. Die Teilnehmer gehen davon aus, dass dies auch Archivfälle betrifft. Eine klare Definition des auskunftsfähigen Bestandes ist aus Sicht der Teilnehmer notwendig. Herr Leder wird sich dieser Aufgabe annehmen (ToDo 03).“

Antwort:

Das BMG enthält keine Regelungen darüber, ob im Rahmen des automatisierten Abrufs nach § 38 BMG auch Meldedaten zum Abruf bereitzuhalten sind, die nach § 13 Absatz 2 BMG nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Tod oder dem Wegzug eines Einwohners weiterhin zu speichern sind. Die Tatsache, dass der Datenkatalog des § 38 Absatz 1 und 3 BMG nicht identisch ist mit den Daten, die gemäß § 13 Absatz 2 Satz 3 BMG auch nach Ablauf von fünf Jahren genutzt werden dürfen, spricht eher dafür, dass nur die Daten der aktuell bei der Meldebehörde wohnhaft gemeldeten Einwohner und die Daten der Einwohner, die für den Zeitraum von fünf Jahren nach dem Wegzug oder dem Tod des Einwohners zu speichern sind, als auskunftsfähiger Bestand zum Abruf bereit zu halten sind.

Bearbeitet durch: AG Mod

Bearbeitet am: 2014-02-12

Diskussion über die vorzusehende Anzahl von Prozessschritten

Begriffe

n	Anzahl der passenden Datensätze
Ergebnisnachricht	Antwortnachricht zur Anfrage
m	Schwelle, ab der die Trefferliste zu groß ist
Dmax	maximaler Datenumfang der Einträge der Trefferliste
Dmin	minimaler Datenumfang der Einträge der Trefferliste
umfassender Datenumfang	Datenumfang der Detailauskunft

Alternative 1:

- n = 1 → **1-stufiger Prozess:**
der vollständige Datenumfang wird mit der Ergebnisnachricht übermittelt
Dann ist der Prozess abgeschlossen.
- 1 < n < m → **2-stufiger Prozess:**
Ergebnisliste mit Rumpfdaten für anschließende Auswahl für Detailauskunft
(setzt Identifikationsmerkmal voraus)

Alternative 2:

- n = 1 → vorgeschrieben wie in Alternative 1
aber dann etwas dynamischer:
- in der Betriebsumgebung wird festgelegt, ab welchem Wert von n eine Trefferliste (die lediglich die Rumpfdaten enthält) verwendet wird
 - unterhalb dieses Wertes wird zu jedem Treffer die umfassende Datenmenge (wie vom Anfragenden angefordert) übermittelt

Steuerung des Datenumfangs der Detailauskunft

- Konsens im EG ist, dass der Datenumfang für die Detailauskunft zu einem Datensatz vom Anfragenden über Anforderungselemente gesteuert werden soll
- auf diese Weise bekommt der Anfragende, was er braucht
- außerdem ist dem Gesichtspunkt der Datensparsamkeit Rechnung getragen

Frage an den Änderungsbeirat zum Datenumfang in Alternative 2

- ist es rechtlich zulässig, dass der umfassende Datenumfang zu einem Treffer übermittelt wird, auch wenn dieser Datensatz im Rahmen einer Trefferliste übermittelt werden soll?
 - o Contra:
 - widerspricht dem Prinzip der Datensparsamkeit
 - §38 Abs. 4 Satz 3 (Datenübermittlung nur in dem Umfang wie erforderlich)
 - §39 (2) wäre dann überflüssig, da Id-Merkmale dann nicht erforderlich wären
 - o Pro
 - ist in einer Reihe von Prozessen notwendig, daher legitim
 - Beispiel:
 - Suche nach einer Person mit Namen Petr* und eine arabische Staatsangehörigkeit (einer der arabischen Staaten)
 - dann wird im Rahmen der Trefferliste die Information Staatsangehörigkeit gebraucht, um die Trefferliste auswerten zu können
 - sonst müsste zu jedem Treffer der Trefferliste eine Detailauskunft angefordert werden

Frage an den Änderungsbeirat zum Datenumfang in der Trefferliste (Festlegung Dmax und Dmin)

- Alternative 1: Für alle Datenempfänger ist als Umfang festzulegen:
 - o Name
 - o Vornamen
 - o Geburtsdatum
 - o derzeitige Anschrift (lokale HW/AW-Wohnung; wenn nicht vorhanden die auswärtige HW; wenn nicht bekannt: Tatsache, dass unbekannt)
- Alternative 2:

- für die einfache Behördenauskunft wie Alternative 1
- für Sicherheitsbehörden die folgenden Daten (analog XMeld 1.8.1 Nachricht 1301):
 - mandatorisch:
 - Name
 - Vorname
 - Geburtsdatum
 - Geschlecht
 - Anschrift
 - optional zusätzlich (weil in den Ländern unterschiedlich gehandhabt):
 - Staatsangehörigkeit
 - Familienstand
 - waffenrechtliche Erlaubnis
 - sprengstoffrechtliche Erlaubnis
- Alternative 3:
 - Der Anfragende kann steuern, welche Daten in der Trefferliste enthalten sein sollen (bis hin zu Dmax, also einer maximalen Obergrenze, welche festzulegen ist)

Diskussion über die Grobstruktur des Prozesses (1-stufig vs. 2-stufig)

Prozessalternativen:

- 1-stufig: in der Ergebnismeldung zur Anfrage sind alle angeforderten Daten enthalten
- 2-stufig:
 - im ersten Schritt erhält der Anfragende eine Trefferliste (mit begrenztem Datenumfang) und
 - hat dann die Möglichkeit zu einem Treffer aus dieser Liste eine Detailauskunft anzufragen
- dynamisch: dies wird flexibler gehandhabt
 - Variante 1:
 - bei **Treffermenge = 1** erhält der Anfragende sofort die Detailauskunft (1-stufiger Prozess)
 - bei **Treffermengen > 1** erhält er eine Trefferliste (2-stufiger Prozess)
 - Variante 2:
 - bei Treffermenge **von 1 bis einer festzulegenden Zahl y** erhält der Anfragende sofort die Detailauskunft (1-stufiger Prozess)
 - bei **Treffermengen > y** erhält er eine Trefferliste (2-stufiger Prozess)

Diskussion:

- die AG Mod spricht sich für die dynamische Alternative aus
- Varianten 1 und 2 werden beide unterstützt, es wird aber kein Konsens erreicht darüber welche vorzuziehen ist

Feststellung zu den Voraussetzungen eines 2-stufigen Prozesses :

- die Verwendung eines **Identifikationsmerkmals** gemäß §39 (2) durch die abgebende Meldebehörde wird für den zweiten Prozessschritt benötigt, um den Datensatz zu bezeichnen, in Bezug auf den Detaildaten angefordert werden sollen
- ggf. sollte dieses Identifikationsmerkmal langlebig sein (so langlebig, dass es seinen Zweck erfüllen kann)

Frage an den Änderungsbeirat zur Lebensdauer eines solchen Identifikationsmerkmals:

- wie langlebig darf das Identifikationsmerkmal gemäß §39 (2) sein?
- Feststellung: für den Prozess wird es aus praktischen Gründen ca. 7 Tage lang benötigt.

- Wäre einer der folgenden Sätze als einheitliche Regelung (Verordnung zu §38/39) denkbar?:
 - o "Das Identifikationsmerkmal ist für mindestens 7 Tage nach der Übermittlung aufzubewahren."
- Ist ggf. eine Löschfrist zu setzen?

Frage an den Änderungsbeirat zu "Pflicht zur Trefferliste"

- In der Diskussion wird von einer potentiell anfragenden Behörde (DSRV) die Position formuliert, dass sie nur Daten zu **eindeutig bestimmten Datensätzen** gebrauchen kann und daher von vornherein nicht an Trefferlisten interessiert ist. (Datensparsamkeit; einfacherer Prozess für die anfragende Stelle).
- Fragen an den Änderungsbeirat:
 - o Soll eine Behörde durch einen Schalter in der Anfrage für sich **ausschließen** können, dass sie Trefferlisten übermittelt bekommt (falls mehr als 1 Datensatz zu den Suchmerkmalen passen sollte)? Sie würde dann bei Treffermengen größer als 1 in der Reaktionsnachricht keine Daten bekommen, sondern nur die Information, dass nicht eindeutig identifiziert werden konnte.
 - o Falls ein solcher Schalter eingeführt wird: Muss die Meldebehörde diese Option dann auch implementieren? Argumente, dass das nicht sinnvoll ist:
 - erhöht den Aufwand für die Fachverfahren
 - nach BMG sind Trefferlisten schließlich der Standardprozess (§38 Abs. 4 Satz 3), die anfragende Stelle kann durch ausreichend Suchmerkmale von sich aus i.d.R. sicherstellen, dass ihre Anfragen eindeutig sind.

Prozess "einfache Behördenauskunft" (ohne ASP)

Der Prozess wird gemeinsam entworfen und grafisch dargestellt (siehe Fotodokumentation).

Diskussion zu Prüfungen durch die abgebende Stelle

- Es besteht Klarheit darüber, dass die abgebende Stelle nicht zu prüfen hat, ob die anfragende Stelle zu der Anfrage, die sie stellt berechtigt ist oder ob sie zu den Daten, die sie anfragt, berechtigt ist.
 - Aber sie wird prüfen, ob der angeforderte Datenumfang nach Landesrecht zulässig ist. Damit ist folgender Umgang denkbar:
 - **Variante 1:** In der Antwort wird der zu definierende Schlüssel übermittelt: "Anfrage wird aus **diesem Grund abgewiesen**"
 - **Variante 2:** Auskunft wird mit dem zulässigen Datenumfang gegeben, die nicht zulässigen Felder werden weggelassen; und der Hinweis gegeben, dass der Datenumfang eingeschränkt worden ist, z.B. durch eine Funktionalität wie sie in XMeld 1.8.1, Nachricht 1303 mit dem Element `anforderungselement.nachlandesrechtuntersagt` vorhanden ist.
 - **Variante 3:** wie Variante 2, aber ohne den Hinweis
- Beschluss nach Diskussion in AG Mod:** Alle drei Varianten sollen mit XMeld K abbildbar sein.

Modellierung zum Umgang mit angetroffenen ASP im Prozess "einfache Behördenauskunft"

Der Prozess wird gemeinsam entworfen und grafisch dargestellt (siehe Fotodokumentation).

Regelungen zum Umgang mit §51-ASP (Änderungsbeirat vorlegen)

- (1) Datensätze mit ASP gelangen nicht in eine Trefferliste
- (2) für sie soll nicht die manuelle Nachbearbeitung veranlasst werden
- (3) wenn und nur wenn Treffermenge genau 1 → manuelle Bearbeitung der Anfrage
- (4) der Anfragende soll steuern können, ob er (in den Fällen nach (3)) manuelle Nachbearbeitung wünscht

Feststellung nach Diskussion:

- (1) ist klar, weil gesetzlich geregelt.
- (2) bis (3) ist aus Sicht AG Mod erforderlich.
- (4) wird aus Sicht AG Mod angestrebt.

Kommentierung zum Thema "Unterrichtung"

zu (2)

- zu klären, ob die Unterrichtung der die ASP veranlassende Sicherheitsbehörde unterbleiben kann (im Fall von ASP-Schlüssel 11)
- zu klären, ob die Unterrichtung der betroffenen Person (Datensatz mit ASP) unterbleiben kann (im Fall von ASP-Schlüssel 11)

zu (3)

- analog zur manuellen Bearbeitung die - im Fall von ASP-Schlüssel 3 und 11 - Unterrichtung von Behörde und betroffener Person

zu (4)

- der Antragende soll die Unterrichtungen (im Fall von ASP-Schlüssel 11) nicht unterbinden können

Der Prozess der Weiterleitung einer Anfrage an die manuelle Nachbearbeitung - siehe (3)

- trifft zu auf Anfragen, die von einem Landesregister / Auskunftsregister (ausgelagerter Datenbestand einer MB) bearbeitet werden (möglicherweise auch für sonstige Anfragen)
- **Prozess Weiterleitung:**
 - Anfrage ist in diesem Fall **per XInneres-Weiterleitungsmechanismus** an diejenige MB zu richten (**weiterleitung.weiterleitung.0030**), die zum Zeitpunkt der Anfrage für die betroffene Person zuständig ist
- zur Information: Die Meldebehörden haben – unabhängig von XMeld - die Notwendigkeit, den Empfang von Weiterleitungsnachrichten zu implementieren (wg. Empfang von weitergeleiteten XPersonenstand-Nachrichten)

CR an XInneres zum Weiterleitungsprozess "Möglichkeit die Reiteration zu unterbinden"

- in XInneres Abschn "4.3 Weiterleiten von Nachrichten" wird gesagt, dass die Behörde, die die weitergeleitete Nachricht erhält, diese ihrerseits weiterleiten kann/soll (falls sie sich nicht als zuständig bewertet), bis die zuständige Stelle erreicht ist (bzw. die Zuständigkeit ungeklärt ist). Zitat: "Behörde C prüft nun ihrerseits, ob sie die für den Sachverhalt zuständige Stelle ist und verfährt wie für die Behörde B beschrieben. Die Nachricht wird nun solange von Behörde zu Behörde weitergeleitet, bis entweder die tatsächlich zuständige Stelle erreicht wurde (Fall 1) oder bis an einer Stelle die aktuelle Zuständigkeit ungeklärt ist (Fall 2)."
- Beschluss AG Mod:
 - Das soll für den in XMeld-Behördenauskunft definierten Prozess (der den XInneres-Prozess anwendet) **nicht** gelten. Hier soll maximal 1 Weiterleitung zulässig (bzw. vorgeschrieben) sein, d.i. die Weiterleitung von Behörde B an Behörde C.
 - Es wird praktisch nicht vorkommen, dass Behörde C nicht zuständig ist. Falls sie es im Ausnahmefall nicht sein sollte, muss sie den Vorgang organisatorisch klären (ohne weitere elektronische Nachrichten).

Zusatzinformation in der Weiterleitungsnachricht

- Zusatzinformation muss nicht in die Nachricht eingetragen werden, es genügt, dass nur die weiterzuleitende Nachricht eingehängt wird
- Im XMeld-Prozess ist zu beschreiben, zu welchem Zweck diese Weiterleitung erfolgt, das muss zur Laufzeit nicht weiter differenziert werden.
- Der Empfänger prüft den Sachverhalt und verfährt nach eigener Entscheidung.

Meinungsbild zum Vorgehen zum Thema Weiterleitung

- | | |
|---|---|
| - verschieben auf ein späteres Release | 0 |
| - XInneres anwenden (ohne Pflicht zu Iteration) | 2 |
| - fachliche XMeld-Lösung | 6 |
| - Enthaltungen: | 5 |

Bearbeitet durch: CAB

Bearbeitet am: 2014-02-14

Folgende Punkte wurden im Änderungsbeirat erörtert bzw. der Änderungsbeirat wurde gebeten, die Fragen im Rahmen der AG BMG zu klären:

Fragen zur Prozessausgestaltung und zum Datenumfang

Der derzeitige Prozess (XMeld 1.8.1) sieht vor, dass bei jeder Suchanfrage immer zunächst eine Trefferliste mit reduziertem Datenumfang zu erstellen ist, die ein temporäres ID-Merkmal zu jedem Eintrag enthält. In einem zweiten Schritt, wird eine Einzelanfrage mit dem ID-Merkmal zu dem Datensatz versendet, zu dem der gewünschte Datenumfang angezeigt wird.

Trefferlisten mit genau einem Treffer bzw. Einzelauskunft

Aus Sicht des XMeld EG sollte dieser Prozess zumindest dann abgekürzt werden, wenn die Ergebnisliste aus genau einem Treffer besteht. Das EG schlägt vor, in diesem Fall bereits den gesamten angeforderten Datenumfang zu beauskunften.

1) Ist die Beauskunftung des angeforderten Datenumfanges in diesem Fall bereits im ersten Prozessschritt zulässig?

Antwort des Änderungsbeirates:

Ja. Wird genau ein Treffer gefunden, so handelt es sich um eine Einzelauskunft. Daher ist in diesem Fall bereits der gesamte angeforderte Datenumfang zu beauskunften. Die technische Darstellung in XMeld kann als Trefferliste mit genau einem Treffer erfolgen.

Trefferlisten mit mehr als einem Treffer

Für Trefferlisten mit mehr als einem Treffer müssen, wie bereits in XMeld 1.8.1 enthalten, aufgrund des ggf. großen Volumens der Auskunft und der Tatsache, dass im Rahmen einer Trefferliste aufgrund von Datensparsamkeit, die Möglichkeit erhalten bleiben, zunächst einen reduzierten Datenumfang pro gefundenem Treffer anzuzeigen und in einem zweiten Schritt zu einem bestimmten Datensatz den Rest des gewünschten Datenumfanges „nachzuladen“.

Das EG diskutiert jedoch auch eine dynamische Variante, in der für eine festzulegende Trefferlistengröße bereits zu jedem der enthaltenen Treffer der gesamte angeforderte Datenumfang in der Trefferliste enthalten ist.

2) Ist die Beauskunftung des angeforderten Datenumfanges für eine Trefferlistengröße > 1 möglich?

Antwort des Änderungsbeirates:

Nein. Die Beauskunftung des gesamten angeforderten Datenumfanges ist nur bei der Einzelauskunft (Trefferliste = 1) möglich. In einer Trefferliste ($n > 1$) ist nur ein reduzierter Datenumfang pro Treffer anzugeben.

3) Wenn nein, wie groß ist der minimale bzw. der maximale Umfang der Daten in einer Trefferliste?

Antwort des Änderungsbeirates:

Der Datenumfang der Trefferliste soll maximal der Datenumfang nach § 38 Abs. 1 sein.

Der minimale Datenumfang ist noch abzustimmen. Die Tendenz der Teilnehmer zum Zeitpunkt der Sitzung ist: § 38 Abs. 1 Nr. 1, 3, 7 beschränkt auf die derzeitige Anschrift.

4) Der Änderungsbeirat wird gebeten den minimalen Datenumfang festzulegen. Der Änderungsbeirat wird gebeten, den folgenden Hinweis dabei zu beachten, da er in der Sitzung noch nicht genannt wurde.

Hinweis: Die Trefferliste kann ggf. auch Treffer zu Personen enthalten die verzogen sind und/oder ggf. bereits im Archiv enthalten sind. In diesen Fällen ist ggf. die derzeitige Anschrift nicht bekannt. Daher sollte ggf. von der letzten bekannten Anschrift (Anschrift außerhalb des Zuständigkeitsbereichs) gesprochen werden. Zudem sollte klar geregelt sein, ob bei einer Anfrage bei einer Meldebehörde, bei der die betroffene Person mit Nebenwohnung gemeldet ist, die Anschrift der Nebenwohnung anzugeben ist oder die der Hauptwohnung (hier außerhalb).

Steuerung des Datenumfanges der Detailauskunft

Das EG XMeld geht davon aus, dass der Datenumfang für die Detailauskunft vom Anfragenden über Anforderungselemente gesteuert werden können soll. Die XMeld Anfragenachricht soll daher Anforderungselemente enthalten, die an bzw. ausgewählt werden können.

5) Soll diese Funktion in der Nachricht enthalten sein?

Antwort des Änderungsbeirates (indirekte Beantwortung im Rahmen der Beantwortung der anderen Fragen):

Ja. Der Datenumfang muss von der anfragenden Stelle über Anforderungselemente an- bzw. abwählbar sein

Regelungen zum Umgang mit Auskunftssperren nach §51 BMG

Das EG XMeld diskutiert die Regelungen zum Umgang mit Auskunftssperren nach § 51 BMG und schlägt folgende Vorgehensweise vor:

- (1) Datensätze mit einer Auskunftssperre gelangen nicht in eine Trefferliste (dies ist im BMG festgelegt und unstrittig)
- (2) für sie soll **nicht** die manuelle Nachbearbeitung veranlasst werden, da bei großen Suchanfragen unbeabsichtigt viele Prüfprozesse in der Meldebehörde angestoßen würden
- (3) wenn und nur wenn Treffermenge = 1 mit vorliegender Auskunftssperre erfolgt eine manuelle Bearbeitung der Anfrage

6) Wird dieser Sichtweise zugestimmt?

Antwort des Änderungsbeirates:

Der Änderungsbeirat stimmt den Punkten (1) bis (3) zu.

Zusatzfrage (Im Änderungsbeirat noch nicht besprochen): Im EG wurde zusätzlich diskutiert, ob die Anfragende Stelle steuern können soll, ob bei Vorliegen einer Auskunftssperre eine manuelle Auskunft gegeben werden soll, oder ob die Anfrage „verworfen“ werden soll. Dies würde ggf. die Arbeit bei den Meldebehörden reduzieren, jedoch wäre dann auch zu klären, ob eine „verworfen“ Anfrage zu einer Benachrichtigung der betroffenen Person oder der Sicherheitsbehörde, die die Auskunftssperre eingetragen hat, führen muss.

7) Ist eine solche Funktion zulässig und gewünscht?

Sofern die Funktion gewünscht ist, müsste eine entsprechende Modellierung in XMeld erfolgen. Diese ist aber unkompliziert. Eine Entscheidung zu diesem Punkt würde daher im April ausreichen.

Der Prozess der Weiterleitung einer Anfrage an die manuelle Nachbearbeitung

Im Falle, dass die Anfrage an ein Landesregister gerichtet wurde und festgestellt wurde, dass genau ein Treffer vorliegt, zu dem eine Auskunftssperre eingetragen ist, muss das Landesregister an die zuständige Meldebehörde weiterleiten. Im XMeld EG wurde diskutiert, ob der Weiterleitungsprozess und die dafür zu verwendenden Nachrichten aus XInnere 3 genutzt werden können. Bei der Diskussion wird festgestellt, dass der Prozess aus XInnere 3 derzeit nicht passt und falls er verwendet werden soll, ein Änderungsantrag an XInnere 3 zu richten wäre. Der Prozess müsste dazu stark abgewandelt werden. Die Konsequenz daraus wäre allerdings, dass die Verwendung nicht zum BMG-Release erfolgen könnte und demnach „eigene Lösungen“ etabliert werden würden, die danach erfahrungsgemäß schwerer abzulösen wären.

Bezüglich der Weiterleitungsnachricht wird diskutiert, ob die Weiterleitung der Suchanfrage ausreichend ist. Derzeit könnte mit XInneres 3 nur die Suchanfrage weitergeleitet werden, nicht aber das Suchergebnis, das vom Landesregister ermittelt wurde.

Eine Alternative wäre eine fachliche Nachricht in XMeld, die genau auf den Kontext zugeschnitten ist und ergänzende Informationen für die Bearbeitung in der Meldebehörde enthält.

Innerhalb des Expertengremiums war das Meinungsbild heterogen.

8) Der Änderungsbeirat wurde daher gebeten zu entscheiden.

Antwort des Änderungsbeirates:

Zusätzliche Informationen zum Suchergebnis des Landesregisters sollten in der Nachricht enthalten sei. Zudem wird die Nachricht nur einmalig an die Meldebehörde weitergeleitet. Bei Nicht-Zuständigkeit der Meldebehörde wird die Nachricht nicht erneut zwischen Meldebehörden weitergeleitet. Der Änderungsbeirat spricht sich daher für eine fachliche XMeld-Nachricht aus. Der Datenumfang der ergänzenden Informationen sollte den AGS, das Ordnungsmerkmal, falls dieses genutzt wird, sowie ggf. alternativ dazu den Namen und die Anschrift der betroffenen Person enthalten.

Fragen, zur Klärung in der AG BMG

Folgende Fragen wurden im Änderungsbeirat nicht angesprochen bzw. nicht vollständig geklärt. sollten aber im Rahmen der AG BMG bzw. deren Unterarbeitsgruppen behandelt werden.

Verwendung des Identifikationsmerkmals gem. § 39 Abs. 2 in Trefferlisten

Das Identifikationsmerkmal gemäß §39 (2) wird benötigt, um für einen aus einer Trefferliste auszuwählenden Treffer die Detailauskunft anzufordern (nachzuladen). Dieses Merkmal ist temporär vorzuhalten. Eine Löschrfrist ist aus Sicht des EG XMeld zu regeln. Aus der Praxis sind Regelungen bekannt, dass das Id-Merkmal nach 3 Tagen zu löschen ist. Die 3 Tage werden von Vertretern des EG als zu kurz eingeschätzt. Vorschläge zum zukünftigen Vorgehen liegen zwischen 5 und 7 Tagen. Die Vorhaltezeit bzw. die Löschrfrist sollte verbindlich sein.

Das EG bittet die AG BMG zu klären, ob das temporäre ID-Merkmal für 3, 5 oder 7 Tage vorgehalten werden sollte.

Da es sich um ein temporäres ID-Merkmal handelt, sollte auch klargestellt werden, ob es bei der Protokollierung im Rahmen der einfachen Behördenauskunft zu den Protokollierungsrelevanten Daten gehört.

Hinweis: Diese Frage ist für die Ausgestaltung der XMeld-Nachrichten nicht relevant, jedoch für die Umsetzung in den Fachverfahren.

Pflicht zur Ausgabe der Trefferliste

Im EG wurde deutlich, dass nicht alle potentiellen anfragenden Stellen eine Anzeige einer Trefferliste für ihre Recherchezwecke für sinnvoll halten. Es wird daher diskutiert, ob es eine Funktion geben sollte, dass die anfragende Stelle eine bei einem nicht eindeutigen die Wahl hat, ob sie eine Trefferliste möchte oder statt dessen nur eine neutrale Antwort bekommt (Datensparsamkeit). Diese Funktion würde jedoch ggf. für die Verfahrenshersteller einen erhöhten Aufwand bedeuten.

Demnach wäre zu klären, ob

a) eine solche Funktion zulässig ist, oder die anfragende Stelle die Trefferlisten dann ggf. verwerfen soll.

b) wenn eine solche Funktion gewünscht und zulässig ist, ob sie von den Verfahrensherstellern verpflichten umzusetzen ist.

Hinweis:

Sollte diese Funktion gewünscht sein, wäre die XMeld-Modellierung anzupassen. Eine Entscheidung sollte daher im April vorliegen.

Prüfungen durch die Auskunft gebende Stelle

Es besteht Klarheit darüber, dass die abgebende Stelle nicht zu prüfen hat, ob die anfragende Stelle zu der Anfrage, die sie stellt berechtigt ist oder ob sie berechtigt ist, den angefragten Datenumfang zu erhalten.

Aber sie wird prüfen, ob der angeforderte Datenumfang nach Landesrecht zulässig ist. Damit ist folgender Umgang denkbar:

Variante 1: In der Antwort wird der zu definierende Schlüssel übermittelt: "Anfrage wird aus diesem Grund abgewiesen"

Variante 2: Auskunft wird mit dem zulässigen Datenumfang gegeben, die nicht zulässigen Felder werden weggelassen; und der Hinweis gegeben, dass der Datenumfang eingeschränkt worden ist.

Variante 3: Auskunft wird mit dem zulässigen Datenumfang gegeben, die nicht zulässigen Felder werden weggelassen. Es wird kein zusätzlicher Hinweis gegeben.

Aus Sicht des EG sollten alle drei Varianten mit XMeld K abbildbar sein.

Die AG BMG wird gebeten zu klären, ob alle drei Varianten zulässig sind bzw. welche der Varianten zulässig sind.

Hinweis: Sollte diese Funktion gewünscht sein, wäre die XMeld-Modellierung anzupassen. Eine Entscheidung sollte daher im April vorliegen.

Bearbeitet durch: AG Mod

Bearbeitet am: 2014-02-24

Modellierung Prozess für Sicherheitsbehörden

- Die AG Mod bestätigt die Vermutung des vorbereitenden Workshops, dass der Prozess, der für die "einfache Behördenauskunft" modelliert werden soll, auch für die "Auskunft an Sicherheitsbehörden" anwendbar ist, d.h. es gibt keine Prozessunterschiede.
- spezielle Merkmale der "Auskunft an Sicherheitsbehörden" sind:
 - Protokollierung findet auf der Seite der anfragenden Stelle statt
 - Datenumfang der beauskunfteten Daten (Trefferliste und Detailauskunft) weicht gemäß Standardfall nach BMG ab von der einfachen Behördenauskunft
 - ebenfalls i.d.R. abweichend gemäß Standardfall nach BMG ist der Umfang der Auswahldaten

→Für die Meldebehörde muss daher erkennbar sein, ob der Absender der Anfrage eine Sicherheitsbehörde oder eine sonstige Behörde ist.

Rückweisungsgründe

Es werden, um das Material an Möglichkeiten zu sichten, die Schlüsseltabellen aus XMeld 1.8.1 analysiert::

für die Seite der Ergebnisse die Schlüsseltabellen ...

- Antwortstatus
- Melderegisterauskunft Ergebnisstatus
- Melderegisterauskunft Zusatzinformation
- Wohnung Beziehung Person
- Polizei Nichterstellung Einzelauskunft Grund
- Polizei Nichterstellung Trefferliste Grund

für die Anfrageseite die Schlüsseltabellen ...

- Behördenauskunft Anforderungselement
- Polizei Anforderungselement
- Polizei Aktualität für Suche Status

Gründe für die Nichterstellung einer Trefferliste (Analyse auf Basis der CL *Polizei Nichterstellung Trefferliste Grund* XMeld 1.8.1):

- **Fehlender Anfrageanlass**
Kommentar: Wird benötigt, aber nur für die Gruppenauskunft gemäß § 40 Abs. 2. Ggf. zusammenfassen mit Zu protokollierende Daten nicht vollständig (s.u.). Alternativ alle zu protokollierenden Daten einzeln behandeln.
- **Auskunft über angefragten Suchbereich nicht möglich**
Kommentar: Wird für das Instrument *Suchbereich* benötigt. Welches in XMeld K verwendet werden soll (siehe Fotodokumentation zur vorgesehenen Anfragenachricht).
- Suchparameter nach Landesrecht nicht zulässig
Kommentar: Schlüssel ist Kandidat (ist noch in Klärung in AG BMG)
- Suchparameter technisch nicht unterstützt
Kommentar:
 - Kandidat.
 - Es wird die Auffassung vorgebracht, dass gemäß Recht und XMeld diese Situation nicht zulässig ist (alle Kombinationen von Suchparametern sind zu implementieren). Wenn das so ist, wird dieser Schlüssel nicht verwendet
 - In der weiteren Diskussion zeigt sich, dass noch zu klären ist, inwieweit Funktionalität optional definiert wird (und dann je nach Entscheidung von Herstellern bzw. Behörden implementiert wird oder nicht)
- **Trefferliste zu groß**
Kommentar: wird benötigt
- Sonstiger Fehler in der Suchanfrage
Kommentar: Wird nicht benötigt.

Weitere Rückweisungsgründe:

- **Sonstiger Fehler:**
In der Bearbeitung der Anfrage ist etwas schief gelaufen. Erläuterung wird als Freitext mitgeliefert.
- **Zu protokollierende Daten nicht vollständig.**
Kommentar: relevant für "einfache Behördenauskunft" und für "Gruppenauskunft durch sonstige öffentliche Stellen"
- **Unzureichende Kennzeichnung des Absenders**
Unzureichend für den Fall einer vorliegenden ASP, um nach der manuellen Bearbeitung die Ergebnisse in Schriftform adressieren zu können.

Gründe für Nichterstellung einer Detailauskunft (nach Auswahl aus Trefferliste)

- **Person nicht identifizierbar**
Das ID-Merkmal ist nicht mehr verfügbar auf der Seite der Meldebehörde.

Analyse auf Basis der Schlüsseltabelle *Antwortstatus*

- Leistung wurde erbracht
Kommentar: nicht relevant
- Anfrage kann aus technischen Gründen nicht gelesen werden (Anfragefehler)
Kommentar: nicht relevant, im Kontext RTS zu sehen
- **Berechtigung für diese Anfrage fehlt**
Kommentar: wird benötigt.
- Gebührenregelung nicht positiv abgeschlossen
Kommentar: Kandidat, wird möglicherweise gebraucht.
- Angeforderte Leistung wird technisch derzeit nicht unterstützt
Kommentar: nicht relevant, weil Thema oben schon abgehandelt ("sonstiger Fehler")

- Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht oder nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt.
Kommentar: nicht relevant (wird weiter unten behandelt)

Abgrenzung RTS

- unspezifische Reaktionen wie "nicht schemakonform"
- falls Suchprofil mandatorisches Element ist, aber fehlt, würde also eine RTS-Nachricht resultieren

Grundlegende Statusinformation

(Ergebnis Analyse von Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Ergebnisstatus)

- **eindeutig identifiziert, übermittelt wird hier die Detailauskunft**
Treffermenge = 1
In einer Nachricht Detailauskunft, die als Reaktion auf die Suchprofil-Anfragenachricht geschickt wird.
- **viele identifiziert (übermittelt wird Trefferliste)**
Treffermenge > 0
- **nicht identifiziert (oder es liegt eine ASP vor - neutrale Antwort)**
Treffermenge = 0 (nach Abzug der Treffer mit ASP)

Ergebnis Analyse von CL Melderegisterauskunft Zusatzinformation

- 01 Betroffener unter anderer Adresse in der angefragten Gemeinde gemeldet (Daten werden übermittelt)
Kommentar: kein Bedarf erkennbar
- **02 Adresse (Straße) wurde nicht gefunden (gehört nicht zu der angefragten Gemeinde oder ist fehlerhaft)**
Kommentar: soll angeboten werden (kann informativ sein für den Anfragenden)
- 03 Person führt einen anderen Vornamen
Kommentar: kein Bedarf erkennbar
- 04 Person führt einen anderen Familiennamen
Kommentar: kein Bedarf erkennbar
- 05 Für den Betroffenen besteht eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 5 MRRG
Kommentar: nicht relevant
- 06 Für den Betroffenen besteht eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 1a MRRG
Kommentar: nicht relevant
- 08 Die angeforderte Dienstleistung wird ohne erneute Anforderung manuell erbracht werden
Kommentar: nicht relevant für die Behördenauskunft (für EMRA zu diskutieren)
- 09 Eine manuelle Bearbeitung ist gesondert zu beantragen
Kommentar: nicht relevant
- **10 Die Berechtigung für diese Einzelanfrage fehlt oder ist nicht ausreichend**
Kommentar: relevant (aber oben schon abgehakt, siehe **Berechtigung für diese Anfrage fehlt**)
- 11 Sonstiger technischer Fehler dieser Einzelanfrage (z. B. korrupte Daten)
Kommentar: nicht relevant (siehe oben "weitere Rückweisungsgründe/sonstige Fehler")
- **12 Das Suchprofil dieser Einzelanfrage ist ungültig** oder wird nicht unterstützt.
Kommentar: Die erste Hälfte soll angeboten werden also **Das Suchprofil dieser Einzelanfrage ist ungültig** (kann informativ sein für den Anfragenden; der Teil "wird nicht unterstützt" ist nicht relevant (siehe oben)
- 13 Diese Auskunft wird auch in den Fällen erteilt, in denen eine Auskunftssperre besteht.
Kommentar: nicht relevant

- 14 Die Suche im Melderegister ergab Null Treffer
Kommentar: nicht relevant (mit Analyse oben unter "grundlegende Statusinformation" schon abgedeckt)
- 15 Die Suche im Melderegister ergab mehr als einen Treffer
Kommentar:
 - nicht relevant (mit Analyse oben unter "grundlegende Statusinformation" schon abgedeckt)
 - wäre nur relevant, wenn bei mehr als einem Treffer in bestimmten Kontexten keine Auskunft erteilt würde
 - im Zusammenhang EMRA zu diskutieren
- 16 Person ist unbekannt verzogen
Kommentar: nicht relevant (mit DSMeld-Blatt 1200 ist diese Information im Datensatz enthalten und braucht nicht als Code übermittelt zu werden)
- 17 Die gemeindeübergreifende Suche wurde abgebrochen. Die in der Steuerungsinformation angegebenen Restriktionen sind eingetreten.
Kommentar:
 - nicht relevant (wird nur ggf. in EMRA in gemeindeübergreifender Variante gebraucht)
 - im Kontext der Gruppenauskunft zu diskutieren ob relevant

Analyse der Einträge aus CL Wohnung Beziehung zur Person

- 01 aktuell
- 02 verzogen
- 03 verstorben

Kommentar:

- ist relevant, auch schon als Information in den Datensätzen der Trefferliste
- ist für den Anfragenden interessant für Anfragen, bei denen er nicht steuert mit dem Schalter aktuell / inaktuell, also im Ergebnis alle Arten von Datensätzen enthalten sein können
- muss mit der Fachlogik entsprechend zusammenpassen
- die Frage ob das zulässig ist, wird dem Änderungsbeirat vorgelegt (Formulierung der Frage siehe dort)

Protokollierung

Zu protokollieren ist für

- die einfache Behördenauskunft:
 - die abrufberechtigte Stelle,
 - die abgerufenen Daten,
 - den Zeitpunkt des Abrufs,
 - soweit vorhanden, das Aktenzeichen der abrufenden Behörde und
 - die Kennung der abrufenden Person
- die Gruppenauskunft zusätzlich:
 - Anfrageanlass
 - Abrufkriterien (Suchprofil; Auswahldaten)
 - Anzahl der Treffer

Zu klären "Umgang mit Änderungen im Melderegister seit Erstellung der Trefferliste"
(für die ca. 7 Tage, für die die Trefferliste aktiv ist)

- solche Änderungen können dazu führen, dass die Anfrage Detailauskunft auf der Basis eines ID-Merkmals
 - ins Leere läuft
 - im Ergebnis für den Anfragen nicht nachvollziehbar ist
 - im Ergebnis durch den Anfragenden Rückschlüsse zulässt, dass kurzfristig eine ASP eingerichtet worden ist

Frage ob Behördenauskunft Struktur einer Sammelnachricht haben soll

- hieße: in der Anfrage mehrere Suchprofile
- könnte möglicherweise Vorteile haben in bestimmten Szenarien
- aber: die Nachrichtenstruktur zur Behördenauskunft würde dazu eine Stufe komplexer
- Beschluss: soll, weil nicht hohe Priorität, aktuell nicht vorgesehen sein

EMRA als Spezialfall der Nachrichten der XMeld-Behördenauskunft behandeln?

- es werden Bedenken geäußert, weil rechtliche Grundlage und andere Dinge unterschiedlich sind
- soll thematisiert werden bei der Behandlung der EMRA

Suchprofil und Auswahldaten

Definition Begriff Auswahldaten: Auswahldaten sind Daten, die die anfragende Stelle als Suchkriterien angibt. Für eine Anfrage werden Auswahldaten ins Suchprofil eingetragen. Mögliche Auswahldaten werden im BMG beschrieben. In §38 Abs. 4 heißt es (gemeint hier als Standard-Auswahldaten, Erweiterungen sind per Landes- oder Bundesrecht möglich):

"Als Auswahldaten für Abrufe dürfen die in § 34 Absatz 4 Satz 1 genannten Behörden Datennach §34 Absatz 1 verwenden, alle übrigen öffentlichen Stellen nur den Familiennamen, frühere Namen, Vornamen, das Geschlecht, das Geburtsdatum und den Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat und die derzeitige oder eine frühere Anschrift. "

Begriffliche Abgrenzung:

- Suchprofil: Gesamtheit der Auswahldaten die in einer Anfrage zur Behördenauskunft enthalten sind.
- Zusätzlich werden in einer Anfrage Steuerungsinformationen benötigt.
- im Gesetz wird auch der Begriff "Abrufkriterien" verwendet (§ 40 Abs.2). Das scheint außer den Auswahldaten auch Steuerungsinformation abzudecken.

Bestandteile Suchprofil / Steuerungsinformationen / Protokollierungsdaten

- siehe Fotodokumentation (Datei Behördenauskunft_Anfragennachricht.jpg):
 - Hier sind die Komponenten und Funktionalitäten, die Bestandteil der Anfragenachricht sein sollen (Suchprofil, Steuerungsinformation, Protokollierungsdaten) dargestellt.
 - zu klären ist noch, wie fragmentarische Einträge im Suchprofil vorzusehen sind

Anmerkung zu "logische Operatoren"

- logische Operatoren sind aktuell nicht für das Suchprofil vorgesehen
- die Frage ob sie einbezogen werden sollen, soll zu einem späteren Release ggf. aufgegriffen werden

Verbindlichkeit von Funktionalitäten des Suchprofils und der Steuerungsinformation

- Es gibt naturgemäß ein Spannungsverhältnis zwischen "Einheitlichkeit" und "umfassende Funktionalität"
- Der Änderungsbeirat zeigt in die Richtung eines Rahmens umfassender Funktionalität, innerhalb dessen je nach rechtlichem und organisatorischem

Bedarf in den Ländern Funktionalität bzw. Datenumfang genutzt werden kann oder nicht.

- Wenn das so sein soll, wird es zu tolerieren sein, dass die angebotenen Funktionalitäten nicht durchgehend einheitlich genutzt werden. Der Anfrager muss dann damit rechnen, dass er in bestimmten Kontexten das Ergebnis bekommt "diese Funktionalität wird von der zuständigen Meldebehörde nicht unterstützt".
- Ob damit ein Qualitätsverlust des angebotenen Dienstes verbunden ist, darüber werden in der AG Mod unterschiedliche Meinungen vertreten.

Steuerung des Datenumfangs der Ergebnisse über Anforderungselemente

Material:

Schlüsseltabelle Behördenauskunft Anforderungselement

Schlüsseltabelle Polizei Anforderungselement

Auszug BMG §3

Absatz 1:

1a Familienname 0101 – 0102

1b Ehe- oder LP-Name 0103 – 0106

2a Geburtsname 0201 – 0202

2b frühere Namen 0203 – 0206 (einschl. Hinweisdaten?)

Anforderungselemente zu Nachnamen (1a bis 2b):

- Alternative: entweder pauschal (Nachnamen)
- oder differenziert (wie in den Zeilen oben)

3a Vornamen unter Kennzeichnung des gebräuchlichen Vornamens 0301-0302

3b frühere Vornamen 0303-0305 (einschl. Hinweisdaten?)

Anforderungselemente zu Vornamen (3a bis 3b):

- Alternative: entweder pauschal (Vornamen)
- oder differenziert (wie in den Zeilen oben)

4. Doktorgrad 0401

5. Ordensname, Künstlername 0501-0502

ein Anforderungselement

6. Geburtsdatum und Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat

- entweder: *ein* Anforderungselement Geburtsdaten
- oder: differenzieren nach (a) Geburtsdatum und (b) Geburtsort/staat (einschl. Hinweisdaten?)

7. Geschlecht

~~8. kein Eintrag~~

9. zum gesetzlichen Vertreter (mit 0001 Art der gesetzl. Vertretung)

- a) Familienname,
- b) Vornamen,
- c) Doktorgrad,
- d) Anschrift,
- e) Geburtsdatum,
- f) Geschlecht,
- g) Sterbedatum sowie
- h) Auskunftssperren nach § 51 (0919 **und** 0920 ?)

Anforderungselemente:

- Alternative analog zu Ehegatte

10. derzeitige Staatsangehörigkeiten

11. rechtliche Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft

- nur 1101 und 1104

- werden pauschal angefordert über Anforderungselement Religionsdaten

12. derzeitige Anschriften, frühere Anschriften im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde

sowie Anschrift der letzten alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung und der letzten

Nebenwohnungen außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Meldebehörde,

gekennzeichnet nach Haupt- und Nebenwohnung, bei Zuzug aus dem Ausland auch den

Staat und die letzte Anschrift im Inland, bei Wegzug in das Ausland auch die Zuzugsanschrift im Ausland und den Staat

Vorschlag für Systematik der Anforderungselemente hier:

- aktuelle Wohnungen (1200 ff.)

- frühere Wohnungen (1200 ff.)

- Wohnungstatus

- Wohnungsart

- ZuzugUndWegzugAuslandStaat (1223 und 1232)

- Auslandsanschrift (1233)

13. Einzugsdatum, Auszugsdatum, Datum des letzten

Wegzugs aus einer Wohnung im Inland sowie Datum des letzten Zuzugs aus dem Ausland,

14. Familienstand, bei Verheirateten oder Personen, die eine Lebenspartnerschaft führen,

zusätzlich Datum und Ort der Eheschließung oder der Begründung der Lebenspartnerschaft

sowie bei Eheschließung oder Begründung der Lebenspartnerschaft im Ausland auch den

Staat, (einschl. Hinweisdaten?)

15. zum Ehegatten oder Lebenspartner

- a) Familienname,

- b) Vornamen,

- c) Geburtsname,

- d) Doktorgrad,

- e) Geburtsdatum,

- f) Geschlecht,

- g) derzeitige Anschriften im Zuständigkeitsbereich

der Meldebehörde sowie Anschrift der letzten alleinigen Wohnung oder

Hauptwohnung außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Meldebehörde,

- h) Sterbedatum sowie

- i) Auskunftssperren nach § 51

Anforderungselemente:

- entweder: nur *ein* Anforderungselement (Ehegatte oder Lebenspartner)

- oder: differenzieren nach Basisdaten (Familienname, Vorname, Anschrift) und alle vorliegenden Daten (außer ASP)

16. zu minderjährigen Kindern

- a) Familienname,

- b) Vornamen,

- c) Geburtsdatum,

- d) Geschlecht,

- e) Anschrift im Inland,

- f) Sterbedatum,

- g) Auskunftssperren nach § 51,

Anforderungselemente:

- Alternative analog zu Ehegatte

17. Ausstellungsbehörde, Ausstellungsdatum, letzter Tag der Gültigkeitsdauer und

Seriennummer des Personalausweises, des anerkannten und gültigen Passes oder

Passersatzpapiers sowie Sperrkennwort und Sperrsumme des Personalausweises,

Anforderungselemente:

- nur *ein* Anforderungselement Ausweisdokument

- ohne Sperrkennwort und Sperrsumme

~~18. Auskunfts- und Übermittlungssperren~~

- steht nicht zur Verfügung, als kein Anforderungselement

19. Sterbedatum und Sterbeort sowie bei Versterben im Ausland auch den Staat.

Alternative wie oben Geburtsdatum

- entweder: *ein* Anforderungselement Sterbedaten
- oder: differenzieren nach (a) Sterbedatum und (b) Sterbeort/staat (einschl. Hinweisdaten?)

aus Absatz 2, Ziffer 7 und 8

7. für waffenrechtliche Verfahren

die Tatsache, dass eine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt worden ist, sowie die Behörde, die diese Tatsache mitteilt, mit Angabe des Datums, an dem die waffenrechtliche Erlaubnis erstmals erteilt worden ist, *ein* Anforderungselement

8. für sprengstoffrechtliche Verfahren

die Tatsache, dass eine sprengstoffrechtliche Erlaubnis oder ein Befähigungsschein nach § 20 des Sprengstoffgesetzes erteilt worden ist, sowie die Behörde, die diese Tatsache mitteilt, mit Angabe des Datums der erstmaligen Erteilung *ein* Anforderungselement

Gruppenauskunft (Beginn der Analyse)

- Def.: Anfragen ohne Verwendung von Namenselementen im Suchprofil
- Eine Melderegisterauskunft über eine Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen ... / Es wird **nach nicht namentlich benannten** Personen gesucht

alle Kinder Geburtsjahrgang xy im PLZ-Bereich z

Problem: wenn die Ergebnismenge groß ist, kann schnell die Obergrenze der Trefferanzahl erreicht sein.

Es gab zudem zusätzliche Fragen/Anmerkungen zu den Fragen an die AG BMG:

Zu Frage 5 aus dem Dokument:

Das An- bzw. Abwählen von Anforderungselementen soll nach Auffassung des EG auch für die Festlegung des angeforderten Datenumfangs in der Trefferliste gelten.

Beschluss:

- Es soll in der Anfragenachricht genau *einen* Satz Anforderungselemente geben
 - wirkt sich in der Trefferliste aus (bis zum maximalen Rahmen (siehe oben))
 - wirkt sich auf die Detailauskunft aus, falls diese sofort für den einzigen Treffer geliefert wird (bis zum durch die jeweilige Rechtslage festgelegten maximalen Rahmen)
- Es soll in der Anfragenachricht Detailauskunft (zu einem Eintrag der zuvor gelieferten Trefferliste) ebenfalls einen Satz Anforderungselemente geben
 - wirkt sich auf die Detailauskunft aus (bis zum durch die jeweilige Rechtslage festgelegten maximalen Rahmen)

Zu Frage 8 aus dem Dokument:

- Zum Begriff Ordnungsmerkmal: gemeint ist das Ordnungsmerkmal, welches ggf. vom Landesregister in der Kommunikation mit den zugeordneten Meldebehörden verwendet wird

- Zum Datenumfang: zusätzlich zum oben genannten sollte das Geburtsdatum enthalten sein (falls kein Ordnungsmerkmal verwendet wird)

Frage zur Gültigkeit des temporären ID-Merkmales:

Relevant ist dieses Thema für die XMeld-Prozesse soweit und nur soweit, dass das ID-Merkmal ausreichend lang leben muss, so dass der definierte XMeld-Prozess durchführbar ist.

Weitere Frage an die AG BMG

Frage zur Option, dass in einer Trefferliste oder einer Detailauskunft folgende Hinweise enthalten sind, welche dem Empfänger die Einordnung des Personendatensatzes erleichtern sollen:

- Tatsache, dass verstorben
- Tatsache, dass verzogen

Frage an den Änderungsbeirat:

- Ist die Mitteilung dieser Tatsachen auch dann zulässig, wenn nicht das Sterbedatum bzw. die Wegzugsanschrift durch den Anfragenden explizit angefordert worden ist (über den Mechanismus der Anforderungselemente wie oben beschrieben)?

Bearbeitet durch: QS-Instanz

Bearbeitet am: 2014-03-20

Die QS-Instanz wurde über den aktuellen Stand der Bearbeitung informiert. Zur Frage des Datenumfanges, den XMeld vorsehen soll, wurde besprochen, dass lieber mehr Möglichkeiten aufgenommen werden sollen, als zu wenig, da die Länder ihre Verordnungen erst später erstellen werden. In Folge-CRs können dann ggf. nicht benötigte Elemente wieder entfernt werden.

Bearbeitet durch: EMRA WS

Bearbeitet am: 2014-04-01

Ähnlichkeiten bei der EMRA und der Behördenauskunft:

Bei EMRA wird auch im Falle der ASP weitergeleitet, wenn Landesregister angefragt wurde.

Die Modellierung des Suchprofils für die einfache Melderegisterauskunft sollte analog zum Suchprofil zur Behördenauskunft ausgestaltet werden.

Auch die zu protokollierenden Daten bei der EMRA sind mit denen bei der Behördenauskunft identisch. Bei der EMRA gibt es zusätzliche, die in der Behördenauskunft nicht relevant sind (Erklärung zur Einwilligung).

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-04-02

Anforderungselemente:

Die Codeliste „Anforderungselement“ aus dem Polizeikontext wurde umbenannt und um neue Anforderungselemente ergänzt.

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-04-06

1. Erstellung der Codelisten

a. Codelist. Aktualitaet.fuer.Suche.Status

Die Codeliste „Polizei.Aktualitaet.fuer.Suche.Status“ wurde umbenannt in „Codelist.Aktualitaet.fuer.Suche.Status“, Sie enthält weiterhin die Schlüssel „aktuell“, „inaktuell“ und „keine Einschränkung“ und soll in der Anfragenachricht für die Behördenauskunft verwendet werden.

b. Polizei Nichterstellung Einzelauskunft Grund

Die Codeliste wird nicht mehr benötigt und soll daher entfernt werden.

c. Codeliste Codelist.Polizei.Nichterstellung.Trefferliste.Grund

Die Codeliste „Codelist.Polizei.Nichterstellung.Trefferliste.Grund“ wurde umbenannt in Behoerdenauskunft.Nichterstellung.Grund. Sie enthält gem. Bearbeitung von 2014-02-24 folgende Schlüssel aus den unterschiedlichen Schlüssetabellen:

- **01 Fehlender Anfrageanlass**
- **02 Auskunft über angefragten Suchbereich nicht möglich**
- **03 Suchparameter nach Landesrecht nicht zulässig**
 - *Kandidat*
- **04 Suchparameter technisch nicht unterstützt**

Kommentar:
Kandidat.
Es wird die Auffassung vorgebracht, dass gemäß Recht und XMeld diese Situation nicht zulässig ist (alle Kombinationen von Suchparametern sind zu implementieren). Wenn das so ist, wird dieser Schlüssel nicht verwendet
In der weiteren Diskussion zeigt sich, dass noch zu klären ist, inwieweit Funktionalität optional definiert wird (und dann je nach Entscheidung von Herstellern bzw. Behörden implementiert wird oder nicht)
- **05 Trefferliste zu groß**
- **06 Sonstiger Fehler:**

In der Bearbeitung der Anfrage ist etwas schief gelaufen. Erläuterung wird als Freitext mitgeliefert.
- **07 Zu protokollierende Daten nicht vollständig.**

Kommentar: relevant für "einfache Behördenauskunft" und für "Gruppenauskunft durch sonstige öffentliche Stellen"
- **08 Unzureichende Kennzeichnung des Absenders**

Unzureichend für den Fall einer vorliegenden ASP, um nach der manuellen Bearbeitung die Ergebnisse in Schriftform adressieren zu können.
- **09 Das ID-Merkmal ist nicht mehr verfügbar auf der Seite der Meldebehörde.**
 - *Einzelanfrage*
- **10 Berechtigung für diese Anfrage fehlt**

Kommentar: wird benötigt.
- **11 Gebührenregelung nicht positiv abgeschlossen**

Kommentar: Kandidat, wird möglicherweise gebraucht
- **12 Adresse (Straße) wurde nicht gefunden (gehört nicht zu der angefragten Gemeinde oder ist fehlerhaft)**

Kommentar: soll angeboten werden (kann informativ sein für den Anfragenden)
- **13 Das Suchprofil dieser Einzelanfrage ist ungültig**
 - d. **Codelist Beoerdenauskunft.Ergebnisstatus**

Die Codeliste Beoerdenauskunft.Ergebnisstatus wurde neu aufgenommen und dient der Übermittlung des Status der Anwtort.

 - eindeutig identifiziert, übermittelt wird hier die Detailauskunft
 - viele identifiziert (übermittelt wird Trefferliste)
 - nicht identifiziert (oder es liegt eine ASP vor - neutrale Antwort)

2. Nachrichten

Es wurden drei neu Nachrichten im 13er-Bereich erstellt, die sich an den 13er-Nachrichten orientieren.

- Nachricht 1320 ist die Nachricht zur Suchanfrage. Sie enthält das Suchprofil, Informationen zur Anfragenden Stelle sowie Informationen zur Steuerung der Suche.
 - In der Nachricht können sowohl Auswahl Daten angegeben werden, als auch ein technisches Identifikationsmerkmal, wenn der anfragenden Stelle bekannt.
- Nachricht 1321 ist die Antwortnachricht auf die Suchanfrage. Bei der derzeitigen Ausgestaltung kann sie sowohl Fehler zur Suchanfrage (Nichtausführung der Suche) als auch das Suchergebnis (1 Treffer, kein Treffer, mehrere Treffer) mitteilen.

- Nachricht 1322 Fehlermitteilung Sofern die Fehler zur Suchanfrage in einer eigenen Nachricht mitgeteilt werden sollen, kann die Nachricht 1322 verwendet werden. Es ist im EG zu klären, ob der Ausgestaltung als eigene Nachricht oder innerhalb der 1321 der Vorzug gegeben werden soll. Eine der beiden Nachrichten ist nach Entscheidung anzupassen. (ggf auch das Prozessmodell zum Abrufverfahren)

Analyse der Einträge aus CL Wohnung Beziehung zur Person

- 01 aktuell
- 02 verzogen
- 03 verstorben

Kommentar:

- ist relevant, auch schon als Information in den Datensätzen der Trefferliste
- ist für den Anfragenden interessant für Anfragen, bei denen er nicht steuert mit dem Schalter aktuell / inaktiv, also im Ergebnis alle Arten von Datensätzen enthalten sein können
- muss mit der Fachlogik entsprechend zusammenpassen
- die Frage ob das zulässig ist, wird dem Änderungsbeirat vorgelegt (Formulierung der Frage siehe dort)

Bearbeitet durch: JA/JG/JH

Bearbeitet am: 2014-04-09

Folgende Fragen werden dem Änderungsbeirat vorgelegt:

neben dem Dokument „Ausgestaltung der Behördenauskunft in XMeld – Ergebnisse aus der Sitzung des Änderungsbeirates sowie Fragen an die AG BMG“ vom 14.02.2014 hat das EG XMeld weitere Fragen zur Ausgestaltung der Behördenauskünfte formuliert. Ich bitte Sie, diese in der AG BMG bzw. deren Unterarbeitsgruppen zu behandeln oder ggf. direkt zu beantworten:

1) Frage Nr. 5 des Dokumentes bezieht sich auf die Steuerung durch den Anfragenden, welche Inhalte in der Einzelauskunft enthalten sein sollen (innerhalb des rechtlich zulässigen Umfangs). Der Änderungsbeirat war der Auffassung, dass Inhalte der Einzelauskunft ab- oder angewählt werden können sollen.

Aus Sicht des EG sollte die Funktion, den Datenumfang der Auskünfte zu steuern auch für Trefferlisten gelten, da der Datenumfang der Trefferliste ggf. den benötigten Datenumfang des Anfragenden bereits übersteigt. Ist eine solche Funktion auch für die Einschränkung des Datenumfanges einer Trefferliste zulässig und gewünscht?

2) Frage Nr. 8 des Dokumentes bezieht sich auf die Aussteuerung der Suche in das manuelle Verfahren, wenn Auskunftssperren zur betroffenen Person vorliegen. Der Änderungsbeirat hat zudem den ergänzenden Datenumfang für eine XMeld-Mitteilung über die Aussteuerung, welche von den Landesregistern an die zuständige Meldebehörde versendet werden kann. Das EG hat eine Nachfrage dazu, ob mit der Angabe „Ordnungsmerkmal“ das Ordnungsmerkmal gemeint ist, welches zwischen Meldebehörde und Landesregister ausgetauscht wird. Zudem geht das EG davon aus, dass, zusätzlich zu den genannten Daten das Geburtsdatum der betroffenen Person übermittelt werden sollte. Das EG bittet daher um eine Aussage, ob das Geburtsdatum mit angegeben werden darf.

3) Eine weitere Frage des EG bezieht sich auf die Option, dass in einer Trefferliste oder einer Detailauskunft Hinweise enthalten sind, welche dem Empfänger die Einordnung des Personendatensatzes erleichtern sollen. Gemeint sind Hinweise wie „verstorben“ und „verzogen“.

Ist die Mitteilung dieser Tatsachen auch dann zulässig, wenn nicht das Sterbedatum bzw. die Wegzugsanschrift durch den Anfragenden explizit angefordert worden ist (über den Mechanismus des An- Abwählens wie zu Frage 5 beschrieben)?

4) Die Fragestellung zu 3) ergibt sich auch für die einfache Melderegisterauskunft:

Bei der Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft (EMRA) sind in einer OSCI-XMeld Schlüsselstabelle folgende Eintragungen zur Person gegenwärtig (XMeld 1.8.1) vorgesehen:

- 1 für aktuell (meint aktueller Einwohner)
- 2 für inaktuell (meint inaktueller/verzogener Einwohner) und
- 3 für verstorben

Im Gegensatz zu „verstorben“ werden die Zulässigkeit der Übermittlung der Sachverhalte „aktuell“ und „inaktuell/verzogen“ im EG kontrovers diskutiert.

Folgende Positionen zur Frage der Zulässigkeit bestehen:

- Position contra:

Der gegenwärtige Status der Person (aktueller Einwohner oder inaktueller/verzogener Einwohner) aus Sicht der Meldebehörde ist nicht Regelungsinhalt von § 44 Abs. 1 BMG. Der maximal zu übermittelnde Datenumfang besteht aus dem Familiennamen, den Vornamen, dem Doktorgrad und den derzeitigen Anschriften sowie der Tatsache, dass die Person verstorben ist.

Die Übermittlung des Status „aktuell“ oder „verzogen“ ist ebenso unzulässig, wie die Mitteilung „Hauptwohnung“ oder „Nebenwohnung“ bei mehreren Anschriften, die Kennzeichnung des gebräuchlichen Vornamens oder die Angabe, um welche Art von Familiennamen es sich handelt, wenn der angefragte Nachname vom übermittelten Nachnamen der Person abweicht.

- Position pro:

Die Statusinformation „aktuell“ oder „verzogen“ stellt inhaltlich keine Erweiterung des rechtlich zulässigen Datenumfangs der Auskunft nach § 44 Abs. 1 BMG dar, da die betreffenden Sachverhalte auch aus der Bewertung des Auskunftsergebnisses ableitbar sind. Das Ausweisen des Status erleichtert lediglich die Bewertung der Auskunft durch den Anfragenden. Da der Informationsgehalt der Auskunft nicht erweitert wird, wird die Übermittlung dieser Zusatzinformation somit als zulässig betrachtet.

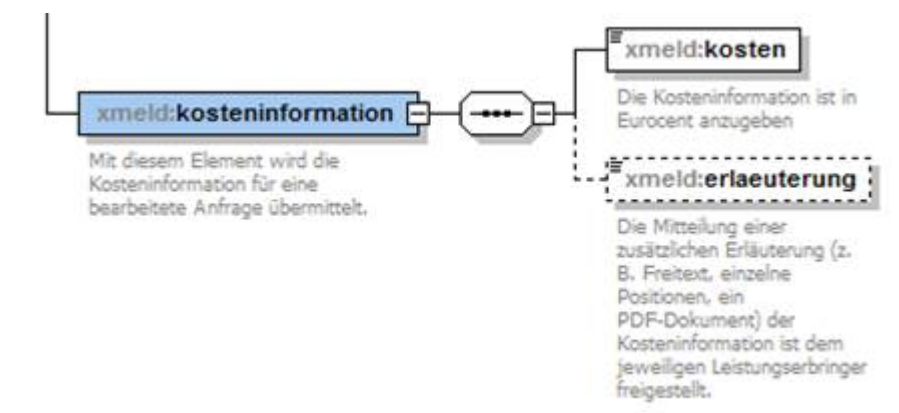
Hinweis: die Übermittlung eines diesbezüglichen Statuswertes ist Praxis bei der Auskunftserteilung in mehr als einem Bundesland und wird durch die Anfragenden, insbesondere Großkunden gewünscht.

Bearbeitet durch: JA

Bearbeitet am: 2014-04-09

Rückmeldung zum Entwurf des Kapitels Behördenauskunft:

in der zusammen gefassten Antwortnachricht für generische BAK (0421) und Polizeiauskunft (1303) sollten die Zahlungsinformationen wie folgt...



...zum Personensatz (uebermittelte.person) abgebildet werden.

Zudem muss beachtet werden, dass bei der Zusammenlegung der Nachrichten das Element <gesuchte.person> (0420) und das Element <uebermittelte.person> (0421) 1 bis n Sätze vorkommen können. Dies ist in der bestehenden 1300/ 1303 nicht vorgesehen. Sollte diese Bedingung nicht erfüllt sein, kann der Dienst BAK PU nicht über die zusammengelegte Nachricht erfolgen. Da in Schleswig-Holstein die Auftragsdatenverarbeitung für die Behördenauskunft mit einer Gebühr behaftet ist, ist dieses optionale Element erforderlich.

Bearbeitet durch: JA

Bearbeitet am: 2014-04-11

Warum wird in „IV 9.5.5 Anfragedaten zur Behördenauskunft nach § 38 BMG“ ein neuer Begriff für die Auswahldaten verwendet? Die Anfragedaten sind in IV.9.5.1 abgebildet.

Bei Ordens- und Künstlernamen ist die phonetische Suche nicht zulässig (s. § 38 Abs. 4)

Bearbeitet durch: Brandenburg/AL

Bearbeitet am: 2014-04-11

Es ist sicherzustellen, dass Daten zu beigeschriebenen Personen nicht ausgegeben werden, wenn eine ASP nach § 51 BMG eingetragen ist.

Die Suchdienste werden die Abrufmöglichkeit nach § 38 BMG nutzen. An der Zulässigkeit besteht kein Zweifel. Insoweit sind auch die Daten nach § 3 Abs. 2 Nr. 6 BMG in den Katalog aufzunehmen.

Bearbeitet durch: Brandenburg/AL

Bearbeitet am: 2014-04-16

Antwort von Brandenburg auf die Fragen von 2014-04-09 an den Änderungsbeirat.

nach der Befassung im Änderungsbeirat und der nachfolgenden Fragerunde weist das Dokument jetzt einen fast vollständigen Bearbeitungsstand auf, der eine vollständige Behandlung im Änderungsbeirat oder in den UAG des AG BMG nicht zwingend erfordert.

Es wird daher vorgeschlagen, dass in der AG BMG von Seiten der KoSIT nur noch folgende Fragen zur Abstimmung vorgestellt werden:

„Verwendung des Identifikationsmerkmals gem. § 39 Abs. 2 in Trefferlisten
Das EG bittet die AG BMG zu klären, ob das temporäre ID-Merkmal für 3, 5 oder 7 Tage vorgehalten werden sollte.“

Zu dieser Frage hatten die Mitglieder des Änderungsbeirates bereits ihre Hinweise mitgeteilt.

„2) Prüfungen durch die Auskunft gebende Stelle

Es besteht Klarheit darüber, dass die abgebende Stelle nicht zu prüfen hat, ob die anfragende Stelle zu der Anfrage, die sie stellt berechtigt ist oder ob sie berechtigt ist, den angefragten Datenumfang zu erhalten.

Aber sie wird prüfen, ob der angeforderte Datenumfang nach Landesrecht zulässig ist. Damit ist folgender Umgang denkbar:

Variante 1: In der Antwort wird der zu definierende Schlüssel übermittelt: "Anfrage wird aus diesem Grund abgewiesen"

Variante 2: Auskunft wird mit dem zulässigen Datenumfang gegeben, die nicht zulässigen Felder werden weggelassen; und der Hinweis gegeben, dass der Datenumfang eingeschränkt worden ist.

Variante 3: Auskunft wird mit dem zulässigen Datenumfang gegeben, die nicht zulässigen Felder werden weggelassen. Es wird kein zusätzlicher Hinweis gegeben.

Aus Sicht des EG sollten alle drei Varianten sollen mit XMeld K abbildbar sein.

Die AG BMG wird gebeten zu klären, ob alle drei Varianten zulässig sind bzw. welche der Varianten zulässig sind.“

Meine Position hierzu ist, dass alle drei Varianten zulässig sind.

Zu den weiteren Fragen wird wie folgt Stellung genommen:

- **Frage Nr. 5** des Dokumentes bezieht sich auf die Steuerung durch den Anfragenden, welche Inhalte in der Einzelauskunft enthalten sein sollen (innerhalb des rechtlich zulässigen Umfangs). Der Änderungsbeirat war der Auffassung, dass Inhalte der Einzelauskunft ab- oder ausgewählt werden können sollen.

Aus Sicht des EG sollte die Funktion, den Datenumfang der Auskünfte zu steuern auch für Trefferlisten gelten, da der Datenumfang der Trefferliste ggf. den benötigten Datenumfang des Anfragenden bereits übersteigt. Ist eine solche Funktion auch für die Einschränkung des Datenumfanges einer Trefferliste zulässig und gewünscht?

Antwort:

Im Änderungsbeirat hatten wir bereits beschlossen, dass für Trefferlisten ein minimaler Datenumfang festgelegt werden soll. Mein Vorschlag, der Zustimmung fand, war, dass eine Auskunft über die in § 38 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 7 BMG in der Trefferliste enthalten sein soll. Ich kann vor diesem Hintergrund nicht erkennen, warum eine weitere Einschränkung des Datenumfanges noch praxistauglich sein könnte. Es ist also keine Frage der Zulässigkeit, sondern eine Frage der Praktikabilität. Mein Hinweis hierzu lautet also: Wenn es bei dem vorgeschlagenen minimalen Datenumfang bliebe, sehe ich keine Notwendigkeit, eine Funktion auch für die Einschränkung des Datenumfanges der Trefferliste bereitzustellen.

- **Frage Nr. 8** des Dokumentes bezieht sich auf die Aussteuerung der Suche in das manuelle Verfahren, wenn Auskunftssperren zur betroffenen Person vorliegen. Der Änderungsbeirat hat zudem den ergänzenden Datenumfang für eine XMeld-Mitteilung über die Aussteuerung festgelegt, welche von den Landesregistern an die zuständige Meldebehörde versendet werden kann.

Das EG hat eine Nachfrage dazu, ob mit der Angabe „Ordnungsmerkmal“ das Ordnungsmerkmal gemeint ist, welches zwischen Meldebehörde und Landesregister ausgetauscht wird. Zudem geht das EG davon aus, dass, zusätzlich zu den genannten Daten das Geburtsdatum der betroffenen Person übermittelt werden sollte. Das EG bittet daher um eine Aussage, ob das Geburtsdatum mit angegeben werden darf.

Antwort:

Für die Weiterleitung der Abfrage zu einer Person, für die eine Auskunftssperre nach § 51 BMG eingetragen ist, an die zuständige Meldebehörde (das kann nur die Meldebehörde der aktuellen Wohnung sein) sind die Daten in der Weiterleitungsnachricht erforderlich, die für eine sichere Identifizierung der betroffenen Person bei der Meldebehörde und für eine ggf. Auskunft an die anfragende Stelle erforderlich sind. Soweit hier, nach der Feststellung des EG XMeld weitere Daten erforderlich sind (z.B. das Geburtsdatum), habe ich keine Bedenken gegen die Verwendung in der Weiterleitungsnachricht. Zur Frage, welches OM in der Weiterleitungsnachricht zu verwenden ist, kann ich nur den Hinweis geben, dass es das OM sein muss, mit dem die Meldebehörde die betroffene Person eindeutig identifizieren kann.

- **Eine weitere Frage des EG** bezieht sich auf die Option, dass in einer Trefferliste oder einer Detailauskunft Hinweise enthalten sind, welche dem Empfänger die Einordnung des Personendatensatzes erleichtern sollen. Gemeint sind Hinweise wie „verstorben“ und „verzogen“. Ist die Mitteilung dieser Tatsachen auch dann zulässig, wenn nicht das Sterbedatum bzw. die Wegzugsanschrift durch den Anfragenden explizit angefordert worden ist (über den Mechanismus des An- Abwählens wie zu Frage 5 beschrieben)?

Antwort:

Soweit sich der Änderungsbeirat darauf verständigt, dass es bei Trefferlisten stets eine Auskunft über die in § 38 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 7 BMG genannten Daten geben soll (siehe oben zu Frage 5), werden in der Trefferliste auch Personen aufgeführt werden, die bereits

verstorben sind. Das ist hinnehmbar; in der Detailauskunft kann die anfragende Stelle dann sehen, dass die Person verstorben ist.

Da der Datenumfang der Trefferliste die derzeitigen Anschriften oder die Wegzugsanschrift enthält, kann sich die Tatsache, dass ein Einwohner verzogen ist, nur noch darauf beziehen, dass das angefragte Register nur eine Wegzugsanschrift beauskunften kann, die außerhalb der (örtlichen) Zuständigkeitsbereiches liegt. Aus meiner Sicht ist die vom EG vorgeschlagene Option nicht zwingend erforderlich.

- **Zu 4) Die Fragestellung zu 3) ergibt sich auch für die einfache Melderegisterauskunft**

Mein eindeutiges Votum: Ich unterstütze die Position Contra!

Bearbeitet durch: BMI/AS

Bearbeitet am: 2014-04-16

Antwort von BMI auf die Fragen von 2014-04-09 an den Änderungsbeirat.

Die Grundauffassung von Brandenburg wird geteilt.

Auch zu den weiteren Fragen sehe ich große Übereinstimmung mit Brandenburg. Meine Erwägungen habe ich unten in Ihrem Text eingetragen.

- *„neben dem Dokument „Ausgestaltung der Behördenauskunft in XMeld – Ergebnisse aus der Sitzung des Änderungsbeirates sowie Fragen an die AG BMG“ vom 14.02.2014 hat das EG XMeld weitere Fragen zur Ausgestaltung der Behördenauskünfte formuliert. Ich bitte Sie, diese in der AG BMG bzw. deren Unterarbeitsgruppen zu behandeln oder ggf. direkt zu beantworten:*

1) Frage Nr. 5 des Dokumentes bezieht sich auf die Steuerung durch den Anfragenden, welche Inhalte in der Einzelauskunft enthalten sein sollen (innerhalb des rechtlich zulässigen Umfangs). Der Änderungsbeirat war der Auffassung, dass Inhalte der Einzelauskunft ab- oder angewählt werden können sollen.

Aus Sicht des EG sollte die Funktion, den Datenumfang der Auskünfte zu steuern auch für Trefferlisten gelten, da der Datenumfang der Trefferliste ggf. den benötigten Datenumfang des Anfragenden bereits übersteigt. Ist eine solche Funktion auch für die Einschränkung des Datenumfanges einer Trefferliste zulässig und gewünscht?“

Antwort: Die Trefferliste sollte sehr wenige Daten enthalten: Bspw. Name, Vorname, geb.Datum bzw. Anschrift. Es ist zu vermeiden, dass die Trefferliste bereits komplette einfache Behördenauskünfte enthält. Auf einer kleinen Basis von Daten für Trefferlisten wäre Abwählmöglichkeit zu erwägen, aber wohl wenig sinnvoll. Auf die Befassung im Änderungsbeirat und das dortige Ergebnis wird hingewiesen.

- *„2) Frage Nr. 8 des Dokumentes bezieht sich auf die Aussteuerung der Suche in das manuelle Verfahren, wenn Auskunftssperren zur betroffenen Person vorliegen. Der Änderungsbeirat hat zudem den ergänzenden Datenumfang für eine XMeld-Mitteilung über die Aussteuerung, welche von den Landesregistern an die zuständige Meldebehörde versendet werden kann.*

Das EG hat eine Nachfrage dazu, ob mit der Angabe „Ordnungsmerkmal“ das Ordnungsmerkmal gemeint ist, welches zwischen Meldebehörde und Landesregister ausgetauscht wird. Zudem geht das EG davon aus, dass, zusätzlich zu den genannten Daten das Geburtsdatum der betroffenen Person übermittelt werden sollte. Das EG bittet daher um eine Aussage, ob das Geburtsdatum mit angegeben werden darf.“

Antwort: Bei Frage 8 gab es im Landesbestand genau einen Treffer, der zur Weiterbearbeitung an die zuständige MB gegeben wird. Das OM kann hier wohl nur das OM sein, mit dem die MB eindeutig identifizieren kann. Da nur ein Treffer erzielt wurde wäre die

Weitergabe des Geb.datums grundsätzlich möglich, bei Übermittlung des OM aber nicht erforderlich (unzulässig).

- „3) Eine weitere Frage des EG bezieht sich auf die Option, dass in einer Trefferliste oder einer Detailauskunft Hinweise enthalten sind, welche dem Empfänger die Einordnung des Personendatensatzes erleichtern sollen. Gemeint sind Hinweise wie „verstorben“ und „verzogen“.

Ist die Mitteilung dieser Tatsachen auch dann zulässig, wenn nicht das Sterbedatum bzw. die Wegzugsanschrift durch den Anfragenden explizit angefordert worden ist (über den Mechanismus des An- Abwählens wie zu Frage 5 beschrieben)?“

Antwort: Kein Abfrageinhalt, entsprechend keine Zusatzinfos möglich.

- „4) Die Fragestellung zu 3) ergibt sich auch für die einfache Melderegisterauskunft:

Bei der Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft (EMRA) sind in einer OSCI-XMeld Schlüsseltabelle folgende Eintragungen zur Person gegenwärtig (XMeld 1.8.1) vorgesehen:

- 1 für aktuell (meint aktueller Einwohner)*
- 2 für inaktiv (meint inaktueller/verzogener Einwohner) und*
- 3 für verstorben*

Im Gegensatz zu „verstorben“ werden die Zulässigkeit der Übermittlung der Sachverhalte „aktuell“ und „inaktiv/verzogen“ im EG kontrovers diskutiert.

Folgende Positionen zur Frage der Zulässigkeit bestehen:

Position contra:

Der gegenwärtige Status der Person (aktueller Einwohner oder inaktueller/verzogener Einwohner) aus Sicht der Meldebehörde ist nicht Regelungsinhalt von § 44 Abs. 1 BMG. Der maximal zu übermittelnde Datenumfang besteht aus dem Familiennamen, den Vornamen, dem Doktorgrad und den derzeitigen Anschriften sowie der Tatsache, dass die Person verstorben ist.

Die Übermittlung des Status „aktuell“ oder „verzogen“ ist ebenso unzulässig, wie die Mitteilung „Hauptwohnung“ oder „Nebenwohnung“ bei mehreren Anschriften, die Kennzeichnung des gebräuchlichen Vornamens oder die Angabe, um welche Art von Familiennamen es sich handelt, wenn der angefragte Nachname vom übermittelten Nachnamen der Person abweicht.

Position pro:

Die Statusinformation „aktuell“ oder „verzogen“ stellt inhaltlich keine Erweiterung des rechtlich zulässigen Datenumfangs der Auskunft nach § 44 Abs. 1 BMG dar, da die betreffenden Sachverhalte auch aus der Bewertung des Auskunftsergebnisses ableitbar sind. Das Ausweisen des Status erleichtert lediglich die Bewertung der Auskunft durch den Anfragenden. Da der Informationsgehalt der Auskunft nicht erweitert wird, wird die Übermittlung dieser Zusatzinformation somit als zulässig betrachtet.

Hinweis: die Übermittlung eines diesbezüglichen Statuswertes ist Praxis bei der Auskunftserteilung in mehr als einem Bundesland und wird durch die Anfragenden, insbesondere Großkunden gewünscht.“

Antwort: Wenn die Zusatzinfo so leicht zu erschließen ist, bedarf es ihrer auch nicht. Position Contra ist zu bevorzugen.

Bearbeitet durch: Frankfurt/CS

Bearbeitet am: 2014-04-16

Antwort von Frankfurt auf die Fragen von 2014-04-09 an den Änderungsbeirat.

- zu Ziffer 3 (Darf die Trefferliste Hinweise wie „verzogen“ und „verstorben“ enthalten?)

Die Information, ob eine Person überhaupt noch lebt, wird für die praktische Arbeit der anfragenden Stelle als wesentlich eingestuft. Anders als bei der Tatsache „verzogen“, die sich innerhalb der Trefferliste bereits aus der Wegzugsanschrift ergibt, ist die Tatsache „verstorben“ hingegen nicht auf den ersten Blick zu erkennen. Für die anfragende Stelle, die als Ergebnis der Suchanfrage eine Trefferliste erhält, hat dies den Nachteil, dass sie die Tatsache „verstorben“ nur durch einen weiteren Klick in die Detailauskunft in Erfahrung bringen kann. Das ist möglich, aber für die Praxis umständlich.

Ich schlage daher vor, den in der Sitzung des Änderungsbeirates am 14.02.2014 festgelegten Minimalumfang (§ 38 Abs. 1, Ziffer 1, 3, 7 BMG) um Ziffer 8 (Sterbetag (der Sterbeort ist entbehrlich)) zu erweitern.

So wäre für die anfragende Stelle komfortabel und schnell zu erkennen, ob die gelistete Person überhaupt noch lebt.

- **Zu Ziffer 4 (ableitbare Zusatzinformationen bei der einfachen Melderegisterauskunft)**
Die explizite Ausweisung, dass eine Person, die eine Meldeanschrift in der Gemeinde besitzt aktuell, bzw. umgekehrt nicht aktuell ist, wird für zulässig, aber in der Praxis nicht erforderlich erachtet.
Begehrlichkeiten von Großkunden sind mir nicht bekannt.

In allen weiteren Fragen unterstütze ich das Votum von Brandenburg.

Bearbeitet durch: NRW/GP

Bearbeitet am: 2014-04-16

Antwort von NRW auf die Fragen von 2014-04-09 an den Änderungsbeirat.

Die Grundauffassung von Brandenburg und BMI teile ich fast gänzlich.

Allerdings sollten die Anmerkungen aus der Praxis von Frankfurt nicht außer Betracht bleiben. § 38 Absatz 4 enthält grundsätzlich kein Verbot, so dass es auch möglich wäre "verstorben" in der Trefferliste mitzuliefern. Auch im Hinblick auf die Löschpflichten, sollte man dem Abfragenden die Möglichkeiten geben, die Detailabrufe von vorneherein ein zu schränken.

Bearbeitet durch: KRZN/OT

Bearbeitet am: 2014-04-28

Meine Kommentare und Vorschläge habe ich direkt im Dokument vermerkt (Änderungsmodus).

Noch unklar ist mir die genaue Abgrenzung zwischen Einzelauskünften, Detailauskünften und der Trefferliste an sich. Ich habe zudem keine Aussage über den (minimalen und maximalen!) Datenumfang der Trefferliste gefunden - ist das beabsichtigt? Speziell diesen Punkt haben wir ja sehr kontrovers diskutiert. Ggf. sollte man noch einen Satz ergänzen, wo sich die Trefferliste in der Modellierung (also der eigentlichen Nachricht) widerspiegelt (nämlich `auskunft:person 0..N`).

Eine separate Fehlernachricht halte ich persönlich für nicht erforderlich.

Für die "harten" Fälle gibt es sowieso den normalen RTS-Prozess (mit eigenen Nachrichten). Alles andere kann ich eigentlich auch direkt aus der Antwortnachricht herauslesen, das ist ja sogar bereits modelliert! Bei einer separaten Fehlernachricht stellt sich immer die Frage, welcher Sachverhalt dann genau hier rein gehört und welcher in die eigentliche Antwortnachricht

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-05-03

1) Zielsetzung

Die Zielsetzung wurde redaktionell anhand der Rückmeldungen angepasst.

2) Begriffsdefinitionen

Die Begriffsdefinitionen wurden redaktionell angepasst.

**Auskunft über eine Vielzahl nicht namentlichbezeichneter
namentlich bezeichneter Personen**

Kommentar JH: Bei dieser Definition ist nochmal zu prüfen, ob Namensfragmente tatsächlich ausgeschlossen sind.

Kommentar OT: Dieser Begriff taucht im weiteren Verlauf derzeit überhaupt nicht mehr auf – und ist damit nicht prozessrelevant. Dass eine solche Auskunftsort möglich ist, sollte natürlich erwähnt sein.

namentlich benannte Person

Der Begriff ist noch zu definieren.

Einzelauskunft

Der Begriff Einzelauskunft wurde gestrichen. Stattdessen wird im Kapitel der Begriff Detailauskunft verwendet.

3) Übersicht über den Ablauf

Der Abschnitt „Übersicht über den Ablauf wurde redaktionell bearbeitet. Eine Beschreibung wurde ergänzt.

Der Datenumfang wurde jeweils um die Daten nach § 3 Abs. 2 Nr. 4, 5 und 6 BMG ergänzt. Es ist noch zu klären, ob die Daten jeweils als Auswahldaten und als Abrufdaten verwendet werden könnten.

4) Ablauf im Detail

Rechtliche und Verfahrenstechnische Prüfung

ggf. sollte dieser Prozessschritt noch näher erläutert werden, damit klar wird, um welche rechtlichen Prüfungen es sich dabei handeln kann.

Fehlernachricht 1322

Es ist noch zu klären, ob die Nachricht 1322 als eigene Fehlernachricht benötigt wird. Tendenz der Rückmeldungen ist: nein. Fehlerfälle können, wie bereits modelliert, in der Nachricht 1321 abgebildet werden.

Schlüsseltabelle Behördenauskunft Ergebnisstatus

Anregung ist, diese Schlüsseltabelle auch für die EMRA zu nutzen. Ob dies möglich ist, muss noch geklärt werden.

Prüfung, ob Auskunftssperren vorliegen (bei Trefferlisten)

Hier ist ggf. noch anzupassen

Besonderheiten

Der „Umgang mit Auskunftssperren zur betroffenen Person und zur beigeschriebenen Person“ wurde unter Besonderheiten aufgenommen.

Bei Vorliegen von Auskunftssperren gemäß § 51 BMG für eine betroffene Person erfolgt eine Aussteuerung der Anfrage in das manuelle Verfahren. Sofern Auskunftssperren zu beigeschriebenen Personen vorliegen, ist sicherzustellen, dass zu diesen Personen keine Daten in der Antwortnachricht enthalten sind.

Prüfung auf Aussteuerung in das manuelle Verfahren

Der Prozess zur Aussteuerung in das manuelle Verfahren bei ASP wurde neu aufgenommen. Dazu wurde zudem die Nachricht 1324 erstellt. Beides ist durch das EG noch zu prüfen. Die Nachricht 1324 enthält die Daten der Suchanfrage sowie zusätzlich Daten zur gefundenen Person mit dem Datenumfang gem. Beschluss des Änderungsbeirates. Das Geburtsdatum wurde mit aufgenommen (siehe 2014-04-16 Befassung des CAB)

5) Datentypen

CR 2012-47: zu type.Behoerdenauskunft.Suchprofil: Statt der Anschrift.Melderecht wird im Suchprofil nun die XInneres Meldeanschrift genutzt. Alle Elemente sind damit optional. Im EG muss besprochen werden, ob dieses Lösung so mitgetragen wird.

Weitere Detailfragen zu den Datentypen sind im Entwurf der Spezifikation enthalten.

Datenumfang der Trefferliste

Gemäß CAB ist der Datenumfang der Trefferliste beschränkt. Die Information kann an geeigneter Stelle (Element person) und/oder in der Prozessbeschreibung mit aufgenommen werden. Dies ist noch durch das EG zu klären.

Prüfungen durch die Auskunft gebende Stelle

Zur Frage des EG, die an den Änderungsbeirat gestellt wurde, hat der Änderungsbeirat keine Bedenken zur Unterstützung der 3 Varianten geäußert. Das EG muss noch prüfen, wie die Varianten abgebildet werden sollen.

„Es besteht Klarheit darüber, dass die abgebende Stelle nicht zu prüfen hat, ob die anfragende Stelle zu der Anfrage, die sie stellt berechtigt ist oder ob sie berechtigt ist, den angefragten Datenumfang zu erhalten.

Aber sie wird prüfen, ob der angeforderte Datenumfang nach Landesrecht zulässig ist. Damit ist folgender Umgang denkbar:

Variante 1: In der Antwort wird der zu definierende Schlüssel übermittelt: "Anfrage wird aus die-sem Grund abgewiesen"

Variante 2: Auskunft wird mit dem zulässigen Datenumfang gegeben, die nicht zulässigen Fel-der werden weggelassen; und der Hinweis gegeben, dass der Datenumfang eingeschränkt wor-den ist.

Variante 3: Auskunft wird mit dem zulässigen Datenumfang gegeben, die nicht zulässigen Fel-der werden weggelassen. Es wird kein zusätzlicher Hinweis gegeben.

Aus Sicht des EG sollten alle drei Varianten sollen mit XMeld K abbildbar sein“

Informationen in der Trefferliste (verzogen, verstorben..)

Hierzu gab es keine Einigkeit im Änderungsbeirat. Vorschlag: Informationen aufnehmen. Wenn unzulässig, können sie zu einem späteren Release wieder entfernt werden.

Codelisten

Codeliste Anforderungselemente

Die Rückmeldungen zur Codelist Anforderungselemente wurden noch nicht vollständig eingearbeitet. Eine Fertigstellung der Liste ist erst sinnvoll, wenn der Katalog der Abrufdaten für einfache und Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden feststeht.

Nocht zu tun:

- Codeliste Anforderungselement ist abschließend festzulegen und in der Spezifikation abzubilden
- Nachricht 1320/1321 sind noch an den abgestimmten Datenumfang anzupassen
- WSDL-Datei ist noch anzupassen
- Die Nachrichten 0420/0421 sowie 1301... sind noch zu löschen.
- Die Schematdatei muss umbenannt werden
- Die Codeliste XMeld-Nachrichten ergänzt werden um die Hinweise zu den Nachrichten 0420/0421, 1301..
- Nicht verwendete Codelisten müssen gelöscht werden und die Versionshistorie zum CR zu Datentyp Code muss aktualisiert werden

Bearbeitet durch: AG Mod

Bearbeitet am: 2014-05-12

Generischer Landescontainer

Es soll ergänzt werden:

- ein generischer Container für landesrechtliche Erweiterungen (§55 Abs. 1, 6, 7) von Auswahldaten und Abrufdaten, die nicht im DSMeld gelistet sind:
- Vorbild: Objekt Zusatzfeld aus dem Landescontainer XMeldIT

- auch für die Anforderungselemente vorzusehen (evtl. auch suchbereich)

Anwendungskontexte:

- 1320: Objekt auswahldaten
- 1320: Objekt steuerungsinformationen (als Ergänzung zu den Auswahl-elementen)
- 1320: ggf. für den suchbereich
- 1321: auskunft/person

In der Dokumentation zum Container soll unterstrichen werden:

- "zu verwenden ausschließlich für Datenelemente, die nicht im DSMeld definiert sind"
- Intention: ausschließen, dass der gemeinsame DSMeld-bezogene Rahmen (die optionalen Container in Auswahldaten und Abrufdaten) über den generischen Landescontainer unterminiert wird

Architektur Nachrichten:

- es soll keine spezielle Fehlernachricht Behördenauskunft geben
- mögliche Fehlerinformation der abgebenden Meldebehörde soll innerhalb Nachricht 1321 codiert werden
- Begründung: ist eingespielt in der Praxis in EMRA und Behördenauskunft XMeld 1.8.1, es gibt aktuell keinen Grund daran etwas zu ändern

Zum Prozessmodell "Das Datenabrufverfahren für einfache Behörden und Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden":

- Aktivität bzw. Anmerkung zu "Reduzierung der Trefferliste um die Personen mit ASP":
 - ist logisch noch nicht ganz sauber definiert in der Prozessabfolge (was wäre z.B. wenn an dieser Stelle alle Personen oder alle bis auf eine Person eine ASP haben? dann wäre eher die neutrale Antwort fällig). Sollte noch mal angeschaut und geändert werden.
 - Logik:
 - Trefferliste zusammenstellen
 - Einträge mit ASP rauswerfen
 - wenn Restmenge 0, dann neutrale Antwort
 - wenn Restmenge 1, dann Detailauskunft
 - wenn Restmenge größer 1, dann Trefferliste
- "Fehlermitteilung Nachricht 1322": wird ersetzt durch Nachricht 1321 (mit welchem Schlüssel welcher Codeliste?)
- Modul "Prüfung auf Aussteuerung ins manuelle Verfahren": die Prüfung auf ASP soll nicht innerhalb des Moduls stattfinden, sondern im Mutterprozess, ebenso "neutrale Antwort versenden"

Prozessmodell "Die Prüfung zur Aussteuerung in das manuelle Verfahren ":

- Name neu "Aussteuerung in das manuelle Verfahren"
- reduzieren um "Prüfung um vorhandene ASP" und "neutrale Antwort verarbeiten"

Schlüsseltabelle Behördenauskunft Ergebnisstatus

- Formulierung Schlüssel 03 SOLL: "Die Person wurde nicht identifiziert oder es liegt eine Auskunftssperre vor. Es werden keine Daten übermittelt."
- Kommentar zur entsprechenden CL der EMRA: Dies sollten zwei verschiedene CLs sein. Begründung: Wäre sonst verwirrend, weil einige Schlüssel sehr ähnlich aber doch mit wichtigen Unterschieden im Detail definiert sind.

Datentypen:

- **statt "anfragedaten" einfügen:** "Daten abfragende Stelle"
- **Flag "sicherheitsbehoerde":** soll mandatorisch sein, um die Information in der Nachricht in jedem Fall explizit verfügbar zu haben. Der verbindliche Charakter wird so stärker unterstrichen.
- **abrufende Stelle mandatorisch:** soll jetzt erst mal so bleiben, da noch unklar ist, wie das Gefüge der Auskunftsdienste gelebt werden wird. Dafür wird etwas Redundanz hier in Kauf genommen.
- **auskunft/person als Trefferliste:**

- welche Daten dazu gehören ist wird als maximaler Umfang beschrieben: Familienname, Vornamen, Geburtsdatum, derzeitige Anschrift, Sterbetag, Identifikationsmerkmal (§ 38 (1))
- **Anforderungselemente:** soll Häufigkeit 1...n bekommen
 - Instrument Standardumfang soll nicht mehr in der XMeld-Vorgabe zur Behördenauskunft verwendet werden. In der Anfragenachricht muss immer explizit ein Set von Anforderungselementen vorhanden sein.
 - Für die Trefferliste:
 - enthält maximal die Daten gemäß § 38 (1) (s.o.)
 - falls die Anforderungselemente der Anfragenachricht weniger Daten als das vorsehen, sind entsprechend weniger Daten zu den Einträgen der Trefferliste enthalten
 - falls das Sterbedatum nicht per Anforderungselement angefordert wurde, soll dennoch die Information enthalten sein, dass die Person verstorben ist
 - Diese Regelung ist wichtig, damit Dienste wie Anfragen des BVA zur Europäische Bürgerinitiative über die Behördenauskunft bedient werden können. Insofern sollte nicht ein Land intern einen fixen Minimalumfang für die Einträge der Trefferliste festlegen.
- **suchbereich:** in HAW zu XMeld K soll gesagt werden, dass "regionalschlüssel" nicht unterstützt wird – dazu erstellt JG einen separaten CR
- **Häufigkeit Elemente der Auswahldaten:** sollen alle Häufigkeit 0...1 haben (name, anschrift, GSV sind zu ändern)
- **optionale Funktionalität:**
 - Die Funktionalitäten des Geburtszeitraums und des Hausnummernbereiche (Objekt xmeld:hausnummern.bis) sollen in der XMeld-Spezifikation als Angebot verstanden werden. Ist nicht verpflichtend umzusetzen durch Hersteller oder Länder.
- **Kosteninformation in der Ergebnismeldung:**
 - es wird noch geprüft, ob diese Informationen in der Nachricht enthalten sein sollen oder landesseitig im Verfahren abgebildet werden sollen (siehe Eintrag von JA/SH im vorliegenden CR vom 2014-04-09, wird ebenfalls von MB/BW unterstützt) – wurde als Aufgabe erfasst
- **anschrift/status.anschrift:**
 - soll optional sein, damit die Möglichkeit für Hersteller besteht auf die Implementierung zu verzichten
- **auswahldaten/waffenrechtl oder sprengstoffrechtl Erlaubnis:**
 - soll nicht mit Datum in die Suchanfrage sondern als "Tatsache dass", also modellieren als Boolean (mit fixed=true)
 - als Auswahldatum sollen also nicht die jeweiligen DSMeld-Blätter (2601/2602 bzw. 2801/2802) enthalten sein, das muss ggf. in der Datentabelle weiter oben noch angepasst werden
 - generell: in der Datentabelle die Auswahldaten zur Behördenauskunft um die Hinweisdaten verringern
- **Hinweisdaten:**
 - sollen in die Abrufdaten aufgenommen werden
 - Vorgehen: zunächst die Datentabelle vervollständigen (wurde als Aufgabe aufgenommen), dann den Elementkatalog unter auskunft/person anpassen
- **Prüfungen durch die Auskunft gebende Stelle** mit drei möglichen Varianten (s.o. von 2014-05-03 Punkt 5):
 - Die AG Mod begrüßt, dass alle drei Varianten aus Sicht Änderungsbeirat zulässig sind und beschließt, aus Gründen der Dienstleistungsqualität Variante 2 umzusetzen.
- **Codeliste Anforderungselement:**
 - soll feinkörnig strukturiert sein
 - Begründung: wegen der sehr differenzierten Berechtigungslage ist das nötig (Objektebene GSV wäre dann nicht ausreichend)
 - Codierung: als Code wird die DSMeld-Blattnummer
- **Tatsache dass verstorben für die Trefferliste:**
 - ist als Boolean vorzusehen

- Schlüsseltabelle "Wohnung Beziehung zur Person" ist dann entbehrlich und kann gelöscht werden (falls nicht in einem anderen Kontext noch relevant)
- **aktuelle.wohnung / inaktuelle.wohnung in type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten:**
 - Es wird kontrovers diskutiert, ob es sinnvoll ist, in Trefferliste und Detailauskunft per Strukturelement die inaktuellen Wohnungen abzusetzen.
 - Es wird gefürchtet, dass für Hersteller die Verarbeitung der Wohnungsdaten dadurch erschwert wird. Andererseits wird darauf verwiesen, dass das in XMeld vielfach Praxis ist.
 - Wird in XMeld unterschiedlich gehandhabt: In LRA und Polizeiauskunft wird beispielsweise unterschieden, in Rückmeldung und Anmeldung nicht.

Bearbeitet durch: AG BMG

Bearbeitet am: 2014-05-15

Auf der Sitzung der AG BMG erfolgen folgende Festlegungen (vorbehaltlich dem Protokoll)

Speicherdauer des Identifikationsmerkmals

- Höchstgrenze für die Speicherdauer sollte bei 7 Tagen liegen. RP bezweifelt die Erforderlichkeit eines IDMerkmals.
- Das IDMerkmal wird nicht protokolliert,
- Das OM darf nicht verwendet werden, damit der Datenempfänger keinen Spiegel des Melderegisters anlegen kann

Varianten für Reaktion auf abweichenden Datenumfang

- Variante 1 wird abgelehnt
- Variante 2 wird befürwortet
- Variante 3 ist auch möglich, da kein Erfordernis für Variante 2 erkennbar ist

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-05-17

Die folgenden Punkte wurden bearbeitet. Dabei wurden auch die redaktionellen Anmerkungen aus dem in der AG Modellierung erstellten PDF-Dokument sowie die Zuarbeit von RR berücksichtigt.

Prozessbeschreibung

Zum Prozessmodell "Das Datenabrufverfahren für einfache Behörden und Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden":

- 1) Das Prozessmodell wurde überarbeitet, so dass deutlich wird, dass nach Reduzierung der Trefferliste um die Personen mit Auskunftssperre eine neutrale Antwort erfolgt, wenn keine Person mehr beauskunftet werden kann, eine Detailauskunft erfolgt, wenn genau eine Person beauskunftet werden kann und eine Trefferliste erstellt wird, wenn mehr als eine Person beauskunftet werden kann.
- 2) Die "Fehlermitteilung Nachricht 1322": wird ersetzt durch Nachricht 1321, die für Fehlerfälle und Auskünfte eingesetzt werden soll.
- 3) Modul "Prüfung auf Aussteuerung ins manuelle Verfahren": die Prüfung auf ASP wird in das Prozessmodell aufgenommen. Ausgelagert wird nur die „Aussteuerung in das manuelle Verfahren“ an die zuständige Meldebehörde.

Datentypen:

- 1) anfrageanlass: Der anfrageanlass wird mandatorisch gemacht.
- 2) Element "anfragedaten" und Typ type.Behoerdenauskunft.Anfragedaten.
(datenAbrufendeStelle) konsistent zur Begriffsdefinition.

3) Das Flag "sicherheitsbehoerde" wurde mandatorisch gemacht, um die Information in der Nachricht in jedem Fall explizit verfügbar zu haben. Der verbindliche Charakter wird so stärker unterstrichen. Hier wird bewusst vom normalen Umgang mit Booleans in XMeld abgewichen. Die Dokumentation wurde entsprechend angepasst.

4) Element anforderungselement: Häufigkeit wird auf 1..n geändert.

5) Die Häufigkeit der Elemente in den Auswahldaten wurde jeweils auf 0..1 geändert.

6) anschrift/status.anschrift wurde optional gemacht.

7) auswahldaten/waffenrechtl oder sprengstoffrechtl Erlaubnis:
In den Auswahldaten werden beide Elemente als boolean realisiert.

8) Prüfungen durch die Auskunft gebende Stelle mit drei möglichen Varianten:
gem. Befassung in AG Mod sowie können die Varianten in der Antwort der Suchanfrage abgebildet werden.

9) Tatsache dass verstorben für die Trefferliste:
▪ ist als Boolean aufgenommen worden

10) Generischer Landescontainer wurde aufgenommen für
1320: Objekt auswahldaten
1320: Objekt steuerungsinformationen (als Ergänzung zu den Auswahlelementen)
1320: ggf. für den suchbereich
1321: auskunft/person

In der Dokumentation wurde jeweils aufgenommen, dass:

- "zu verwenden ausschließlich für Datenelemente, die nicht im DSMeld definiert sind"
- Intention: ausschließen, dass der gemeinsame DSMeld-bezogene Rahmen (die optionalen Container in Auswahldaten und Abrufdaten) über den generischen Landescontainer unterminiert wird

11) Die Abrufdaten und die Auswahldaten wurden jeweils gem. Tabelle zulässigen Daten in die Datentypen aufgenommen.

12) Für die Trefferliste wurde in der Dokumentation des Elements person type.Behoerdenauskunft.Auskunft) der maximale Datenumfang der Trefferliste aufgenommen: Familienname, Vornamen, Geburtsdatum, derzeitige Anschrift, Sterbetag, Identifikationsmerkmal (§ 38 (1)).

Zudem wurde in der Dokumentation darauf hingewiesen, dass die Tatsache, dass die Person verstorben ist, mitgeteilt werden kann.

Außerdem enthält die Dokumentation den Hinweis, dass sich der Datenumfang nach den in der Suchanfrage ausgewählten Anforderungselementen sowie rechtlichen Regelungen richtet.

Codelisten

13) Schlüsseltabelle Behördenauskunft Ergebnisstatus

- Formulierung Schlüssel 03 SOLL: "Die Person wurde nicht identifiziert oder es liegt eine Auskunftssperre vor. Es werden keine Daten übermittelt." wurde übernommen.

Die Nachrichten und Datentypen aus dem Polizei-Kapitel wurden gelöscht. In der Codelist XMeld-Nachrichten wurde zu den Codes der Hinweis aufgenommen, dass diese zum nächsten Release entfallen. Die neuen Nachrichten 1320 – 1322 wurden als Codes in die Codeliste aufgenommen.

Die WSDL-Datei für den Synchronen Dienst wurde erstellt.

Die Nachrichten 0420/0421, die Datentypen und Dienste wurden gelöscht.

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-05-26

Rückmeldungen zum Entwurf wurden bearbeitet:

Redaktionelle Anmerkungen:

Redaktionelle Anmerkungen wurden größtenteils übernommen.

Inhaltliche Anmerkungen:

1) Abgrenzung in den Abrufdaten von Personendaten und Daten zu Partnern, Kindern, Gesetzlichen Vertretern:

Es wurde ein Element personendaten hinzugefügt, um die eigentlichen Daten der Person von denen zu Kindern, Partner, gestzlichen Vertretern abzugrenzen (Vorschlag JG, MB).

2) Typen für Daten mit Nachweisdaten:

Anregung von JG und MB: Zwecks besserer Zuordenbarkeit von Daten und deren Nachweisdaten, Verwendung bestimmter Typen, wie in XMeldIT. Dieser Punkt wurde noch nicht umgesetzt. Wenn dies erfolgen soll, sollen zunächst die Typen aus XMeldIT in den Baukasten verschoben und umbenannt werden.

3) Anschriften in type.Behoerdenauskunft.Aussteuerung.Identifikation.Person

a) **Vorschlag von MB:** Streichen aller Angaben außer ordnungsmerkmal und gemeinde, da überflüssig.

b) **Vorschlag JG:** Eine Einschränkung auf die aktuelle Anschrift ist nicht zweckmäßig, da zu inaktuellen Einwohnern mit ASP keine Informationen zur Anschrift übermittelt werden könnten
- Vorschlag: Umbenennung des Elementes in „Anschriften“, das mit Kardinalität 1..n versehen ist

c) **Beschluss CAB:** Der Datenumfang der ergänzenden Informationen sollte den AGS, das Ordnungsmerkmal, falls dieses genutzt wird, sowie ggf. alternativ dazu den Namen und die Anschrift der betroffenen Person enthalten.

Umsetzung: Zu a): Widerspricht dem Beschluss des Änderungsbeirates. Zudem ist nicht sichergestellt, dass die Angaben in allen Ländern überflüssig sind. -> Keine Änderung

Zu b) Beschluss des Änderungsbeirates sagt, eine Anschrift zur Identifizierung, daher Vorschlag: Kardinalität bleibt, Element wird umbenannt in „anschrift“. Dokumentation:
„In diesem Element kann die Anschrift der betroffenen Person zur Identifikation angegeben werden.“ Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

4) Modellierung der aktuellen und inaktuelle Anschrift in den Abrufdaten

Modellierung für inaktuelle und aktuelle Anschriften wird erneut von JG und MB in Frage gestellt. Die Modellierung hatte in der Sitzung vom 2014-05-12 noch keine Entscheidung getroffen, wie hier vorgegangen werden soll.

5) Aufnahme der Auslandanschrift in den Typ Wohnung

Anliegen von JG und MB: Auslandsanschrift soll in den Typ Wohnung aufgenommen werden.

Die soll nochmal diskutiert werden, da es sich dabei nicht wirklich um eine Wohnung mit Einzugsdatum handelt, sondern um ein reines Druckbild einer Anschrift mit Namensangaben, welches nicht zum Standardumfang der Behördenauskünfte zählt. Zudem kann diese Wohnung nur einmal vorhanden sein.

6) Element anschrift im Suchprofil (Vorschlag JG)

Beim Element anschrift im Suchprofil wurde folgender Hinweis aufgenommen:

„Das Angebot einer Suche mit Hausnummernbereichen ist eine Option, die von den Verfahren der Meldebehörden / Landesmeldedatenbeständen nicht verpflichtend umgesetzt werden muss.“

7) Regionalschlüssel im Suchbereich (Vorschlag JG)

Es wurde folgender Hinweis aufgenommen:

„ Eine Verwendung des Regionalschlüssels ist dabei ausgenommen.“

8) Zusatzinformationen zu type.Behoerdenauskunft.Zusatzinformationen

(Modellierung, wie in der bisherigen Polizeiauskunft siehe auch anforderungselement.nachlandesrechtuntersagt type.Schluesstabelle in 1.8.1)

JG: Modellierung ist nochmal zur erörtern:

„Eine solcherart detaillierte Übermittlung von Informationen zu angeforderten Daten, die nach Landesrecht nicht zulässig sind, stand bisher nicht in Rede und wird von unserer Seite u. a. aus Praktikabilitätsgründen nicht befürwortet.

Stattdessen sollte so - wie in EG und AG BMG (vgl. Vorlage für TOP 8 der 6. Sitzung) diskutiert - ein einfacher Hinweis (ggf. in Zusatzinformation unterzubringen) zum Sachverhalt gegeben werden, d. h. die betroffenen Anforderungselemente nicht ausgewiesen werden.“

9) Anmerkung MB zu type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten:

„Type.Religion: Der Betroffene kann nur einer Religion zugeordnet werden. Die strukturelle Abbildung ist nicht in Ordnung. Die Religion sollte als CHOICE modelliert werden.“

Klärung, ob hier eine andere Modellierung vorgenommen werden muss als in anderen Kontexten von XMeld. In anderen Kontexten ist die Modellierung ohne Choice möglich.

10) Anmerkung MB zum Element person in type.Behoerdenauskunft.Auskunft:

Ist als Suchbereich ein Kreis, Bezirk oder Bundesland ausgewählt, enthält die Behördenauskunft Daten aus unterschiedlichen Meldebehörden. Die abrufende Behörde kann nicht erkennen aus welcher Meldebehörde die Daten geliefert werden. Neben den Abrufdaten muss das Element person zusätzlich auf die zuständige Meldebehörde verweisen. Sinnvoll ist eine Referenz auf den Gemeindeschlüssel der Meldebehörde und das Ordnungsmerkmal der betroffenen Person.

11) Anmerkung MB Kindelemente von type.Behoerdenauskunft.SuchanfrageNichtMoeglich:

grundDerRueckweisung: Das Element ist derzeit mandatorisch. Dies sollte noch einmal überprüft werden. (vgl. Antwort Änderungsbeirat Punkt 2.3).

Kommentar JH: Modellierung enthält sowohl eine Codeliste mit dem Wert „Sonstiger Fehler“ als auch ein Freitextfeld für weitere Angaben. Eine Rückweisung ganz ohne grund scheint nicht sinnvoll.

12) Kosteninformationen in der Antwortnachricht:

Stand aus der AG Mod: für die Teilnehmer nicht notwendig. JA prüft noch für SH. MB möchte Kosteninformationen aufnehmen.

Vorschlag KoSIT: Kosteninformationen können über die Zusatzfelder nach Landesrecht abgebildet werden. Dies müsste dann in die Nachricht 1321 noch aufgenommen werden.

13) weitere Anmerkung JG:

„problematischen Vorgaben bzgl. der vom Anfragenden verpflichtend beizubringenden Suchangaben. Beispiele hierfür sind:

*xmeld:gesetzlichervertreterschlüssel in type.GesetzlicherVertreter,
xmeld:partnerschaftstyp in type.identifikation.partner
xmeld:behoerde in type.AusweisdokumentOhneSperrinformationen.*

Daher sollte die Optionalität der unter Auswahldaten enthaltenen Elemente noch einmal geprüft werden.

Neben den drei unten genannten Fällen werfen noch die Suchangaben zu den beigeschriebenen Personen Fragen auf.

Dies gilt hinsichtlich der Optionalität von Geburtsdatum und Anschrift, die für die unterschiedlichen Arten von Personen voneinander abweichend definiert sind. Unklar ist, ob dies beabsichtigt ist oder nicht.

Ein weiterer Kandidat sind die Angaben zu deren Namen, wo bisher die Vornamen verpflichtend sind (übrigens im Gegensatz zu den Angaben zum Betroffenen).“

Es wurde ein neuer Typ type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.beigeschriebenePerson hinzugefügt. Es ist zu prüfen, ob dieser so im Suchprofil verwendet werden kann. Allerdings enthält dieser das Element gesetzlichervertreterSchlüssel nicht.

14) anwenderkennung in type.Behoerdenauskunft.DatenAbrufendestelle

Kommentar JA: Wie soll die Meldebehörde eine manuelle Nachbearbeitung vornehmen, wenn bei der erweiterten Behördenauskunft die Anwenderkennung nicht übermittelt wird. Dieser Type wird auch in der Weiterleitungsnachricht 1322 verwendet (siehe 1.6.3).

15) Anmerkung FM: Umgang mit Platzhaltern und Unschärfen

Folgende Regelung aus XMeld 1.8.1 soll in die Spezifikation wieder übernommen werden:

„Die übermittelten Suchkriterien sind bei der Auswertung auf Seiten der Meldebehörde durch ein logisches UND zu verknüpfen.

Umgang mit Platzhaltern und Unschärfen

1. Groß-/Kleinschreibung

- Die Suche soll nicht Case-sensitiv sein.
- Betroffen sind die Felder in **name**, **geburtsangaben**, **ausweisdokument.seriennummer** und **anschrift**.
- Beispiel:

*Der Suchparameter **nachname** mit dem Wert “meyer” trifft sowohl “Meyer” als auch “MEYER”*

2. Sonderzeichen ohne Buchstabencharakter (".", "'", "-", "+", "(", ")", "/")

- Diese Zeichen sollen bei der Suche nicht berücksichtigt werden, damit eine unterschiedliche Speicherung bzw. Schreibweise die Ergebnismenge nicht beeinflusst.
- Betroffen sind die Felder in **name**, **geburtsangaben** und **anschrift**.
- Beispiel:

*Der Suchparameter **nachname** mit dem Wert “Müller-Lüdenscheid” trifft sowohl “Müller-Lüdenscheid” als auch “Müller Lüdenscheid”.*

3. Platzhalter (Wildcards)

- Platzhalter für genau eine Stelle sind als “?” , Platzhalter für 0 . . n Stellen sind als “*” anzugeben. Platzhalter können grundsätzlich innerhalb eines Suchparameters mehrfach und an beliebiger Stelle verwendet werden.

- Betroffen sind die Felder in **name** und **anschrift.strasse**.

- Beispiele:

Der Suchparameter **nachname** mit dem Wert "Me*er" liefert sowohl "Meier" als auch "Meyer".

Der Suchparameter **nachname** mit dem Wert "Me*er" liefert die im vorherigen Beispiel genannten Werte sowie (unter anderem) "Meer" und "Meier-Müller".

4. Phonetik

- Mit dem Suchprofil ist es möglich, für den Namen einer Person die phonetische Suche anzufordern. Ob dieses Feature auf Seiten der Meldebehörde vorhanden ist, wird nicht spezifiziert. Es werden nur die technischen Voraussetzungen geschaffen.
- Betroffen ist der **name**, sofern das Flag **phonetik** gesetzt ist.

16) Frage JH: Element steuerungsinformationen in der Suchanfrage

Derzeit ist das Element optional. Die Frage ist, ob es mandatorisch sein muss, da die Angabe der Anforderungselemente nach letzten Erkenntnissen zwingend erforderlich. Gilt dann auch für die Nachricht 1322.

17) Zusatzfeld nach Landesrecht:

Ist die Modellierung in Abrufdaten und Auswahldaten so ausreichend?

weitere Schritte:

- Letzte Fragen müssen noch im EG geklärt werden.
- Es ist noch ein Dienst für die Aussteuerung zu erstellen.
- Nicht verwendete Codelisten müssen gelöscht werden und die Versionshistorie zum CR zu Datentyp Code muss aktualisiert werden
- Codeliste Anforderungselement: muss noch in das Modell übernommen werden

Bearbeitet durch: AG Mod

Bearbeitet am: 2014-06-10

Struktur der Aussteuerungsnachricht

soll geändert werden, so dass sie auch für die EMRA anwendbar ist.

Enthalten soll sein:

- die ursprüngliche Nachricht
 - falls es sich um eine Sammelnachricht handelt, ist sie um die nicht betroffenen Anfragedaten zu bereinigen (Beispiel 0600: alle bis auf ein einziges Objekt `auskunft.anforderung` werden aus der Nachricht entfernt), so dass anschließend genau 1 Vorgang enthalten ist
 - sollte modelliert werden analog Element nachricht aus Nachricht 0900
- ein Merkmal, welches den Nachrichtentyp nennt (aktuell möglich: 0600, 0602, 1320)
 - Element nachrichtenummer / Schlüsseltabelle XMeld-Nachrichten (vgl. Nachricht 0900)
- gefundenePerson
 - mit den Merkmalen, die im Typ `type.Behoerdenauskunft.Aussteuerung.Identifikation.Person` enthalten sind
 - `type.Behoerdenauskunft.Aussteuerung.Identifikation.Person` ist umzubenennen in `type. Aussteuerung.Identifikation.Person`
 - soll als Choice modelliert werden (ordnungsmerkmal und gemeinde; name, geburtsdatum, anschrift)

Prozess "Aussteuerung in das manuelle Verfahren" und Nachricht 1322 ist zu verschieben ins Kapitel "Allgemeine Prozessmuster".

Zu den oben von JH aufgelisteten Fragen/Anmerkungen

1) Abgrenzung in den Abrufdaten von Personendaten und Daten zu Partnern, Kindern, Gesetzlichen Vertretern

AG Mod: ist in Ordnung.

2) Typen für Daten mit Nachweisdaten:

AG Mod: Wurde inzwischen umgesetzt, ist so in Ordnung.

3) Anschriften in type.Behoerdenauskunft.Aussteuerung.Identifikation.Person

Diskussion in AG Mod mit folgendem Ergebnis:

Frage 1: an welche MB ist die Aussteuerungsnachricht zu senden?

Antwort:

- an die angefragte MB, soweit in der Anfrage eine Regionalisierung oder eine Anschrift enthalten ist.
- sonst: an die zuständige bzw. zuletzt zuständige Meldebehörde

Frage 2: welche und wieviel Anschriften sollen enthalten sein?

Antwort:

- *eine* Anschrift reicht aus
- die in der Anfrage angegebene Anschrift
- sonst: die aktuelle (HW/AW, sonst NW) oder Wegzugsanschrift

Diese Regeln sollen (sinngemäß) in die Dokumentation zur Aussteuerungsnachricht aufgenommen werden. Sie gelten auch für die Verwendung dieser Nachricht in EMRA.

4) Modellierung der aktuellen und inaktuelle wohnung in den Abrufdaten

AG Mod: Die Strukturierung an dieser Stelle soll aufgehoben werden. Es reicht hier ein Element anschrift.

Zu ändern in: Element wohnung, Häufigkeit 0...n

5) Aufnahme der Auslandanschrift in den Typ Wohnung

Nach Diskussion ergibt sich überwiegend in AG Mod die Auffassung, dass die Auslandsanschrift als separates Element (mit XInneres-Typ Auslandsanschrift.Druckbild) dargestellt werden soll. Also kein Änderungsbedarf zur jetzt vorgelegten Struktur.

Dass sich damit eine andere Lösung ergibt als in der aktuellen Fassung von XMeldIT wird dabei in Kauf genommen.

6) Element anschrift im Suchprofil (Vorschlag JG)

AG Mod: Ist so in Ordnung.

7) Regionalschlüssel im Suchbereich (Vorschlag JG)

AG Mod:

Hier wird noch auf den von JG zu stellenden CR gewartet.

Im übrigen ist sich die AG Mod einig, dass das Element regionalschlüssel aus type.suchbereich gelöscht werden soll.

Ausblick: Der CR soll umgesetzt werden in HAW zu XMeld 2.0 und in einem späteren Release im Datentyp type.suchbereich

8) Zusatzinformationen zu type.Behoerdenauskunft.Zusatzinformationen

AG Mod: AG BMG hatte für die oben als Variante 2 bezeichnete Lösung entschieden. Diese Lösung ist in der jetzigen Vorlage umgesetzt. Außerdem ist das Element `anforderungselementNachLandesrechtUntersagt` optional dargestellt, die Information muss also nicht zwingend in dem Detaillierungsgrad in die Nachricht eingetragen werden.

9) type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten:

AG Mod: type.Religion ist so strukturiert wg. der Inhalte der entsprechenden DSMeld-Codelisten. Deswegen gibt es keinen Grund hier von der Standarddarstellung abzuweichen.

10) Element person in type.Behoerdenauskunft.Auskunft:

AG Mod:

- zur Angabe der datenliefernden Meldebehörde zu jedem Eintrag in der Trefferlist: die Notwendigkeit wird überwiegend nicht gesehen. Diese Information kann i.d.R. aus der Angabe zur Anschrift erschlossen werden.
- zur Angabe des Ordnungsmerkmals: Dies soll als Element ordnungsmerkmal ergänzt werden in den Kontexten
 - personendaten in type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten (Auskunftsnachricht) und type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten (Anfragenachricht)
 - Datentabellen im Kapitel

11) Kindelemente von type.Behoerdenauskunft.SuchanfrageNichtMoeglich: grundDerRueckweisung

AG Mod: Das Element soll mandatorisch bleiben. Grund soll immer angegeben werden. Wird flankiert durch den Code zu „Sonstiger Fehler“ und Freitextfeld für weitere Angaben.

12) Kosteninformationen in der Antwortnachricht:

AG Mod:

- soll analog EMRA realisiert werden (siehe Element `auskunft.antwort/kosteninformation`)
- in `type.Behoerdenauskunft.Auskunft` (unterhalb Element `antwortSuchanfrage/xmeld:auskunft`)

13) Typen für die beigeschriebenen Personen für Suchprofil und Abrufdaten

Suchprofil:

- Hierfür ist der Typ `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.beigeschriebenePerson` definiert worden. Beachte: es kann (bei Anwendung auf den GSV) nicht die Art der gesetzlichen Vertretung angegeben werden.
- Beschluss: Das ist auch nicht notwendig. Die vorgelegte Modellierung ist in Ordnung.

Abrufdaten:

- die Baukasten-Typen, die aktuell in der Gestaltung verwendet werden, passen nicht, weil sie an vielen Stellen mandatorische Elemente enthalten. Das steht im Konflikt mit der Steuerung der Ergebnisdaten über Anforderungselemente (auf Ebene von DSMeld-Blättern).
- Beschluss: Es sollen deshalb neutrale Typen definiert werden, die den Zweck an dieser Stelle erfüllen (analog zur Lösung im Suchprofil).

14) anwenderkennung in type.Behoerdenauskunft.DatenAbrufendestelle

Das Element kann nicht mandatorisch gemacht werden. Wird aber auch im Aussteuerungsprozess nicht zwingend benötigt. Im Gegensatz zu den Daten zur abrufenden Stelle, die immer enthalten sind.

15) Umgang mit Platzhaltern und Unschärfen

AG Mod: Der Text wird zurechtgeschnitten. Die folgende Fassung soll in die Dokumentation zur Behördenauskunft aufgenommen werden (Doku zu `type.Behoerdenauskunft.Suchprofil`):

"Die übermittelten Suchkriterien sind bei der Auswertung auf Seiten der Meldebehörde durch ein logisches UND zu verknüpfen.

Vorgaben zur Suchschnittstelle

1. Groß-/Kleinschreibung

- Die Suche soll nicht Case-sensitiv sein.
- Beispiel:

Der Suchparameter **nachname** mit dem Wert "meyer" trifft sowohl "Meyer" als auch "MEYER"

2. Platzhalter (Wildcards)

- Platzhalter für genau eine Stelle sind als "?" , Platzhalter für 0..n Stellen sind als "*" anzugeben. Platzhalter können grundsätzlich innerhalb eines Suchparameters mehrfach und an beliebiger Stelle verwendet werden.

- Betroffen sind die Felder in **name** und **anschrift/strasse**.

- Beispiele:

Der Suchparameter **nachname** mit dem Wert "Me?er" liefert sowohl "Meier" als auch "Meyer".

Der Suchparameter **nachname** mit dem Wert "Me*er" liefert die im vorherigen Beispiel genannten Werte sowie (unter anderem) "Meer" und "Meier-Müller".

16) Element steuerungsinformationen in der Suchanfrage

AG Mod: Muss mandatorisch sein.

17) Zusatzfeld nach Landesrecht:

Ist die Modellierung in Abrufdaten und Auswahldaten so ausreichend?

AG Mod:

- ist bei den Auswahldaten zu ändern: Element `auswahldaten/zusatzfeldNachLandesrecht` ist ausreichend. Also streichen das entsprechende Element in `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten`, was sich auf `personendaten, gesetzlicherVertreter` usw. auswirkt.
- ist dann bei den Abrufdaten entsprechend darzustellen

Diskussion zur Adresskettenverfolgung in der Behördenauskunft (zentral geführtes Register)

- Adresskettenverfolgung sollte automatisch im Mechanismus der Beauskunftung enthalten sein, d.h. es wird ggf. die aktuelle Anschrift geliefert, falls im zentral geführten Register möglich (Szenario: es wird in den Auswahldaten mit einer früheren Anschrift gearbeitet).
- Frage: soll in der Nachricht ein Schalter enthalten sein, mit dem die Adresskettenverfolgung abgeschaltet werden kann?
 - Position 1: Nein, ein solcher Schalter sollte nicht enthalten sein, weil diese Qualität immer gefordert ist. Dies entspricht der Anforderung des BMG, dass stets die derzeitige Anschrift geliefert werden soll.
 - Position 2: Ja, der Anfragende soll das entscheiden können. Es gibt Szenarien, in denen das Ergebnis dadurch in fachlich relevanten Aspekten beeinflusst wird.

Meinungsbild:

- pro 1: 3 Stimmen.
- pro 2: 2 Stimmen
- Enthaltung 5 Stimmen

Vorgehen:

- Weitere Meinungen sollen eingeholt werden (OT, AG Test, ...). Entscheidung durch QS-Instanz.

Diskussion zum in der Ergebnismeldung zitierten Suchprofil

- Argument:
 - Es wird die Position vorgetragen, dass diese Daten entbehrlich sind, weil durch den Mechanismus `Element Identifikation.Nachricht` der Bezug zur Anfragenachricht immer hergestellt ist. Wenn es entbehrlich ist, müsste das Objekt `suchprofilZitiert` aus der Ergebnismeldung 1321 entfernt werden.
- Beschluss:
 - Das Argument soll geprüft werden. Das soll im Kontext eines separaten CRs getan werden. Dazu wurde die Aufgabe 2 zu EG14-07 erfasst.

Reaktionen auf Eingaben der AG Test aus der Bearbeitung von 2014-06-10

zu den Nachweisdaten in Tabelle IV.9.1. Auswahldaten der Suchanfrage der einfachen Behördenauskunft

- AG Mod hat entschieden, dass generell die Aufnahme von Nachweisdaten in die Auswahldaten nicht zielführend (und auch nicht gewollt) ist.
- außerdem: die übrigen Daten unterliegen der Zweckbindung nach §3 Abs. 2 und können deswegen nicht in die Auswahldaten aufgenommen werden.

Die AG Test begutachtet das Kapitel "IV.9 Datenabruf nach § 38 BMG". Redaktionelle Änderungen wurden ohne explizite Dokumentation im CR umgesetzt.

Abschnitt IV.9.2 Begriffsdefinitionen

Entweder müssen die Begriffe konsequent alphabetisch sortiert werden, oder thematisch. Letzteres wird von der AG Test bevorzugt, da der Zugang zu den Begriffen und ihren Zusammenhängen erleichtert würde.

Vorschlag zur Anordnung der Begriffsdefinitionen:

- abrufende Stelle
- Auskunft gebende Stelle
- auskunftsfähiger Bestand
- Suchanfrage
- Suchprofil
- Auswahldaten
- Steuerungsinformationen
- Anforderungselement
- Detailauskunft
- Trefferliste
- Anfrage zu einer namentlich benannten Personen
- Anfrage zu einer Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen

IV.9.2.5 Auswahldaten

IST: „Auswahldaten“ sind Daten, die die abrufende Stelle als Suchkriterien angibt. Für eine Anfrage werden Auswahldaten in das Suchprofil eingetragen. Die Auswahldaten für automatisierte Abrufe werden in § 38 Abs. 4 BMG bestimmt. Danach dürfen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden als Auswahldaten für Abrufe die Daten nach § 34 Absatz 1 BMG verwenden. Die weiteren Behörden dürfen nur den Familiennamen, frühere Namen, Vornamen, das Geschlecht, das Geburtsdatum und den Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat und die derzeitige oder eine frühere Anschrift als Auswahldaten verwenden.

Gemäß § 38 Abs. 5 BMG ist eine Erweiterung des Katalogs der Auswahldaten durch Bundes- oder Landesrecht zulässig."

SOLL: „Auswahldaten“ sind Daten, die die abrufende Stelle als Suchkriterien angibt. ~~Für eine Anfrage werden Auswahldaten in das Suchprofil eingetragen.~~ Die Auswahldaten für automatisierte Abrufe werden in § 38 Abs. 4 BMG bestimmt. ~~Danach dürfen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden als Auswahldaten für Abrufe die Daten nach § 34 Absatz 1 BMG verwenden. Die weiteren Behörden dürfen nur den Familiennamen, frühere Namen, Vornamen, das Geschlecht, das Geburtsdatum und den Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat und die derzeitige oder eine frühere Anschrift als Auswahldaten verwenden.~~

Gemäß § 38 Abs. 5 BMG ist eine Erweiterung des Katalogs der Auswahldaten durch Bundes- oder Landesrecht zulässig."

Begründung:

Der zweite Satz soll gestrichen werden, da er eine Prozessbeschreibung darstellt und darüber hinaus im Hinblick auf die Aussage des ersten Satzes redundant ist.

Die weiteren Sätze sollen gestrichen werden, da die Detailbeschreibung der zulässigen Auswahldaten im nachfolgenden Abschnitt "IV.9.3 Übersicht über den Ablauf" gegeben ist.

Abschnitt IV.9.2.7 Anfrage zu einer namentlich benannten Person

IST: "Eine „Anfrage zu einer namentlich benannten Person“ bezeichnet im Gegensatz zu einer Anfrage zu einer Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen einen Prozess zur Anfrage mittels zulässiger Auswahldaten mit vollständigem Namen oder Namensfragmenten."

SOLL: "Eine „Anfrage zu einer namentlich benannten Person“ bezeichnet ~~im Gegensatz zu einer Anfrage zu einer Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen einen~~ den Prozess zur Anfrage mittels zulässiger Auswahldaten mit vollständigem Namen oder Namensfragmenten."

IV.9.2.8 Trefferliste

IST: "Eine „Trefferliste“ wird verwendet, wenn mit den in der Suchanfrage übermittelten Parametern die eindeutige Identifikation einer Person nicht möglich ist. Die Trefferliste enthält die Liste der Personen, deren Daten den in der Suchanfrage übermittelten Parametern entsprechen und zu denen keine Auskunftssperre nach § 51 BMG vorliegt. In einer Trefferliste wird ein reduzierter Datenumfang zu den gefundenen Personen übermittelt."

~~SOLL: "Eine „Trefferliste“ wird verwendet, wenn mit den in der Suchanfrage übermittelten Parametern die eindeutige Identifikation einer Person nicht möglich ist.~~ **Führt eine Suchanfrage zu mehr als einem Treffer, wird eine "Trefferliste" erstellt.** Die Trefferliste enthält ~~die Liste der~~ **die** Personen, deren Daten den in der Suchanfrage übermittelten Parametern entsprechen und zu denen keine Auskunftssperre nach § 51 BMG vorliegt. In einer Trefferliste wird ein reduzierter Datenumfang zu den gefundenen Personen übermittelt."

Begründung: Der frühere erste Satz suggeriert, dass mit einer Suchanfrage in jedem Fall die Identifikation einer namentlich benannten Person beabsichtigt ist. Trefferlisten werden jedoch auch bei Anfragen zu einer Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen erstellt.

IV.9.2.9 Detailauskunft

IST: "Die „Detailauskunft“ enthält im Gegensatz zur Trefferliste alle rechtlich zulässigen Daten zu genau einer Person, die anhand der in der Suchanfrage enthaltenen Parameter eindeutig identifiziert werden konnte."

SOLL: "Die „Detailauskunft“ enthält ~~im Gegensatz zur Trefferliste~~ alle rechtlich zulässigen Daten zu genau einer Person, die anhand der in der Suchanfrage enthaltenen Parameter eindeutig identifiziert werden konnte."

IV.9.2.10 Suchprofil

IST: "Das „Suchprofil“ besteht aus den Auswahldaten zu Suchanfrage. Es kann optional aus einem Identifikationsmerkmal bestehen, dass auf einen bereits bestehenden Suchprozess mit der Auskunft gebenden Stelle referenziert."

SOLL: "Das „Suchprofil“ besteht aus den Auswahldaten zu Suchanfrage. Es kann ~~optional~~ **alternativ** aus ~~einem~~ **dem** Identifikationsmerkmal bestehen, dass auf einen bereits bestehenden Suchprozess mit der Auskunft gebenden Stelle referenziert."

Tabelle IV.9.1. Auswahldaten der Suchanfrage der einfachen Behördenauskunft gemäß § 38 Abs. 4 Satz 1 2. Halbsatz BMG / § 38 Abs. 5 BMG

Allgemeine Anmerkung zu Nachweisdaten

Im Rahmen der Auswahldaten für Suchanfragen sind Nachweisdaten (z. B. zu Familiennamen) nicht sinnvoll nutzbar. Dennoch sind laut BMG alle im Melderegister speicherbaren Daten für Auswahldaten erlaubt (außer Auskunftssperren und Sperrkennwörter bzw. -summen zu Personalausweisen) und sollten dementsprechend in den Datenkatalog aufgenommen werden. (Details siehe unten.)

Vorschläge zur Anpassung der Tabelle

- **Nr. 2: frühere Namen**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 0205 und 0206.
- **Nr. 3: Vornamen**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 0304 und 0305.
- **Nr. 6: derzeitige und frühere Anschrift**
 - SOLL: "derzeitige ~~und~~ **oder** frühere Anschrift"
 - *Begründung:* Es wird maximal eine Anschrift angegeben.
- **Nr. 9: zum gesetzlichen Vertreter**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 0916 und 1213a.

- **Nr. 10: derzeitige Staatsangehörigkeiten**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 1002 bis 1005.
- **Nr. 11: rechtliche Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 1102 und 1103.
- **Nr. 13: Einzugsdatum, Auszugsdatum, ...**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 1301a, 1302 bis 1304 und 1308 bis 1313.
- **Nr. 14: Familienstand, ...**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 1403 bis 1407.
- **Nr. 15: zum Ehegatten oder Lebenspartner**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 1508 und 1524.
- **Nr. 16: zu minderjährigen Kindern**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 1213 und 1213a.
- **Nr. 18: Sterbedatum und Sterbeort ...**
 - Aufnahme des DSMeld-Blatts 1905.
- **Nr. 22: waffenrechtliche Erlaubnis**
 - Aufnahme des DSMeld-Blatts 2602.
- **Nr. 23: sprengstoffrechtliche Erlaubnis**
 - Aufnahme des DSMeld-Blatts 2802.
- **Neue Zeile (Bundes- oder Landesrecht): Nachweisdaten zum Geburtsort**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 0604 und 0605.
 - *Begründung:* Dem BMG lässt sich nicht entnehmen, dass die Nachweisdaten gemäß § 38 Abs. 4 Satz 1 2. Halbsatz zu den Auswahldaten gehören.
- **Neue Zeile (Bundes- oder Landesrecht): Wahlausschluss / Unionsbürger**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 2101 bis 2108.
- **Neue Zeile (Bundes- oder Landesrecht): Identifikationsnummer / VBM**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 2701 bis 2708.
- **Neue Zeile (Bundes- oder Landesrecht): Aufenthaltsanfrage**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 2901 bis 2903.
- **Neue Zeile (Bundes- oder Landesrecht): Wohnungsgeber**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 3001 und 3002.
- **Neue Zeile (Bundes- oder Landesrecht): Wehrerfassung**
 - Aufnahme des DSMeld-Blatts 3101.

Bei der Ergänzung von DSMeld-Blättern ist die Spalte "Inhalt" ggf. entsprechend zu erweitern. Nachweisdaten müssen jedoch nicht explizit in der Spalte "Inhalt" genannt werden.

Allgemein zu den Tabellen IV.9.2/9.3/9.4

Die Ergänzungsvorschläge zu Tabelle 9.1 gelten ebenso für die drei weiteren Tabellen des Abschnitts. Ggf. müssen Nachweisdaten (analog zu den Nachweisdaten 0604 und 0605, siehe oben) in den landesrechtlichen Teil abgespalten werden.

zur Schlüsseltabelle Anforderungselement

Falls die Tabellen zum Datenumfang erweitert werden, muss diese Codeliste ebenso ergänzt werden.

Tabelle IV.9.2. Auswahldaten der Suchanfrage der Behördenauskunft an Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden gemäß § 34 Abs. 1 Satz 1 1. Halbsatz BMG / § 38 Abs. 5 BMG

SOLL: "Tabelle IV.9.2. Auswahldaten der Suchanfrage der Behördenauskunft an Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden gemäß § 38 Abs. 4 ~~34 Abs. 4~~ Satz 1 1. Halbsatz BMG / § 38 Abs. 5 BMG"

Begründung: Analog zur Tabelle IV.9.1 "Auswahldaten ...", welche auf § 38 Abs. 4 Satz 1 2. Halbsatz verweist.

zu Nr. 6: Anschriften

Nach wörtlicher Auslegung der Aussage des BMG können mehr als eine Anschrift in den Auswahldaten bestimmt werden. Die Nachricht 1320 erlaubt aktuell jedoch nur die Angabe *einer* Anschrift.

Vorschlag der AG Test: Stellung eines CRs für das nächste Release zur Klärung dieses Sachverhalts.

zu Nr. 18: Ausweisdokumente

Nach § 38 Abs. 4 Satz 1 1. Halbsatz können für die Auswahldaten die Daten nach § 34 Abs. 1 verwendet werden. Hierzu zählen auch die Daten nach § 3 Abs. 1 Nr. 17 (Daten zu Ausweisdokumenten).

Tabelle IV.9.3. Abrufdaten der einfachen Behördenauskunft gemäß § 38 Abs. 1 BMG / § 38 Abs. 5 BMG

zu Nr. 8: Sterbedaten

IST: "Sterbedatum und Sterbeort sowie bei Versterben im Ausland auch den Staat" / "1901 bis 1905"
SOLL: " Sterbedatum und Sterbeort ~~sowie bei Versterben im Ausland auch den Staat~~ / "1901 bis 1905"

Analog für Tabelle 9.4.

Konsequenz: Erstellung einer neuen Zeile im Bereich Landesrecht mit dem DSMeld-Blatt 1905.

Begründung: Nach BMG.

Verallgemeinerung der Aussage

IST: "Während die Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden die Protokollierung der Abrufe selbst vorzunehmen haben (§ 40 Abs. 3 BMG), übernimmt die Auskunft gebende Stelle die Protokollierung bei allen weiteren automatisierten Abrufen von Daten einer einzelnen Person (§ 40 Abs. 1, 2 BMG)."
SOLL: " Während die Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden die Protokollierung der Abrufe selbst vorzunehmen haben (§ 40 Abs. 3 BMG), übernimmt die Auskunft gebende Stelle die Protokollierung bei allen weiteren automatisierten Abrufen ~~von Daten einer einzelnen Person~~ (§ 40 Abs. 1, 2 BMG)."

Begründung: Nicht nur bei einzelnen Personen, sondern auch bei einer Vielzahl von Personen übernimmt die Auskunft gebende Stelle die Protokollierung (nach § 40 Abs. 2 BMG).

zur Protokollierungspflicht der Auskunft gebenden Stellen

§ 40 Abs. 1 BMG lässt vermuten, dass eine Protokollierungspflicht nur besteht, wenn eine Detailauskunft erteilt wird (Auskunft von Daten einer einzelnen Person). Somit ist die Frage offen, ob eine Protokollierungspflicht besteht wenn eine Trefferliste bei einer Anfrage zu einer namentlich benannten Person erstellt wird. Die AG Test geht davon aus, dass die Protokollierungspflicht auch für derartige Trefferlisten besteht.

Ergänzung des Ablaufs im Detail

Der Anlass "Rückweisung gemäß Prüfungsebene I" muss aufgenommen werden, da auch bei der Behördenauskunft RtS-Nachrichten versendet werden.

IV.9.4.1 Das Datenabrufverfahren für Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden sowie andere öffentliche Stellen

Prozessbeschreibung

- **Rechtliche und verfahrenstechnische Prüfung**
 - Die entsprechende Aktivität sollte im Prozessmodell analog benannt werden (Entfernen des Bindestrichs).
 - In der Beschreibung muss dokumentiert werden welcher Art die rechtlichen Prüfungen sind (z. B. Prüfung, ob die angefragten Daten nach Landesrecht der Auskunft gebenden Stelle übermittelt werden dürfen). Davon unabhängig ist die Prüfung der Zulässigkeit der Anfrage durch die abrufende Stelle.
- **Fehlernachricht erstellen und Versenden**
 - Diese Aktivität muss explizit dokumentiert werden.

- **Im Melderegister suchen**
 - *SOLL:* "Im **Melderegister Datenbestand** suchen"
 - *Begründung:* Je nach Kontext wird im Melderegister oder Landesregister gesucht.
 - *IST:* "Sofern die rechtliche und verfahrenstechnische Prüfung ergibt, dass die Suche durchführbar ist, wird anhand der Daten des Suchprofils im Melderegister nach Personen mit übereinstimmenden Daten gesucht.
Wird keine Person mit den Daten der Suchanfrage gefunden, antwortet die Auskunft gebende Stelle mit der Nachricht 1321 und übermittelt im Element ergebnisstatus den Schlüssel 03 der Schlüsseltabelle Abschnitt V.B.1.15, „Schlüsseltabelle Behördenauskunft Ergebnisstatus“ (Neutrale Antwort)."
 - *SOLL:* "Sofern die rechtliche und verfahrenstechnische Prüfung ergibt, dass die Suche durchführbar ist, wird anhand der Daten des Suchprofils im **Melderegister Datenbestand** nach Personen mit übereinstimmenden Daten gesucht.
~~Wird keine Person mit den Daten der Suchanfrage gefunden, antwortet die Auskunft gebende Stelle mit der Nachricht 1321 und übermittelt im Element ergebnisstatus den Schlüssel 03 der Schlüsseltabelle Abschnitt V.B.1.15, „Schlüsseltabelle Behördenauskunft Ergebnisstatus“ (Neutrale Antwort).~~"
 - *Begründung:* Der letzte Satz wird in die folgende Aktivität verschoben:
- **Neutrale Antwort erstellen und versenden** (erstes Vorkommen im Prozessmodell nach "Im Melderegister suchen")
 - Neu: "Wird keine Person mit den Daten der Suchanfrage gefunden, antwortet die Auskunft gebende Stelle mit der Nachricht 1321 und übermittelt im Element ergebnisstatus den Schlüssel 03 der Schlüsseltabelle Abschnitt V.B.1.15, „Schlüsseltabelle Behördenauskunft Ergebnisstatus“ (Neutrale Antwort)."
- **Detaillauskunft erteilen und versenden** (an beiden Stellen)
 - *SOLL:* "Detaillauskunft ~~erteilen erstellen~~ und versenden" (an beiden Stellen, analog zum Prozessmodell)
- **Auswertung der Trefferliste**
 - *SOLL:* "~~Auswertung der~~ Trefferliste **verarbeiten**" (analog zum Prozessmodell)
 - *IST:* "... Person oder einem ggf. mitgeteilten Identifikationsmerkmal (Detaillauskunft)."
 - *SOLL:* "... Person oder einem ggf. mitgeteilten Identifikationsmerkmal (~~Detaillauskunft~~)."
 - *Begründung:* Der Klammerzusatz liefert keine zusätzlichen Informationen.
- **Suche verfeinern**
 - Diese Aktivität muss explizit dokumentiert werden.

zum Aussteuerungsverfahren und der neutralen Antwort

Aktuell kann der Prozess den Eindruck erwecken, dass die neutrale Antwort erst nach dem Abschluss der manuellen Klärung durch die zuständige Meldebehörde erstellt und versendet wird.

Vorschlag: Verdeutlichung der Parallelität über eine UML-Fork.

Besonderheiten – Umgang mit Auskunftssperren zur betroffenen Person und zur beigeschriebenen Person

IST: "Bei Vorliegen von Auskunftssperren gemäß § 51 BMG für eine betroffene Person erfolgt eine Aussteuerung der Anfrage in das manuelle Verfahren."

SOLL: "Bei Vorliegen von Auskunftssperren gemäß § 51 BMG für eine betroffene Person erfolgt eine Aussteuerung der Anfrage in das manuelle Verfahren, **falls die Suche im Datenbestand zu genau einer Person führte.**"

zur Dokumentation von Fehlerfällen

Weder Prozessmodell, die Prozessbeschreibung, noch der Abschnitt "Verwendung bestimmter Schlüssel" macht eine Aussage zum Vorgehen bei Fehlerfällen. Auch die Fehlerfälle selbst werden nicht weiter erläutert.

Da die Nachricht 1321 auch Fehlermitteilungen repräsentiert, müssen fehlerhafte Fälle, z. B. entsprechend der Nachricht 0204 im Kontext des Rückmeldeverfahrens, dokumentiert werden. Dabei muss beschrieben werden unter welchen konkreten Bedingungen welcher Fehlercode zu übermitteln

ist. (Beispiele: Wann sind zu protokollierende Daten nicht vollständig (Fehler 07)? Wann tritt der Fehler 08 "Unzureichende Kennzeichnung des Absenders" auf und welche Bedeutung hat er? Letztere Information ist aktuell nur im CR dokumentiert.)

Konkretes Beispiel: Fehlerfall 05 "Trefferliste zu groß"

Aktuell wird laut Prozessmodell nur nach der rechtlichen bzw. verfahrenstechnischen Prüfung eine "Fehlermitteilung" versendet. Im Falle zu großer Trefferlisten müssen jedoch ebenfalls Fehlermitteilungen übermittelt werden. Das Prozessmodell sollte (nach der Reduzierung der Trefferliste um Personen mit Auskunftssperren) diesbezüglich ergänzt werden.

Nachrichten und Datentypen

behoerdenauskunft.suchanfrage.1320/steuerungsinformationen

Aktuell ist nicht dokumentiert, welche Auswirkungen die Nichtangabe des Elements hat. Ist in diesem Fall die Anfrage fehlerhaft?

Die AG Test erörterte zwei Möglichkeiten:

Variante 1: Das Element `steuerungsinformationen` bleibt optional, dessen Kindelement `anforderungselement` wird optional. Bei der Nichtangabe des Elements `steuerungsinformationen` bzw. `anforderungselement` wird eine Trefferliste bzw. Detailauskunft mit dem Datenumfang einer einfachen Behördenauskunft erstellt.

Variante 2: Das Element `steuerungsinformationen` wird mandatorisch, das Kindelement `anforderungselement` bleibt mandatorisch. Die anfragende Stelle muss in jedem Fall die gewünschten Anforderungselemente bestimmen.

Meinungsbild:

- für Variante 1: 2
- für Variante 2: 3
- Enthaltungen: 1 (Moderator)

behoerdenauskunft.antwort.1321/Identifikation.Nachricht

1. *SOLL*: "identifikation.nachricht" (nach lower camel case-Konvention)
2. Wenn über dieses Element die Anfragenachricht identifiziert werden kann und damit das ursprüngliche Suchprofil, stellt sich die Frage, aus welchem Grund das Profil noch einmal im Element `suchprofilzitiert` aufgeführt wird.
3. Die Dokumentation des Elements sollte darauf hinweisen, dass über das Element auf die Anfragenachricht Bezug genommen wird.

type.anlass.abfrage

IST: "Sofern Abrufe bei der Meldebehörde zu protokollieren sind, sind Zeitpunkt, Anfragesteller und Grund der Abfrage aufzunehmen. Zeitpunkt und Anfragesteller müssen aus dem Nachrichtenkopf übernommen werden.

Falls die Protokollierungspflichten der Meldebehörde eine Angabe des abrufenden Bediensteten nötig machen, sind diese im Nachrichtenkopf im Kindelement `anwenderkennung` zu übermitteln."

SOLL: "Bei einem Abruf von Meldedaten wird mit diesem Typ der Grund des Abrufs übermittelt."

Begründung: Die frühere Dokumentation machte Aussagen, die über den Kontext des Typs "Grund der Anfrage" hinausgehen und teilweise falsch sind. Beispielsweise wird der abrufende Bedienstete in der Behördenauskunft im Element `anwenderkennung` des spezifischen Typs

`type.Behoerdenauskunft.DatenAbrufendeStelle` dokumentiert.

(Vorschlag zur Umbenennung von MK: `type.Anlass.Abfrage`)

type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten/personendaten

Die AG Test stimmt der Umsetzung zu (siehe Punkt 1 der Bearbeitung vom 2014-05-26).

type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten/geburtsangaben

Die AG Test stimmt der Umsetzung zu (siehe Punkt 2 der Bearbeitung vom 2014-05-26). (Analoge Zustimmung für alle weiteren betroffenen Elemente.)

type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten/aktuelleWohnung

Die AG Test stimmt der Trennung in *aktuelleWohnung* und *inaktuelleWohnung* zu (siehe Punkt 4 der Bearbeitung vom 2014-05-26).

type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten/sterbefallNachweisdaten

Für dieses Element sollte anstelle des Typs *type.Tod* der Typ *type.Nachweisdaten* genutzt werden.

type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten/religionszugehoerigkeit

Die AG Test ist gegen eine Modellierung als *choice*, da bei nicht vorliegender, steuererhebender Religionsgesellschaft der Schlüssel "--" übermittelt wird (siehe Punkt 9 der Bearbeitung vom 2014-05-26).

type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten/anschrift1939

Das Element muss umbenannt werden in *anschrift3991*.

type.Behoerdenauskunft.Auskunft/zusatzinformationen

IST: "Mit diesem Element können Zusatzinformationen zum Antwort auf die Suchanfrage übermittelt werden."

SOLL: "Mit diesem Element können Zusatzinformationen ~~zum~~ zur Antwort auf die Suchanfrage übermittelt werden."

type.Behoerdenauskunft.Auskunft/person

1. *IST*: "Welche Kindelemente befüllt werden richtet sich nach den in der Suchanfrage ausgewählten Anforderungselementen und den (landes-)rechtlichen Regelungen."
 - a. *SOLL*: "Welche Kindelemente befüllt werden richtet sich nach den in der Suchanfrage ausgewählten Anforderungselementen und den (landes-)rechtlichen Regelungen ~~der~~ Auskunft gebenden Stelle."
2. zur Anmerkung von MB (siehe Punkt 10 in der Bearbeitung am 2014-05-26)
 - a. Die Übermittlung eines Ordnungsmerkmals ist nicht zulässig.
 - b. Bzgl. der Übermittlung des Gemeindegeschlüssels muss in der AG Modellierung eine Entscheidung getroffen werden. (In der AG Test ist der Hintergrund der Problematik unklar.)

type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten/gesetzlicherVertreter

Im Hinblick auf den Vorschlag zur Ergänzung der Tabellen zum Datenumfang (siehe oben) sollte die Art der gesetzlichen Vertretung (und ggf. weitere spezifische Daten zum gesetzlichen Vertreter) bei der Suche bestimmt werden können. (Der gesamte Datenkatalog soll abgebildet werden können.)

type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten/waffenrechtlicheErlaubnis

IST: "... waffenrechtliche ..."

SOLL: "... waffenrechtliche ..."

type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten/zusatzfeldNachLandesrecht

IST: "Dieser Element ..."

SOLL: "Dieses Element ..."

type.Behoerdenauskunft.DatenAbrufendeStelle/sicherheitsbehoerde

IST: "Mit diesem Element wird mitgeteilt, ob es sich bei der abrufenden Stelle um eine Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden oder um eine sonstige öffentliche Stelle handelt."

SOLL: "Mit diesem Element wird mitgeteilt, ob es sich bei der abrufenden Stelle um eine Sicherheits- ~~und bzw.~~ Strafverfolgungsbehörden oder um eine sonstige öffentliche Stelle handelt."

(Vorschlag zur Umbenennung von MK: *type.Behoerdenauskunft.DatenabrufendeStelle*)

type.Behoerdenauskunft.SuchanfrageNichtMoeglich/grundDerRueckweisung

Die AG Test stimmt der Beibehaltung des Elements mit der Multiplizität "1" zu (siehe Punkt 11 in der Bearbeitung am 2014-05-26).

type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Anschrift/status.anschrift

Das Argument der AG Modellierung (siehe Bearbeitung am 2014-05-12) für die Deklaration des Elements als optional ist von Seiten der AG Test nicht nachvollziehbar, da Verfahren nicht unterstützte Angaben im Zweifelsfall ignorieren können. Entweder soll der Schlüssel 03 entfernt werden und das Element optional bleiben, oder der Schlüssel 03 beibehalten und das Element mandatorisch werden. (analog type.Behoerdenauskunft.Steuerungsinformationen/aktualitaetSuche und Schlüssel 03)

type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Geburt/geburtsortstaat

IST: "Eine Angabe in diesem Feld erfolgt nur bei im Ausland geborenen Personen. In diesen Fällen ist der Staat anzugeben, in dem der Einwohner geboren ist."

SOLL: "Sofern Personen anhand ihres Geburtsstaates gesucht werden, ist dieses Feld zu übermitteln."

Begründung: Die frühere Dokumentation ist nicht auf die Suche von Personen ausgerichtet.

Allgemeine Anmerkung zur Dokumentation von Auswahldaten

Die Dokumentation der Elemente zu den Auswahldaten hat häufig das Muster "Mit diesem Element werden ... übermittelt." Diese Dokumentation sollte auf den Zweck der Daten ausgerichtet werden, nämlich der Suche von Personen.

Weiteres Beispiel: Die Aussage "Dieses Element ist mit dem Wert 'true' zu übermitteln." (Element type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten/waffenrechtlicheErlaubnis) ist im Kontext einer Suche falsch.

Allgemeine Anmerkung zu den Auswahldaten

Aktuell existieren Elemente wie staatsangehoerigkeit, familienstand, religionszugehoerigkeit, und ausweisdokument, die mandatorische Kindelemente enthalten. Bei der Suche sollen jedoch alle Angaben optional sein, sodass beispielsweise nur nach dem Beginndatum eines Familienstands gesucht werden kann, ohne den Familienstand an sich anzugeben.

type.Behoerdenauskunft.Steuerungsinformationen/aktualitaetSuche

Die Multiplizität muss auf "0..1" gesetzt werden. (Welchen Zweck dient die gleichzeitige Angabe mehrerer Schlüssel?)

type.Behoerdenauskunft.Steuerungsinformationen/suchbereich

1. Aktuell ist nicht dokumentiert welche Bedeutung die Nichtangabe des Elements hat. Ein Standardsuchbereich ist nicht festgelegt. Ggf. ist das Element als mandatorisch zu deklarieren.
2. Der AG Test ist unklar aus welchem Grund auf der einen Seite die Aussage "Eine Verwendung des Regionalschlüssels ist dabei ausgenommen." aufgenommen, auf der anderen Seite im Typ type.verwaltungspolitische.codierung das Element regionalschlüssel beibehalten wurde.
3. Die Aussage "Eine Verwendung des Regionalschlüssels ist dabei ausgenommen." sollte um eine kurze Begründung erweitert werden.
4. *IST:* "Mit diesem Element wird der Suchbereich angegeben, in dem die Suche durchgeführt werden soll."
 - a. *SOLL:* "Mit diesem Element wird der Suchbereich **nach verwaltungspolitischer Gliederung** angegeben, in dem die Suche durchgeführt werden soll."

type.Behoerdenauskunft.ZusatzfeldNachLandesrecht/feldinhalt

Die AG Test hält die Verwendung des Typs type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten für nicht sinnvoll, da mit den Zusatzfeldern gerade *nicht* DSMeld-spezifische Inhalte übermittelt werden. Des Weiteren sollte die Multiplizität auf "1" gesetzt werden, da analog zu den DSMeld-spezifischen Auswahldaten bei einer Suche ebenfalls maximal ein Wert pro Feld vergeben werden kann.

type.Behoerdenauskunft.Zusatzinformationen

1. Bei einem *choice* sollten die Kindelemente nicht optional sein, da andernfalls leere Elemente übermittelt werden können.
2. Der AG Test ist der Grund für die Modellierung als *choice* unklar. Die beiden Kindelemente *anforderungselementNachLandesrechtUntersagt* und *zusatzinformationen* sollten durchaus gleichzeitig auftreten können, z. B. wenn zu einem untersagten Anforderungselement eine Erläuterung, wie bspw. ein Verweis auf das Landesrecht der Auskunft gebenden Stelle, hinzugefügt werden soll.

type.Behoerdenauskunft.Zusatzinformationen/ anforderungselementNachLandesrechtUntersagt

Die AG Test unterstützt mehrheitlich die Aussage von JG (siehe Punkt 8 in der Bearbeitung am 2014-5-26). Die Konsequenz dieser Umsetzung wäre jedoch, dass bei nicht übermittelten Elementen nicht mehr direkt zwischen Daten, die grundsätzlich nach Landesrecht der Auskunft gebenden Stelle nicht übermittelt werden dürfen, und Daten, die im konkreten Fall im Melderegister nicht vorliegen, unterschieden werden kann.

zur "Schlüsseltabelle Behördenauskunft Nichterstellung Grund"

Der Schlüssel 03 "Suchparameter nach Landesrecht nicht zulässig" drückt aus, dass angefragte Daten nach Landesrecht der *Auskunft gebenden* Stelle nicht zur Verfügung stehen (z. B. gar nicht im Melderegister gespeichert werden dürfen). Hiermit wird die "Variante 1" der Möglichkeiten zu "Prüfungen durch die Auskunft gebende Stelle" (siehe Bearbeitung am 2014-02-14) realisiert, welche durch die AG BMG bereits abgelehnt wurde (siehe Bearbeitung am 2014-05-15). Demnach ist zu prüfen, ob der Schlüssel 03 entfernt werden kann.

Anmerkung: Der Entwurf des Protokolls der AG BMG deutet darauf hin, dass die Entscheidung gegen Variante 1 nicht abschließend getroffen wurde.

Falls der Schlüssel 03 beibehalten wird:

IST: "Die Person wurde nicht identifiziert oder es liegt eine Auskunftssperre vor. Es werden keine Daten übermittelt."

SOLL: "Eine Auskunft kann aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht erteilt werden. Es werden keine Daten übermittelt."

Begründung: Die neue Dokumentation kommt den Anforderungen des BMG an die Neutralität der Antwort näher.

Aufgaben für die KoSIT-interne QS

Datenumfangstabellen untereinander abgleichen und Abgleich der Tabellen mit den Nachrichten.

Bearbeitet durch: BB/AL

Bearbeitet am: 2014-06-13

Nachtrag zum Thema Auslandsanschrift:

Die Auslandsanschrift wird nur 1 X im Melderegister zur Person erfasst. Sie wird nicht gepflegt. Gibt die betroffene Person bei der Meldebehörde eine neue Auslandsanschrift an, wird die bisherige überschrieben.

Dies ergibt sich bereits aus der Systematik des BMG. Im Melderecht werden nur die Anschriften inländischer Wohnungen von meldepflichtigen Personen fortgeschrieben und als Wohnungshistorie erfasst. Die Erfassung einer Anschrift im Ausland ist insoweit lediglich als Annex zu betrachten. Abstimmung mit BMI ist erfolgt.

Diskussion zur Adresskettenverfolgung in der Behördenauskunft (zentral geführtes Register)

Die Diskussion in der QS-Instanz ergab, dass die Adresskettenverfolgung im Standardfall angeschaltet sein wird. Es soll jedoch einen Schalter geben, der es erlaubt, die Adresskettenverfolgung auszuschalten. Dies ist eine Konsequenz daraus, dass die Verantwortung für die Suchanfrage bei der der Abrufenden Stelle liegt.

Der Satz: „Die Meldebehörde überprüft die Zulässigkeit des Abrufs nur, wenn dazu Anlass besteht.“ soll noch in das Kapitel aufgenommen werden.

Die folgenden Punkte aus AG Test und AG Modellierung wurden bearbeitet:

Abschnitt „Begriffsdefinitionen“

1) Sortierung der Begriffe wurde gemäß Wunsch der AG Test angepasst. Jedoch werden noch einige der Begriffsdefinitionen aufgrund der Wiederverwendung im EMRA-Kapitel verschoben.

- **abrufende Stelle:** Begriff bleibt im Kapitel, da auf Behördenauskünfte ausgelegt
- **Auskunft gebende Stelle:** Begriff wird auch in EMRA verwendet, daher wurde er in grundlegende Begriffe verschoben
- **auskunftsfähiger Bestand:** Bleibt im Kapitel zur Behördenauskunft
- **Suchanfrage:** Bleibt im Kapitel
- **Suchprofil:** Bleibt bestehen, wird nur im Kapitel Behördenauskunft verwendet
- **Auswahldaten:** Bleibt bestehen, wird nur im Kapitel Behördenauskunft verwendet
- **Steuerungsinformationen:** wird verschoben
- **Bleiben alle:**
 - Anforderungselement
 - Detailauskunft
 - Trefferliste
 - Anfrage zu einer namentlich benannten Personen
 - Anfrage zu einer Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen

2) Auswahldaten

„Auswahldaten“ sind Daten, die die abrufende Stelle als Suchkriterien angibt. Die Auswahldaten für automatisierte Abrufe werden in § 38 Abs. 4 BMG bestimmt.

Gemäß § 38 Abs. 5 BMG ist eine Erweiterung des Katalogs der Auswahldaten durch Bundes- oder Landesrecht zulässig.“

3) Anfrage zu einer namentlich benannten Person

SOLL: ~~„Eine „Anfrage zu einer namentlich benannten Person“ bezeichnet im Gegensatz zu einer Anfrage zu einer Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen einen den Prozess zur Anfrage mittels zulässiger Auswahldaten mit vollständigem Namen oder Namensfragmenten.“~~

Vorschlag für die Textanpassung der AG Test wird übernommen, der Begriff ist zudem nur in der Behördenauskunft relevant. Der Begriff verbleibt daher in diesem Kapitel.

4) Trefferliste

~~SOLL: „Eine „Trefferliste“ wird verwendet, wenn mit den in der Suchanfrage übermittelten Parametern die eindeutige Identifikation einer Person nicht möglich ist. Führt eine Suchanfrage zu mehr als einem Treffer, wird eine „Trefferliste“ erstellt. Die Trefferliste enthält die Liste der die Personen, deren Daten den in der Suchanfrage übermittelten Parametern entsprechen und zu denen keine Auskunftssperre~~

nach § 51 BMG vorliegt. In einer Trefferliste wird ein reduzierter Datenumfang zu den gefundenen Personen übermittelt."

Vorschlag für die Textanpassung der AG Test wird übernommen, der Begriff ist zudem nur in der Behördenauskunft relevant. Der Begriff verbleibt daher in diesem Kapitel.

5) Detailauskunft

SOLL: "Die „Detailauskunft“ enthält ~~im Gegensatz zur Trefferliste~~ alle rechtlich zulässigen Daten zu genau einer Person, die anhand der in der Suchanfrage enthaltenen Parameter eindeutig identifiziert werden konnte."

Vorschlag für die Textanpassung der AG Test wird übernommen, der Begriff ist zudem nur in der Behördenauskunft relevant. Der Begriff verbleibt daher in diesem Kapitel.

6) Suchprofil

SOLL: "Das „Suchprofil“ besteht aus den Auswahldaten zu Suchanfrage. Es kann ~~optional~~ alternativ aus ~~einem~~ dem Identifikationsmerkmal bestehen, dass auf einen bereits bestehenden Suchprozess mit der Auskunft gebenden Stelle referenziert."

Abschnitt „Übersicht über den Ablauf“

7) zu den Nachweisdaten in Tabelle IV.9.1. Auswahldaten der Suchanfrage der einfachen Behördenauskunft

Anmerkung der AG Test führte zu keiner Änderung wg. Befassung AG Mod:

- „AG Mod hat entschieden, dass generell die Aufnahme von Nachweisdaten in die Auswahldaten nicht zielführend (und auch nicht gewollt) ist.
- außerdem: die übrigen Daten unterliegen der Zweckbindung nach §3 Abs. 2 und können deswegen nicht in die Auswahldaten aufgenommen werden.“

Für diese Fälle ist es noch zu prüfen

- **Nr. 15: zum Ehegatten oder Lebenspartner**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 1508 und 1524.
- **Nr. 18: Sterbedatum und Sterbeort ...**
 - Aufnahme des DSMeld-Blatts 1905.

8) Tabelle IV.9.2. Auswahldaten der Suchanfrage der Behördenauskunft an Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden gemäß § 34 Abs. 1 Satz 1 1. Halbsatz BMG / § 38 Abs. 5 BMG

SOLL: "Tabelle IV.9.2. Auswahldaten der Suchanfrage der Behördenauskunft an Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden gemäß § 38 Abs. 4 ~~34 Abs. 4~~ Satz 1 1. Halbsatz BMG / § 38 Abs. 5 BMG"

Umsetzung: Textvorschlag übernommen.

9) zu Nr. 6: Anschriften

Nach wörtlicher Auslegung der Aussage des BMG können mehr als eine Anschrift in den Auswahldaten bestimmt werden. Die Nachricht 1320 erlaubt aktuell jedoch nur die Angabe einer Anschrift.

Vorschlag der AG Test: Stellung eines CRs für das nächste Release zur Klärung dieses Sachverhalts.

Umsetzung: Keine. Mit AG Modellierung wurde mehrfach über die Häufigkeit der Anschrift diskutiert. Sie soll bei 0..1 bleiben.

19) zu Nr. 18: Ausweisdokumente

Nach § 38 Abs. 4 Satz 1 1. Halbsatz können für die Auswahldaten die Daten nach § 34 Abs. 1 verwendet werden. Hierzu zählen auch die Daten nach § 3 Abs. 1 Nr. 17 (Daten zu Ausweisdokumenten).

Umsetzung: Eintrag wurde aus dem Landesrechtlichen teil in den BMG-Teil der Tabelle verschoben.

20) Tabelle IV.9.3. Abrufdaten der einfachen Behördenauskunft gemäß § 38 Abs. 1 BMG / § 38 Abs. 5 BMG

zu Nr. 8: Sterbedaten

IST: "Sterbedatum und Sterbeort sowie bei Versterben im Ausland auch den Staat" / "1901 bis 1905"
SOLL: " Sterbedatum und Sterbeort ~~sowie bei Versterben im Ausland auch den Staat~~" / "1901 bis 19054", Analog für Tabelle 9.4.

Umsetzung: neue Tabellenzeile für beide Tabellen erstellt.

21) Verallgemeinerung der Aussage

SOLL: " Während die Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden die Protokollierung der Abrufe selbst vorzunehmen haben (§ 40 Abs. 3 BMG), übernimmt die Auskunft gebende Stelle die Protokollierung bei allen weiteren automatisierten Abrufen ~~von Daten einer einzelnen Person~~ (§ 40 Abs. 1, 2 BMG)."

Umsetzung: Textvorschlag übernommen.

Abschnitt „Ablauf im Detail“

22) Ergänzung des Ablaufs im Detail

Der Anlass "Rückweisung gemäß Prüfungsebene I" muss aufgenommen werden, da auch bei der Behördenauskunft RtS-Nachrichten versendet werden.

Umsetzung: Abschnitt wurde aufgenommen.

23) IV.9.4.1 Das Datenabrufverfahren für Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden sowie andere öffentliche Stellen

Prozessbeschreibung

- **Rechtliche und verfahrenstechnische Prüfung**
 - Die entsprechende Aktivität sollte im Prozessmodell analog benannt werden (Entfernen des Bindestrichs).

Umsetzung: Anpassung erfolgt.

24)

In der Beschreibung muss dokumentiert werden welcher Art die rechtlichen Prüfungen sind (z. B. Prüfung, ob die angefragten Daten nach Landesrecht der Auskunft gebenden Stelle übermittelt werden dürfen). Davon unabhängig ist die Prüfung der Zulässigkeit der Anfrage durch die abrufende Stelle.

Umsetzung: Rechtliche Komponente herausgenommen, da AG BMG die Variante 1 (prüfung, ob Datenumfang nach Landesrecht zulässig ist und Nachricht abweisen) abgelehnt hat.

25) Fehlermitteilung erstellen und versenden

- Diese Aktivität muss explizit dokumentiert werden.

Umsetzung: Aktivität wurde in die Prozessbeschreibung aufgenommen.

26) Im Melderegister suchen

- SOLL: ~~"Im Melderegister Datenbestand suchen"~~
 - Begründung: Je nach Kontext wird im Melderegister oder Landesregister gesucht.
 - SOLL: "Sofern die rechtliche und verfahrenstechnische Prüfung ergibt, dass die Suche durchführbar ist, wird anhand der Daten des Suchprofils im ~~Melderegister~~ Datenbestand nach Personen mit übereinstimmenden Daten gesucht.
~~Wird keine Person mit den Daten der Suchanfrage gefunden, antwortet die Auskunft gebende Stelle mit der Nachricht 1321 und übermittelt im Element ergebnisstatus den Schlüssel 03 der Schlüsseltabelle Abschnitt V.B.1.15, „Schlüsseltabelle Behördenauskunft Ergebnisstatus“ (Neutrale Antwort)."~~
 - Begründung: Der letzte Satz wird in die folgende Aktivität verschoben:
- **Neutrale Antwort erstellen und versenden** (erstes Vorkommen im Prozessmodell nach "Im Melderegister suchen")
 - Neu: "Wird keine Person mit den Daten der Suchanfrage gefunden, antwortet die Auskunft gebende Stelle mit der Nachricht 1321 und übermittelt im Element ergebnisstatus den Schlüssel 03 der Schlüsseltabelle Abschnitt V.B.1.15, „Schlüsseltabelle Behördenauskunft Ergebnisstatus“ (Neutrale Antwort)."

Umsetzung: Beide Punkte übernommen.

27) Detailauskunft erteilen und versenden (an beiden Stellen)

- SOLL: ~~"Detailauskunft erteilen"~~ erstellen und versenden" (an beiden Stellen, analog zum Prozessmodell)

Umsetzung: textvorschlag übernommen.

28) Auswertung der Trefferliste

- SOLL: ~~"Auswertung der Trefferliste verarbeiten"~~ (analog zum Prozessmodell)
- IST: "... Person oder einem ggf. mitgeteilten Identifikationsmerkmal (Detailauskunft)."
- SOLL: "... Person oder einem ggf. mitgeteilten Identifikationsmerkmal ~~(Detailauskunft)~~."
- Begründung: Der Klammerzusatz liefert keine zusätzlichen Informationen.

Umsetzung: Textvorschläge übernommen.

29) Suche verfeinern

- Diese Aktivität muss explizit dokumentiert werden.

Umsetzung: Aktivität beschrieben.

30) zum Aussteuerungsverfahren und der neutralen Antwort

Aktuell kann der Prozess den Eindruck erwecken, dass die neutrale Antwort erst nach dem Abschluss der manuellen Klärung durch die zuständige Meldebehörde erstellt und versendet wird.

Vorschlag: Verdeutlichung der Parallelität über eine UML-Fork.

Umsetzung: Prozessmodell geändert.

31) Besonderheiten – Umgang mit Auskunftssperren zur betroffenen Person und zur beigeschriebenen Person

SOLL: "Bei Vorliegen von Auskunftssperren gemäß § 51 BMG für eine betroffene Person erfolgt eine Aussteuerung der Anfrage in das manuelle Verfahren, falls die Suche im Datenbestand zu genau einer Person führte."

Umsetzung: Textvorschlag übernommen.

32) zur Dokumentation von Fehlerfällen

Weder Prozessmodell, die Prozessbeschreibung, noch der Abschnitt "Verwendung bestimmter Schlüssel" macht eine Aussage zum Vorgehen bei Fehlerfällen. Auch die Fehlerfälle selbst werden nicht weiter erläutert.

Da die Nachricht 1321 auch Fehlermitteilungen repräsentiert, müssen fehlerhafte Fälle, z. B. entsprechend der Nachricht 0204 im Kontext des Rückmeldeverfahrens, dokumentiert werden. Dabei muss beschrieben werden unter welchen konkreten Bedingungen welcher Fehlercode zu übermitteln ist. (Beispiele: Wann sind zu protokollierende Daten nicht vollständig (Fehler 07)? Wann tritt der Fehler 08 "Unzureichende Kennzeichnung des Absenders" auf und welche Bedeutung hat er? Letztere Information ist aktuell nur im CR dokumentiert.)

Umsetzung: Die Aussage der AG Test ist richtig. Da jedoch in den Bundesländern besonders bzgl. der verfahrenstechnischen Prüfung keine einheitliche Vorgehensweise geregelt ist, kann XMeld an dieser Stelle nicht konkreter werden. Sofern sich eine einheitliche Verfahrensweise etabliert, können die Prüfungen hier genauer beschrieben werden. -> keine Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt.

33) Konkretes Beispiel: Fehlerfall 05 "Trefferliste zu groß"

Aktuell wird laut Prozessmodell nur nach der rechtlichen bzw. verfahrenstechnischen Prüfung eine "Fehlermitteilung" versendet. Im Falle zu großer Trefferlisten müssen jedoch ebenfalls Fehlermitteilungen übermittelt werden. Das Prozessmodell sollte (nach der Reduzierung der Trefferliste um Personen mit Auskunftssperren) diesbezüglich ergänzt werden.

Umsetzung: Im Prozessmodell und in der Beschreibung wurde eine Fehlerprüfung vor der Versendung der Trefferliste aufgenommen. Da jedoch nicht ganz klar, was alles in BL geprüft werden könnte, wird hier nur beispielweise auf „Trefferliste zu groß“ verwiesen. Kann ggf. auch zu späterem Release konkretisiert werden.

Datentypen

34) zu 2) von AG Mod: Typen für Daten mit Nachweisdaten:

AG Mod: Wurde inzwischen umgesetzt, ist so in Ordnung. Test muss noch prüfen.

35) zu 3) Anschriften in type.Behoerdenauskunft.Aussteuerung.Identifikation.Person

Diskussion in AG Mod mit folgendem Ergebnis:

Frage 1: an welche MB ist die Aussteuerungsnachricht zu senden?

Antwort:

- an die angefragte MB, soweit in der Anfrage eine Regionalisierung oder eine Anschrift enthalten ist.
- sonst: an die zuständige bzw. zuletzt zuständige Meldebehörde

„Frage 2: welche und wieviel Anschriften sollen enthalten sein?“

Antwort:

- eine Anschrift reicht aus
- die in der Anfrage angegebene Anschrift
- sonst: die aktuelle (HW/AW, sonst NW) oder Wegzugsanschrift

Diese Regeln sollen (sinngemäß) in die Dokumentation zur Aussteuerungsnachricht aufgenommen werden. Sie gelten auch für die Verwendung dieser Nachricht in EMRA.“

Umsetzung: Die Dokumentation des Elementes wurde entsprechend angepasst. (Typ wird noch verschoben und umbenannt).

36) zu 4) Modellierung der aktuellen und inaktuelle Anschrift in den Abrufdaten

AG Mod: Die Strukturierung an dieser Stelle soll aufgehoben werden. Es reicht hier ein Element anschrift.

Zu ändern in: Element wohnung, Häufigkeit 0...n

AG test: `type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten/aktuelleWohnung`

Die AG Test stimmt der Trennung in `aktuelleWohnung` und `inaktuelleWohnung` zu (siehe Punkt 4 der Bearbeitung vom 2014-05-26).

Umsetzung: Modellierung in den Abrufdaten wurde angepasst. Abweichung von der Zustimmung der AG Test zur vorherigen Modellierung wird hingenommen, da die AG Test auf Rückfrage keine expliziten Gründe dafür nennen konnte. Der Datentyp ist noch anzupassen.

37) `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten/gesetzlicherVertreter`

Im Hinblick auf den Vorschlag zur Ergänzung der Tabellen zum Datenumfang (siehe oben) sollte die Art der gesetzlichen Vertretung (und ggf. weitere spezifische Daten zum gesetzlichen Vertreter) bei der Suche bestimmt werden können. (Der gesamte Datenkatalog soll abgebildet werden können.)

Umsetzung: Nicht aufgenommen, da AG Modellierung sich dagegen entscheiden hatte.

38) zu 10) Element person in `type.Behoerdenauskunft.Auskunft`:

AG Mod:

- zur Angabe der datenliefernden Meldebehörde zu jedem Eintrag in der Trefferliste: die Notwendigkeit wird überwiegend nicht gesehen. Diese Information kann i.d.R. aus der Angabe zur Anschrift erschlossen werden.
- zur Angabe des Ordnungsmerkmals: Dies soll als Element ordnungsmerkmal ergänzt werden in den Kontexten
 - `personendaten` in `type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten` (Auskunftsnachricht) und `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten` (Anfragenachricht)
 - Datentabellen im Kapitel

Umsetzung: Die Datentypen `type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten` und `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten`. (Anfragenachricht) wurden angepasst. Tabellen ebenfalls.

Achtung: zur Anmerkung von MB (siehe Punkt 10 in der Bearbeitung am 2014-05-26)

- a. Die Übermittlung eines Ordnungsmerkmals ist nicht zulässig.
- b. Bzgl. der Übermittlung des Gemeindeschlüssels muss in der AG Modellierung eine Entscheidung getroffen werden. (In der AG Test ist der Hintergrund der Problematik unklar.)

Umsetzung: Befassung der AG Modellierung ergab, dass das Ordnungsmerkmal aufgenommen wurde. Befassung durch QS-Instanz erfolgt zu diesem Punkt.

39) zu 12) Kosteninformationen in der Antwortnachricht:

AG Mod:

- soll analog EMRA realisiert werden (siehe Element `auskunft.antwort/kosteninformation`)
- in `type.Behoerdenauskunft.Auskunft` (unterhalb Element `antwortSuchanfrage/xmeld:auskunft`)

Umsetzung: Der Datentyp `type.Kosteninformation` wurde neu in den Baukasten aufgenommen. Er wird in der Antwort auf die Suchanfrage (Nachricht 1321) sowie im EMRA-Kontext (Nachricht 0604) verwendet.

40) zu 13) Typen für die beigeschriebenen Personen für Suchprofil und Abrufdaten

Abrufdaten:

- die Baukasten-Typen, die aktuell in der Gestaltung verwendet werden, passen nicht, weil sie an vielen Stellen mandatorische Elemente enthalten. Das steht im Konflikt mit der Steuerung der Ergebnisdaten über Anforderungselemente (auf Ebene von DSMeld-Blättern).
- Beschluss: Es sollen deshalb neutrale Typen definiert werden, die den Zweck an dieser Stelle erfüllen (analog zur Lösung im Suchprofil).

Umsetzung:

type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten:

personendaten:

- Element `name` (`type.NamenatuerlichePerson`) -> keine Anpassung erfolgt.
- Element `geburtsangaben` (`type.GeburtMitNachweis`) -> nur Element `geburt` ist mandatorisch und eine Angabe nur der Nachweisdaten ist unrealistisch, daher keine Änderung
- Element `wohnung` (`type.Wohnung`) -> Anschrift problematisch, daher eigenen Typ `type.Behoerdenauskunft.Wohnung` erstellt.
- Element `sterbedaten` (`type.TodMitNachweis`) -> nur Element `tod` ist mandatorisch und eine Angabe nur der Nachweisdaten ist unrealistisch, daher keine Änderung
- Element `geschlecht` (`type.Geschlecht`) -> keine Änderung erforderlich
- Element `staatsangehoerigkeit` -> eigener Typ erstellt
- Element `ausweisdokument` (`type.Ausweisdokument`) -> Elemente mandatorisch, Änderung erforderlich -> eigener Typ erstellt
- Element `waffenrechtlicheErlaubnis` noch zu klären
- Element `sprengstoffrechtlicheErlaubnis` noch zu klären
- Element `religionszugehoerigkeit` -> keine Änderung erforderlich
- Element `auslandsanschrift` (`Auslandsanschrift.Druckbild`) -> das Element `staat` ist zwar mandatorisch, jedoch ist es unwahrscheinlich, dass eine `auslandsanschrift` ohne `staat` beauskunftet werden soll, die Codeliste Anforderungselemente wurde entsprechend angepasst, so dass eine `Auslandsanschrift` (1233) immer mit dem `Staat` (1232) beauskunftet werden muss. Der `Wegzugstaat` (1232) hingegen, kann einzeln beauskunftet werden, aber über die `wohnung`. Dokumentation des Elementes `auslandsanschrift` wurde angepasst.
- Element `familienstand` noch zu klären
- Element `passversagung` (`type.Passversagung`) -> Kindelement mandatorisch. Ist aber unkritisch, da es das einzige Kindelement ist -> keine Änderung
- Element `optionsdeutscher` (`type.Optionsdeutscher`) -> Kindelement mandatorisch. Ist aber unkritisch, da es das einzige Kindelement ist -> keine Änderung
- Element `anschrift3991` (`String.Latin`) -> keine Änderung
- `gesetzlicherVertreter` (`type.GesetzlicherVertreter`) -> einige Kindelemente mandatorisch, daher Anpassung erforderlich
- `partner` (`type.identifikation.partner`) -> fast alle Kindelemente mandatorisch, daher Anpassung erforderlich
- `kind` (`type.identifikation.kind`) -> fast alle Kindelemente mandatorisch, daher Anpassung erforderlich. Eigener Datentyp erstellt.
- `identifikationsmerkmal` (`type.behoerenauskunft.Identifikationsmerkmal`) Kindelement mandatorisch. Ist aber unkritisch, da es das einzige Kindelement ist -> keine Änderung
-

41) zu 15) Umgang mit Platzhaltern und Unschärfen

AG Mod: Der Text wird zurechtgeschnitten. Die folgende Fassung soll in die Dokumentation zur Behördenauskunft aufgenommen werden (Doku zu type.Behoerdenauskunft.Suchprofil):
"Die übermittelten Suchkriterien sind bei der Auswertung auf Seiten der Meldebehörde durch ein logisches UND zu verknüpfen.

Vorgaben zur Suchschnittstelle

1. Groß-/Kleinschreibung

- Die Suche soll nicht Case-sensitiv sein.

• Beispiel:

Der Suchparameter **nachname** mit dem Wert "meyer" trifft sowohl "Meyer" als auch "MEYER"

2. Platzhalter (Wildcards)

- Platzhalter für genau eine Stelle sind als "?", Platzhalter für 0..n Stellen sind als "*" anzugeben. Platzhalter können grundsätzlich innerhalb eines Suchparameters mehrfach und an beliebiger Stelle verwendet werden.

- Betroffen sind die Felder in **name** und **anschrift/strasse**.

• Beispiele:

Der Suchparameter **nachname** mit dem Wert "Me?er" liefert sowohl "Meier" als auch "Meyer".

Der Suchparameter **nachname** mit dem Wert "Me*er" liefert die im vorherigen Beispiel genannten Werte sowie (unter anderem) "Meer" und "Meier-Müller".

"

Umsetzung: Text wurde übernommen.

42) zu 16) Element steuerungsinformationen in der Suchanfrage

AG Mod: Muss mandatorisch sein.

Umsetzung: Element wurde mandatorisch gemacht. Entspricht auch der Anmerkung der AG Test.

43) zu 17) Zusatzfeld nach Landesrecht:

Ist die Modellierung in Abrufdaten und Auswahldaten so ausreichend?

AG Mod:

- ist bei den Auswahldaten zu ändern: Element *auswahldaten/zusatzfeldNachLandesrecht* ist ausreichend. Also streichen das entsprechende Element in *type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten*, was sich auf *personendaten, gesetzlicherVertreter* usw. auswirkt.
- ist dann bei den Abrufdaten entsprechend darzustellen

Umsetzung: Anmerkung umgesetzt auch für Abrufdaten. Anmerkung der AG Test zur Dokumentation ist damit obsolet.

44) **behoerdenauskunft.antwort.1321/Identifikation.Nachricht**

1. SOLL: "identifikation.nachricht" (nach lower camel case-Konvention)
2. Die Dokumentation des Elements sollte darauf hinweisen, dass über das Element auf die Anfragenachricht Bezug genommen wird.

Umsetzung: umbenannt und Doku aufgenommen.

45) **type.anlass.abfrage**

SOLL: "Bei einem Abruf von Meldedaten wird mit diesem Typ der Grund des Abrufs übermittelt."

Umsetzung: Dokumentation wurde angepasst.

46) `type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten/anschrift1939`
Das Element muss umbenannt werden in `anschrift3991`.

Umsetzung: Wurde umbenannt.

47) `type.Behoerdenauskunft.Auskunft/zusatzinformationen`
SOLL: "Mit diesem Element können Zusatzinformationen ~~zum~~ zur Antwort auf die Suchanfrage übermittelt werden."

Umsetzung: Dokumentation wurde angepasst.

48) `type.Behoerdenauskunft.Auskunft/person`
1. *IST: "Welche Kindelemente befüllt werden richtet sich nach den in der Suchanfrage ausgewählten Anforderungselementen und den (landes-)rechtlichen Regelungen."*
a. *SOLL: "Welche Kindelemente befüllt werden richtet sich nach den in der Suchanfrage ausgewählten Anforderungselementen und den (landes-)rechtlichen Regelungen der Auskunft gebenden Stelle."*

Umsetzung: Dokumentation wurde angepasst.

49) zur Anmerkung von MB (siehe Punkt 10 in der Bearbeitung am 2014-05-26)
b. Die Übermittlung eines Ordnungsmerkmals ist nicht zulässig.
c. Bzgl. der Übermittlung des Gemeindeschlüssels muss in der AG Modellierung eine Entscheidung getroffen werden. (In der AG Test ist der Hintergrund der Problematik unklar.)

Umsetzung: Befassung der AG Modellierung ergab, dass das Ordnungsmerkmal aufgenommen wurde. Befassung durch QS-Instanz erfolgt zu diesem Punkt.

50) `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten/waffenrechtlicheErlaubnis`
IST: "... waffenrechtliche ..."
SOLL: "... waffenrechtliche ..."

Umsetzung: Dokumentation wurde angepasst.

51) `type.Behoerdenauskunft.DatenAbrufendeStelle/sicherheitsbehoerde`
SOLL: "Mit diesem Element wird mitgeteilt, ob es sich bei der abrufenden Stelle um eine Sicherheits-~~und~~ bzw. Strafverfolgungsbehörden oder um eine sonstige öffentliche Stelle handelt."

Umsetzung: Dokumentation wurde angepasst.

52) `type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Anschrift/status.anschrift`
Das Argument der AG Modellierung (siehe Bearbeitung am 2014-05-12) für die Deklaration des Elements als optional ist von Seiten der AG Test nicht nachvollziehbar, da Verfahren nicht unterstützte Angaben im Zweifelsfall ignorieren können. Entweder soll der Schlüssel 03 entfernt werden und das Element optional bleiben, oder der Schlüssel 03 beibehalten und das Element mandatorisch werden. (analog `type.Behoerdenauskunft.Steuerungsinformationen/aktualitaetSuche` und Schlüssel 03)

Umsetzung : keine Umsetzung. Unklar ist derzeit, ob `status.anschrift` in alle Bundesländern genutzt wird. Anpassung zum Folgerelease möglich, wenn produktiv.

53) `type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Geburt/geburtsortstaat`

SOLL: "Sofern Personen anhand ihres Geburtsstaates gesucht werden, ist dieses Feld zu übermitteln."

Umsetzung: Dokumentation wurde angepasst.

54) Allgemeine Anmerkung zur Dokumentation von Auswahldaten

Die Dokumentation der Elemente zu den Auswahldaten hat häufig das Muster "Mit diesem Element werden ... übermittelt." Diese Dokumentation sollte auf den Zweck der Daten ausgerichtet werden, nämlich der Suche von Personen.

Weiteres Beispiel: Die Aussage "Dieses Element ist mit dem Wert 'true' zu übermitteln." (Element `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten/waffenrechtlicheErlaubnis`) ist im Kontext einer Suche falsch.

Umsetzung: Die Dokumentation wurde jeweils entsprechend angepasst.

55) Allgemeine Anmerkung zu den Auswahldaten

Aktuell existieren Elemente wie `staatsangehoerigkeit`, `familienstand`, `religionszugehoerigkeit`, und `ausweisdokument`, die mandatorische Kindelemente enthalten. Bei der Suche sollen jedoch alle Angaben optional sein, sodass beispielsweise nur nach dem Beginndatum eines Familienstands gesucht werden kann, ohne den Familienstand an sich anzugeben.

Umsetzung:

`type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten`

- Element `name` (`type.Suchprofil.Name`) -> bereits eigener Typ, daher keine Änderung
- Element `doktorgrad` -> keine Änderung
- Element `ordensname` -> keine Änderung
- Element `kuenstlername` -> keine Änderung
- Element `anschrift` -> bereits eigener Typ, daher keine Änderung
- Element `wohnungsstatus` -> einziges Element mandatorisch, daher keine Änderung
- Element `geburtsdaten` -> bereits eigener Typ, daher keine Änderung
- Element `geschlecht` -> einziges Element mandatorisch, daher keine Änderung
- Element `staatsangehoerigkeit` -> gleichen Typ, wie bei den Abrufdaten verwendet (`type.Behoerdenauskunft.Staatsangehoerigkeit`)
- Element `familienstand` noch zu klären
- Element `sterbedaten` -> keine Änderung
- Element `religionszugehoerigkeit` noch zu klären
- Element `ausweisdokument` -> gleichen Typ, wie bei den Abrufdaten verwendet (`type.Behoerdenauskunft.Ausweisdokument`)
- Element `Passversagung` -> Keine Änderung
- Element `optionsdeutscher` -> keine Änderung
- Element `waffenrechtlicheErlaubnis` -> keine Änderung
- Element `sprengstoffrechtlicheErlaubnis` -> keine Änderung
- Element `anschrift3991` -> keine Änderung

56) `type.Behoerdenauskunft.Steuerungsinformationen/aktualitaetSuche`

Die Multiplizität muss auf "0..1" gesetzt werden.

Umsetzung: wurde angepasst.

57) type.Behoerdenauskunft.Steuerungsinformationen/suchbereich

1. Aktuell ist nicht dokumentiert welche Bedeutung die Nichtangabe des Elements hat. Ein Standardsuchbereich ist nicht festgelegt. Ggf. ist das Element als mandatorisch zu deklarieren.
2. *IST*: "Mit diesem Element wird der Suchbereich angegeben, in dem die Suche durchgeführt werden soll."
 - a. *SOLL*: "Mit diesem Element wird der Suchbereich nach verwaltungspolitischer Gliederung angegeben, in dem die Suche durchgeführt werden soll."

Umsetzung: 1. Punkt muss noch geklärt werden. Zweiter Punkt umgesetzt.

58) type.Behoerdenauskunft.ZusatzfeldNachLandesrecht/feldinhalt

Die AG Test hält die Verwendung des Typs type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten für nicht sinnvoll, da mit den Zusatzfeldern gerade nicht DSMeld-spezifische Inhalte übermittelt werden. Des Weiteren sollte die Multiplizität auf "1" gesetzt werden, da analog zu den DSMeld-spezifischen Auswahldaten bei einer Suche ebenfalls maximal ein Wert pro Feld vergeben werden kann.

Umsetzung: Bei der Verwendung des genannten Typs handelte es sich um einen Fehler. Es wird nun String.Latin verwendet.
Multiplizität muss noch geklärt werden.

59) type.Behoerdenauskunft.Zusatzinformationen

1. Bei einem choice sollten die Kindelemente nicht optional sein, da andernfalls leere Elemente übermittelt werden können.
2. Der AG Test ist der Grund für die Modellierung als choice unklar. Die beiden Kindelemente anforderungselementNachLandesrechtUntersagt und zusatzinformationen sollten durchaus gleichzeitig auftreten können, z. B. wenn zu einem untersagten Anforderungselement eine Erläuterung, wie bspw. ein Verweis auf das Landesrecht der Auskunft gebenden Stelle, hinzugefügt werden soll.

Umsetzung: Bei der Verwendung des genannten Typs als Choice handelte es sich um einen Fehler. Wurde nun angepasst.

60) Falls der Schlüssel 03 beibehalten wird:

IST: "Die Person wurde nicht identifiziert oder es liegt eine Auskunftssperre vor. Es werden keine Daten übermittelt."

SOLL: "Eine Auskunft kann aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht erteilt werden. Es werden keine Daten übermittelt."

Begründung: Die neue Dokumentation kommt den Anforderungen des BMG an die Neutralität der Antwort näher.

Umsetzung: Punkte der AG Test sind nicht korrekt und werden abgelehnt. 1. handelt es sich bei dem 1. in Frage gestellten Schlüssel 03 um einen anderen als den im 2. Punkt benannten. Es wird daher keinerlei Verbindung zwischen den Themen gesehen. Außerdem handelt es sich bei der Doku zu Schlüssel 03 um den in der AG Recht abgestimmten Wortlaut der neutralen Antwort an Behörden. Die AG Test hat hier den Wortlaut mit dem für die EMRA verwechselt.

Nachrichten

61) Struktur der Aussteuerungsnachricht

soll geändert werden, so dass sie auch für die EMRA anwendbar ist.

Enthalten soll sein:

- die ursprüngliche Nachricht

- falls es sich um eine Sammelnachricht handelt, ist sie um die nicht betroffenen zu bereinigen (Beispiel 0600: alle bis auf ein einziges Objekt *auskunft.anforderung* werden aus der Nachricht entfernt), so dass anschließend genau 1 Vorgang enthalten ist
- sollte modelliert werden analog Element *nachricht* aus Nachricht 0900
- ein Merkmal, welches den Nachrichtentyp nennt (aktuell möglich: 0600, 0602, 1320)
 - Element *nachrichtenummer* / Schlüsseltabelle XMeld-Nachrichten (vgl. Nachricht 0900)
- *gefundenePerson*
 - mit den Merkmalen, die im Typ *type.Behoerdenauskunft.Aussteuerung.Identifikation.Person* enthalten sind
 - *type.Behoerdenauskunft.Aussteuerung.Identifikation.Person* ist umzubenennen in *type.Aussteuerung.Identifikation.Person*

Umsetzung: Typ wurde umbenannt

- soll als Choice modelliert werden (*ordnungsmerkmal* und *gemeinde*; *name*, *geburtsdatum*, *anschrift*)

Umsetzung: Ist als Choice modelliert. Alle Elemente sind mandatorisch. Dokumentation wurde entsprechend angepasst.

Prozess "Aussteuerung in das manuelle Verfahren" und Nachricht 1322 wurde verschoben in den Teil „Allgemeines“ ins Kapitel "Allgemeine Prozessmuster".

62) Diskussion zur Adresskettenverfolgung in der Behördenauskunft (zentral geführtes Register)

Schalter zum Abschalten der Adresskettenverfolgung wird aufgenommen

Noch zu klären:

3) zur "Schlüsseltabelle Behördenauskunft Nichterstellung Grund"

Der Schlüssel 03 "Suchparameter nach Landesrecht nicht zulässig" drückt aus, dass angefragte Daten nach Landesrecht der *Auskunft gebenden* Stelle nicht zur Verfügung stehen (z. B. gar nicht im Melderegister gespeichert werden dürfen). Hiermit wird die "Variante 1" der Möglichkeiten zu "Prüfungen durch die Auskunft gebende Stelle" (siehe Bearbeitung am 2014-02-14) realisiert, welche durch die AG BMG bereits abgelehnt wurde (siehe Bearbeitung am 2014-05-15). Demnach ist zu prüfen, ob der Schlüssel 03 entfernt werden kann.

Anmerkung: Der Entwurf des Protokolls der AG BMG deutet darauf hin, dass die Entscheidung gegen Variante 1 nicht abschließend getroffen wurde.

Für diese Fälle ist es noch zu prüfen, ob sie in den auswahldaten enthalten sein sollen

- **Nr. 15: zum Ehegatten oder Lebenspartner**
 - Aufnahme der DSMeld-Blätter 1508 und 1524.
- **Nr. 18: Sterbedatum und Sterbeort ...**
 - Aufnahme des DSMeld-Blatts 1905.

Neuer Datentyp für Familienstand nötig?

Weitere Details sind noch zu klären (siehe oben)

durch KoSIT noch umzusetzen:

Es ist noch ein Dienst für die Aussteuerung zu erstellen.

- Nicht verwendete Codelisten müssen gelöscht werden und die Versionshistorie zum CR zu Datentyp Code muss aktualisiert werden

- Codeliste Anforderungselement: muss noch in das Modell übernommen werden

Bearbeitet durch: KoSIT/ov

Bearbeitet am: 2014-06-25

Die Codelist „anforderungselement“ wurde per genericoder erstellt und in das Modell importiert. Weiterhin wurde die neue Codelist in polizei.mdxml an zwei Stellen eingebunden. (1: anforderungselement; 2: Zusatzinformationen [Anforderungselement nach Landesrecht untersagt.])

Bearbeitet durch: AG Test

Bearbeitet am: 2014-07-01

zur "Schlüsseltabelle Behördenauskunft Nichterstellung Grund"

Das Protokoll der AG BMG soll von JH noch einmal im Hinblick auf Entscheidungen zu den Varianten 1 bis 3 (siehe Bearbeitung am 2014-02-14) geprüft werden. Falls die Ablehnung der Variante 1 nicht eindeutig belegt werden kann, sollen alle drei Varianten realisiert werden, der Schlüssel "03" ("Suchparameter nach Landesrecht nicht zulässig") somit zunächst beibehalten und ggf. später über eine Handlungsanweisung die Schlüsseltabelle "Behördenauskunft Nichterstellung Grund" eingeschränkt werden.

zu den DSMeld-Blättern 1508, 1524 und 1905

Die Blätter sollen in die Auswahldaten aufgenommen werden, Blatt 1905 (Sterbeort – Staat) nach § 34 Abs. 1 Nr. 14 BMG, die beiden anderen Blätter (Anschrift – Staat des Ehegatten bzw. Lebenspartners) aufgrund des Prinzips, für länderspezifische Anforderungen alle Möglichkeiten zu bieten.

zu type.FamilienstandNurBegründung und type.Religion

Den Datentypen `type.FamilienstandNurBegründung` und `type.Religion` entsprechend soll jeweils ein neuer Datentyp mit ausschließlich optionalen Elementen erstellt werden.

zu den Abrufdaten

Die Abrufdaten sollen analog zu den Auswahldaten mit durchgehend optionalen Elementen modelliert werden.

(Abgelehnte Alternative: Es ist nicht sinnvoll Nachweisdaten ohne das zu belegende Datum zu übermitteln. Aus diesem Grund soll sollen für Elemente mit Nachweisdaten zwei Anforderungselemente definiert werden:

3. Element ohne Nachweisdaten
4. Element mit Nachweisdaten

Als Konsequenz können die genutzten Datentypen (z. B.

`type.WaffenrechtlicheErlaubnisMitNachweis`) mit ihren Pflichtelementen bestehen bleiben.)

zu den Steuerungsinformationen

Die Elemente `suchbereich` und `suchbereichNachLandesrecht` sollen innerhalb eines XML-Choice modelliert werden, sodass auf jeden Fall eines der Elemente bei der Anfrage bestimmt werden muss. *Modellierungsvorschlag:*

Variante A

- `suchbereich` (choice; Multiplizität "1")
 - `suchbereich` (Multiplizität "1")
 - `suchbereichNachLandesrecht` (Multiplizität "1")

Variante B

- `suchbereich` (choice; Multiplizität "1")
 - `bundesland`
 - ...
 - `regionalschlüssel`
 - `suchbereichNachLandesrecht` (Multiplizität "1")

Variante B wird von der AG Test bevorzugt.

zu type.Behoerdenauskunft.ZusatzfeldNachLandesrecht/feldinhalt

Die Multiplizität des Feldes soll weiterhin "0..*" sein, da die Angabe mehrerer Inhalte in der Theorie möglich ist.

Vorschlag für eine Vorbemerkung zu den Nachrichten und Datentypen

Die Bemerkung "Die im Folgenden abgebildeten Typen und Nachrichten sollen nur den möglichen Gesamtumfang darstellen. Die Pflicht zur Umsetzung richtet sich nach den bundes- und landesrechtlichen Vorgaben." soll so oder ähnlich vor den Nachrichten und Datentypen aufgeführt werden (siehe Todo EG 07a, Nr. 3).

zum Element type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Geburtsdaten/geburtszeitraum

Für dieses Element soll der gleiche Hinweis aufgenommen werden wie für Hausnummernbereiche (keine verpflichtende Umsetzung).

zu type.Behoerdenauskunft.Zusatzinformationen

Das Element `zusatzinformationen` soll in der Sequenz auf die Position 1 gesetzt werden. Des Weiteren soll die Dokumentation der beiden Elemente `zusatzinformation` und `anforderungselementNachLandesrechtUntersagt` so angepasst werden, dass letzteres als "Zusatz" deklariert wird.

Begründung: Im Normalfall wird nur das Element `zusatzinformationen` gefüllt, in dem übergreifend dokumentiert wird, dass angeforderte Elemente nicht übermittelt wurden. Darüber hinaus können mit dem Element `anforderungselementNachLandesrechtUntersagt` Detailinformationen geliefert werden.

zum Element type.Behoerdenauskunft.Steuerungsinformationen/keineAdresskettenverfolgung

Die AG Test vertritt die Meinung, dass eine Adresskettenverfolgung nur bei Bedarf und *ausschließlich für Detailauskünfte* aktiviert werden soll. Des Weiteren muss (zunächst außerhalb von XMeld) die Bedeutung einer Adresskettenverfolgung eindeutig definiert und dokumentiert werden, sodass das Ergebnis einer Verfolgung klar ist.

Begründung:

- Bei standardmäßiger Aktivierung einer Adresskettenverfolgung besteht die Gefahr, dass vermeidbarer Verarbeitungsaufwand produziert wird, *wenn anfragende Stellen keine bewusste Entscheidung treffen müssen*. Eine zeitnahe Antwort einer Anfrage ist aufgrund des erheblich erhöhten Verarbeitungsaufwands bei aktivierter Adresskettenverfolgung nicht möglich (insbesondere bei synchroner Kommunikation).
- Das BMG lässt keinen eindeutigen Schluss einer standardmäßigen Adresskettenverfolgung zu.

Vorschlag zur Modellierung:

Das Element soll umbenannt werden in `adresskettenverfolgung`. Es soll mandatorisch sein und die Werte `true` und `false` erlauben.

Die Information von und Austausch mit JA und AL ist erforderlich (siehe Todo EG 07a, Nr. 4).

Bearbeitet durch: interne QS**Bearbeitet am: 2014-07-04**

Qualitätssicherung der Umsetzung vom 22.6. Verbleibende

zu 1

überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 2

überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 3

überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 4
Verb ‚enthält‘ fehlt, wird unmittelbar ergänzt

zu 5
überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 6
überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 7
Die Entscheidung der AG Mod Nachweisdaten nicht als Auswahldaten zu verwenden wird akzeptiert

In alle 4 Tabellen wurden die Blätter 1508 und 1524 eingetragen und die Aufzählung zusammengefasst zu 1501 bis 1508 bzw. 1517 bis 1524

Das Blatt 1905 wurde in beide Auswahldatentabellen eingetragen und die Blätter 1902 und 1903 entfernt, weil es Nachweisdaten sind.

Die Abrufdatentabelle **IV.9.4.** wurde korrigiert, weil fälschlicherweise das Blatt 1904 genannt wurde zu Eintrag zu § 3 Abs. 1 Nr. 19 (Zeile 24)

zu 8
Tabelle IV 9.2 ist umbenannt wie vorgeschlagen

zu 9
in Ordnung

zu 19
überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 20
überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt, s. Nr. 7

zu 21
überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

vor 22
hier fehlt die Auseinandersetzung mit der Frage zur ‚Protokollierungspflicht der Auskunft gebenden Stellen‘ →ggf. UAG Recht oder Orga fragen

zu 22
überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 23
überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 24
Die rechtliche Komponente wurde zu Recht entfernt, weil sich die AG BMG explizit für Variante 2 ausgesprochen hat. Da dem Protokoll aber auch zu entnehmen ist, dass der Umfang der Anforderungselemente auf Konformität mit dem Landesrecht der Auskunft gebenden Stelle überprüft werden muss. Diesbezüglich sind ggf. Prozessmodell und Prozessbeschreibungen anzupassen.

Vorschlag: Anpassung der Aktivitätsbeschreibung „**Detailauskunft erstellen und versenden**“
folgenden Satz ergänzen:
Anforderungselemente, die nach Landesrecht nicht zulässig sind, werden nicht in die Auskunft aufgenommen

Dieser Satz muss nicht auf die Aktivität Trefferliste erstellen und versenden übertragen werden, weil deren maximale Umfang laut CAB auf § 38 Abs. 1 beschränkt ist.

Im Prozessmodell muss die erste Entscheidung reduziert werden auf ‚technisch durchführbar‘

zu 25

überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 26

überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 27

überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt
im Prozessmodell fehlt bei der Aktivität „Trefferliste erstellen versenden“ das Wort ‚und‘

zu 28

überprüft, Umsetzung ist erfolgt

zu 29

überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt
Text redaktionell bearbeitet

zu 30

überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 31

überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

zu 32

Argumentation gegen Umsetzung des Vorschlags der QS nachvollziehbar und absolut in Ordnung

zu 33

überprüft, Umsetzung ist in Ordnung

zu 34

überprüft, Umsetzung ist erfolgt, Typen mit Nachweisdaten wurden in den Baukasten verschoben und bei der Behördenauskunft passend verwendet. Geprüft wurde nicht, ob an allen Stellen Nachweisdaten, dem Datenumfang gemäß Tabelle entsprechend, verwendet werden.
Bei Element **staatsangehoerigkeit** soll der ebenso in XMeldIT genutzte Datentype type.StaatsangehoerigkeitMitNachweis genutzt werden

zu 35

Frage 2: Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung
Frage 1: es ist unklar an welchen Stellen diesbezüglich eine Anpassung vorgenommen wurde. Im Ablauf im Detail in Abschnitt „Aussteuerung von Suchanfragen“ ist der Empfänger der Nachricht die „zuständige Meldebehörde“. Dies ist korrekt.

zu 36

die Darstellung der Wohnung ohne Differenzierung in aktuelle und inaktuelle Wohnung wird akzeptiert.
Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 37

nicht Aufnahme der Art der gesetzlichen Vertretung wird akzeptiert

zu 38

Die Datentypen zu Auswahldaten und –abrufdaten enthalten jeweils ein Element Ordnungsmerkmal, dies scheint (die Dokumentation ist hier schlecht) dem Anliegen im CR zu entsprechen. Jedoch findet keine Auseinandersetzung mit der Zulässigkeit des Ordnungsmerkmals statt.

zu 39

In der Spezifikation existiert kein Typ KostenInformation, in der Nachricht 1321 wird für Kosteninformationen ein anonymer Typ genutzt. Umsetzung sollte noch erfolgen.

zu 40

type.Behoerdenauskunft.Wohnung enthält nur optionale Elemente

type.Behoerdenauskunft.Staatsangehoerigkeit

type.Behoerdenauskunft.Ausweisdokument

Anforderungselement Auslandanschrift enthält Staat und Anschrift

type.Behoerdenauskunft.GesetzlicherVertreter

type.Behoerdenauskunft.Partner

type.Behoerdenauskunft.Kind

Typen geprüft, Umsetzung gelungen (nach EG07a sind weitere Anpassungen erforderlich, s Bearbeitung 2014-07-02)

zu 41

Die Aussagen zu Suchparametern wurden neu aufgenommen, Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 42

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 43

was will uns der Autor mitteilen?

In den früheren Datentypen zu Personendaten und gesetzlicher Vertreter war jeweils ein Element zusatzfeldNachLandesrecht enthalten, dieses wurde entfernt und nur noch ein Mal auf anderer Ebene verwendet.

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 44

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu klären bleibt die ursprüngliche Frage

„2. Wenn über dieses Element die Anfragenachricht identifiziert werden kann und damit das ursprüngliche Suchprofil, stellt sich die Frage, aus welchem Grund das Profil noch einmal im Element suchprofilZitiert aufgeführt wird.“

zu 45

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 46

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 47

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 48

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 49

siehe Bearbeitung zu 38,

zu 50

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 51

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 52

keine Anmerkung

zu 53

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 54

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 55

Änderungen wurden offenbar nicht vorgenommen bzw. Typen von Abrufdaten wiederverwendet.
Änderungen erfolgreich.

zu 56

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 57

Punkt 2: Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

Die Fragen der AG Test:

- Der AG Test ist unklar aus welchem Grund auf der einen Seite die Aussage "Eine Verwendung des Regionalschlüssels ist dabei ausgenommen." aufgenommen, auf der anderen Seite im Typ `type.verwaltungspolitische.codierung` das Element `regionalschlüssel` beibehalten wurde.
- Die Aussage "Eine Verwendung des Regionalschlüssels ist dabei ausgenommen." sollte um eine kurze Begründung erweitert werden.

sind noch nicht beantwortet.

zu 58

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 59

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 60

wenn der Argumentation gegen den Vorschlag der AG Test gefolgt wird, dann muss auch der Text in der Ausgangssituation und Zielsetzung geändert werden „Ist im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 BMG eingetragen, erhält die abrufende Stelle keine Auskunft sondern eine **neutrale Antwort**. In diesen Fällen ist der Abruf von der Meldebehörde wie ein Ersuchen um Datenübermittlung nach § 34 BMG zu behandeln (siehe § 38 Abs. 2 S. 2 BMG).“

zu 61

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

zu 62

Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung
weitere Behandlung ist im Eintrag vom 2014-07-02 dokumentiert

noch nicht umgesetzt

type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten/zusatzfeldNachLandesrecht

IST: "Dieser Element ..."

SOLL: "Dieses Element ..."

für nächste QS

Abgleich der Tabellen zum Datenumfang untereinander und Abgleich mit den Nachrichten

Umsetzung der letzten Punkte aus der Qualitätssicherung der Umsetzung vom 22.6. und Rückmeldungen im Umlaufverfahren:

1) Rückmeldungen (redaktionell) von CH übernommen.

2) Rückmeldungen (redaktionell) von JA übernommen.

Es wurde auf Anregung von JA eine Restriction für den Typ
type.Behoerdenauskunft.Ausweisdokument aufgenommen:
type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten,Ausweisdokument in dem alle Elemente optional sind
und kein Sperrkennwort und keine Sperrsumme enthalten sind.

Das Wort „Abrufdaten“ wurde unter Begriffsdefinitionen aufgenommen.

3) Redaktionelle Anmerkungen von FZ zur Aussteuerungsnachricht wurden übernommen.

4) Redaktionelle Anmerkungen von OT zur Trefferliste und Detailauskunft wurden übernommen. Ist noch mit AL und JA abzustimmen.

6) *Vorschlag: Anpassung der Aktivitätsbeschreibung „**Detailauskunft erstellen und versenden**“ folgenden Satz ergänzen:*

Anforderungselemente, die nach Landesrecht nicht zulässig sind, werden nicht in die Auskunft aufgenommen

Umsetzung: Nicht aufgenommen, da durch Rückmeldung von JA und OT der Begriff Detailauskunft angepasst wurde.

7) *Im Prozessmodell muss die erste Entscheidung reduziert werden auf ‚technisch durchführbar‘*

Umsetzung: erfolgt.

8) zu 27

überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt

im Prozessmodell fehlt bei der Aktivität „Trefferliste erstellen versenden“ das Wort ‚und‘

Umsetzung: erfolgt.

9) zu 34

überprüft, Umsetzung ist erfolgt, Typen mit Nachweisdaten wurden in den Baukasten verschoben und bei der Behördenauskunft passend verwendet. Geprüft wurde nicht, ob an allen Stellen Nachweisdaten, dem Datenumfang gemäß Tabelle entsprechend, verwendet werden.

Bei Element **staatsangehoerigkeit** soll der ebenso in XMeldIT genutzte Datentyp
type.StaatsangehoerigkeitMitNachweis genutzt werden

Umsetzung: eigentlich war gemeint, dass kein anonymer Typ verwendet werden soll. Es wird daher nun der Typ type.Behoerdenauskunft.StaatsangehoerigkeitMitNachweis verwendet.

10) zu 35

Frage 2: Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

Frage 1: es ist unklar an welchen Stellen diesbezüglich eine Anpassung vorgenommen wurde. Im Ablauf im Detail in Abschnitt „Aussteuerung von Suchanfragen“ ist der Empfänger der Nachricht die „zuständige Meldebehörde“. Dies ist korrekt.

Die Frage ist, ob dies in der Spezifikation stehen muss. AG Modellierung hat diesbzgl. keine Wünsche geäußert.

11) zu 39

In der Spezifikation existiert kein Typ KostenInformation, in der Nachricht 1321 wird für Kosteninformationen ein anonymer Typ genutzt. Umsetzung sollte noch erfolgen.

Umsetzung: erfolgt.

12) zu 60

*wenn der Argumentation gegen den Vorschlag der AG Test gefolgt wird, dann muss auch der Text in der Ausgangssituation und Zielsetzung geändert werden „Ist im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 BMG eingetragen, erhält die abrufende Stelle keine Auskunft sondern eine **neutrale Antwort**. In diesen Fällen ist der Abruf von der Meldebehörde wie ein Ersuchen um Datenübermittlung nach § 34 BMG zu behandeln (siehe § 38 Abs. 2 S. 2 BMG).“*

Umsetzung: nicht erfolgt. Es steht schon die richtige Information im Kapitel.

13)

type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten/zusatzfeldNachLandesrecht

IST: "Dieser Element ..."

SOLL: "Dieses Element ..."

Umsetzung: Nicht erfolgt, da das Element gar nicht mehr vorhanden ist.

Umsetzung der Punkte, die mit AG Test geklärt wurden

14) zur "Schlüsseltabelle Behördenauskunft Nichterstellung Grund"

Das Protokoll der AG BMG soll von JH noch einmal im Hinblick auf Entscheidungen zu den Varianten 1 bis 3 (siehe Bearbeitung am 2014-02-14) geprüft werden. Falls die Ablehnung der Variante 1 nicht eindeutig belegt werden kann, sollen alle drei Varianten realisiert werden, der Schlüssel "03" ("Suchparameter nach Landesrecht nicht zulässig") somit zunächst beibehalten und ggf. später über eine Handlungsanweisung die Schlüsseltabelle "Behördenauskunft Nichterstellung Grund" eingeschränkt werden.

Umsetzung: Protokoll der AG BMG liegt noch nicht vor. Daher bleibt der Schlüssel nun drin.

15) zu den DSMeld-Blättern 1508, 1524 und 1905

Die Blätter sollen in die Auswahldaten aufgenommen werden, Blatt 1905 (Sterbeort – Staat) nach § 34 Abs. 1 Nr. 14 BMG, die beiden anderen Blätter (Anschrift – Staat des Ehegatten bzw. Lebenspartners) aufgrund des Prinzips, für länderspezifische Anforderungen alle Möglichkeiten zu bieten.

Umsetzung: erfolgt.

16) zu type.FamilienstandNurBegründung und type.Religion

Den Datentypen type.FamilienstandNurBegründung und type.Religion entsprechend soll jeweils ein neuer Datentyp mit ausschließlich optionalen Elementen erstellt werden.

Umsetzung: erfolgt. Neuer Typ für Daten zur Religion eingefügt. Wird in den Abrufdaten und in den Auswahldaten zur betroffenen Person verwendet. Neuer Typ type.Behoerdenauskunft.FamilienstandNurBegründung wird in den Auswahldaten verwendet.

17) zu den Abrufdaten

Die Abrufdaten sollen analog zu den Auswahldaten mit durchgehend optionalen Elementen modelliert werden.

(Abgelehnte Alternative: Es ist nicht sinnvoll Nachweisdaten ohne das zu belegende Datum zu übermitteln. Aus diesem Grund soll für Elemente mit Nachweisdaten zwei Anforderungselemente definiert werden:

5. Element ohne Nachweisdaten
6. Element mit Nachweisdaten

Als Konsequenz können die genutzten Datentypen (z. B. `type.WaffenrechtlicheErlaubnisMitNachweis`) mit ihren Pflichtelementen bestehen bleiben.)

Umsetzung: Typen wurden eingeführt und werden für die Abrufdaten verwendet.

18) zu den Steuerungsinformationen

Die Elemente `suchbereich` und `suchbereichNachLandesrecht` sollen innerhalb eines XML-Choice modelliert werden, sodass auf jeden Fall eines der Elemente bei der Anfrage bestimmt werden muss. Modellierungsvorschlag:

Variante A

- `suchbereich` (choice; Multiplizität "1")
 - `suchbereich` (Multiplizität "1")
 - `suchbereichNachLandesrecht` (Multiplizität "1")

Variante B

- `suchbereich` (choice; Multiplizität "1")
 - `bundesland`
 - ...
 - `regionalschlüssel`
 - `suchbereichNachLandesrecht` (Multiplizität "1")

Variante B wird von der AG Test bevorzugt.

Umsetzung: `type.verwaltungspolitische.codierung` wurde angepasst. Type `Behoerdenauskunft.ZusatzfeldNachLandesrecht` wurde umbenannt und in den Baukasten verschoben.

19) zu `type.Behoerdenauskunft.ZusatzfeldNachLandesrecht/feldinhalt`

Die Multiplizität des Feldes soll weiterhin "0..*" sein, da die Angabe mehrerer Inhalte in der Theorie möglich ist.

Umsetzung: nicht erfolgt, Multiplizität ist auf 1..* gewesen. Es ist zu klären, ob AG Test einen Fehler gemacht hat oder die Multiplizität geändert werden soll.

Antwort: AG Test hat sich verschrieben. soll 1..*

20) Vorschlag für eine Vorbemerkung zu den Nachrichten und Datentypen

Die Bemerkung "Die im Folgenden abgebildeten Typen und Nachrichten sollen nur den möglichen Gesamtumfang darstellen. Die Pflicht zur Umsetzung richtet sich nach den bundes- und landesrechtlichen Vorgaben." soll so oder ähnlich vor den Nachrichten und Datentypen aufgeführt werden (siehe *Todo EG 07a, Nr. 3*).

Umsetzung: Satz wurde modifiziert als letzter Satz unter Übersicht über den Ablauf aufgenommen.

21) zum Element `type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Geburtsdaten/geburtszeitraum`

Für dieses Element soll der gleiche Hinweis aufgenommen werden wie für Hausnummernbereiche (keine verpflichtende Umsetzung).

Umsetzung: Hinweis wurde aufgenommen.

22) zu **type.Behoerdenauskunft.Zusatzinformationen**

Das Element `zusatzinformationen` soll in der Sequenz auf die Position 1 gesetzt werden. Des Weiteren soll die Dokumentation der beiden Elemente `zusatzinformation` und `anforderungselementNachLandesrechtUntersagt` so angepasst werden, dass letzteres als "Zusatz" deklariert wird.

Begründung: Im Normalfall wird nur das Element `zusatzinformationen` gefüllt, in dem übergreifend dokumentiert wird, dass angeforderte Elemente nicht übermittelt wurden. Darüber hinaus können mit dem Element `anforderungselementNachLandesrechtUntersagt` Detailinformationen geliefert werden.

Umsetzung: erfolgt.

23) zum Element

type.Behoerdenauskunft.Steuerungsinformationen/keineAdresskettenverfolgung

Die AG Test vertritt die Meinung, dass eine Adresskettenverfolgung nur bei Bedarf und ausschließlich für Detailauskünfte aktiviert werden soll. Des Weiteren muss (zunächst außerhalb von XMeld) die Bedeutung einer Adresskettenverfolgung eindeutig definiert und dokumentiert werden, sodass das Ergebnis einer Verfolgung klar ist.

Begründung:

- Bei standardmäßiger Aktivierung einer Adresskettenverfolgung besteht die Gefahr, dass vermeidbarer Verarbeitungsaufwand produziert wird, wenn anfragende Stellen keine bewusste Entscheidung treffen müssen. Eine zeitnahe Antwort einer Anfrage ist aufgrund des erheblich erhöhten Verarbeitungsaufwands bei aktivierter Adresskettenverfolgung nicht möglich (insbesondere bei synchroner Kommunikation).
- Das BMG lässt keinen eindeutigen Schluss einer standardmäßigen Adresskettenverfolgung zu.

Vorschlag zur Modellierung:

Das Element soll umbenannt werden in `adresskettenverfolgung`. Es soll mandatorisch sein und die Werte `true` und `false` erlauben.

Die Information von und Austausch mit JA und AL ist erforderlich (siehe Todo EG 07a, Nr. 4).

Umsetzung: Vorschlag wurde umgesetzt. Es wurde mit AL vorbesprochen, ob das zwingende Setzen des Flags problematisch ist. AL hat keine Bedenken.

24) Der Satz „Die Meldebehörde überprüft die Zulässigkeit des Abrufs nur, wenn dazu Anlass besteht.“ wird gemäß QS-Instanz in das Kapitel in die Ausgangssituation und Zielsetzung aufgenommen.

Anmerkung FM

zu den Anforderungselementen ist mir nur zum Wohnungsstatuswechseldatum etwas aufgefallen. Dadurch, dass alle Elemente kombinierbar sind liegt es aber eigentlich an der anfragenden Stelle, dass auch die richtigen Daten abgerufen werden. Einzugs- und Wohnungsstatuswechseldatum könnte man dann zusammenfassen, wenn Einzugsdatum und Wohnungsstatus angefragt wurden. Das Wohnungsstatuswechseldatum ist eigentlich auch nur dann sinnvoll, wenn die anfragende Stelle den Wohnungsstatus kennt. Das gilt umgekehrt bei Wohnungsstatus und Einzugsdatum angefordert wurden. In diesem Fall wäre auch die Angabe des Wohnungsstatuswechseldatums (wenn gefüllt) sinnvoll.

Versionshistorie wurde aktualisiert.

Für die Aussteuerungsnachricht wurde der Dienst *Aussteuerung* erstellt.

Für die Datenabrufe nach § 38 wurden zusätzlich zum synchronen Dienst die asynchrone Dienste erstellt.

für nächste interne QS

Abgleich der Tabellen zum Datenumfang untereinander und Abgleich mit den Nachrichten

Bearbeitet durch: interne QS**Bearbeitet am: 2014-07-10**

Im Detail werden geprüft:

2) Rückmeldungen (redaktionell) von JA übernommen.

*Es wurde auf Anregung von JA eine Restriction für den Typ
type.Behoerdenauskunft.Ausweisdokument aufgenommen:
type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Ausweisdokument in dem alle Elemente optional sind
und kein Sperrkennwort und keine Sperrsumme enthalten sind.*

QS: Die Umsetzung wurde geprüft. Die Datentypen heißen mittlerweile
type.Abruf.Ausweisdokument und type.Abruf.AusweisdokumentOhneSperrinformationen und
sind nun in den Baukasten verschoben, da sie auch bei der einfachen Melderegisterauskunft
verwendet werden.

Beim Datentyp type.Abruf.AusweisdokumentOhneSperrinformationen müssen Titel und Doku
verdeutlichen, dass hier keine Sperrinformationen enthalten sind. Der Titel bezieht sich derzeit
noch nur auf Datenabrufe nach § 38.

Das Wort „Abrufdaten“ wurde unter Begriffsdefinitionen aufgenommen.

QS: Wurde bereits in der Sitzung am 08.07.2014 begutachtet.

*4) Redaktionelle Anmerkungen von OT zur Trefferliste und Detailauskunft wurden übernommen. Ist
noch mit AL und JA abzustimmen.*

QS: Die Definition wurde bereits mit AL und JA abgestimmt: Es soll noch eine redaktionelle
Anpassung erfolgen:

„Führt eine Suchanfrage zu mehr als einem Treffer, wird eine „Trefferliste“ erstellt. Die Trefferliste
enthält die Personen, deren Daten den in der Suchanfrage übermittelten Parametern entsprechen und
zu denen keine Auskunftssperre nach § 51 BMG vorliegt. In einer Trefferliste wird ein auf
Familiename, Vornamen, Geburtsdatum, derzeitige Anschrift, Sterbetag ggf. die Tatsache, dass die
Person verstorben ist, sowie ein Identifikationsmerkmal beschränkter
Datenumfang zu den gefundenen Personen übermittelt.“

7) Im Prozessmodell muss die erste Entscheidung reduziert werden auf ‚technisch durchführbar‘

Umsetzung: erfolgt.

QS: Geprüft und in Ordnung.

8) zu 27

überprüft, Umsetzung ist wie vorgeschlagen erfolgt im Prozessmodell fehlt bei der Aktivität „Trefferliste
erstellen versenden“ das Wort ‚und‘

Umsetzung: erfolgt.

QS: Geprüft und in Ordnung.

9) zu 34

überprüft, Umsetzung ist erfolgt, Typen mit Nachweisdaten wurden in den Baukasten verschoben und bei der Behördenauskunft passend verwendet. Geprüft wurde nicht, ob an allen Stellen Nachweisdaten, dem Datenumfang gemäß Tabelle entsprechend, verwendet werden.

Bei Element **staatsangehoerigkeit** soll der ebenso in XMeldIT genutzte Datentyp **type.StaatsangehoerigkeitMitNachweis** genutzt werden

Umsetzung: *eigentlich war gemeint, dass kein anonymer Typ verwendet werden soll. Es wird daher nun der Typ **type.Behoerdenauskunft.StaatsangehoerigkeitMitNachweis** verwendet.*

QS: Geprüft und in Ordnung.

10) zu 35

Frage 2: Umsetzung überprüft, die Umsetzung ist in Ordnung

Frage 1: es ist unklar an welchen Stellen diesbezüglich eine Anpassung vorgenommen wurde. Im Ablauf im Detail in Abschnitt „Aussteuerung von Suchanfragen“ ist der Empfänger der Nachricht die „zuständige Meldebehörde“. Dies ist korrekt.

Die Frage ist, ob dies in der Spezifikation stehen muss. AG Modellierung hat diesbzgl. keine Wünsche geäußert.

QS: Anpassung ist nicht erforderlich.

11) zu 39

*In der Spezifikation existiert kein Typ **Kosteninformation**, in der Nachricht 1321 wird für Kosteninformationen ein anonymer Typ genutzt. Umsetzung sollte noch erfolgen.*

Umsetzung: *erfolgt.*

QS: Geprüft und in Ordnung.

12) zu 60

*wenn der Argumentation gegen den Vorschlag der AG Test gefolgt wird, dann muss auch der Text in der Ausgangssituation und Zielsetzung geändert werden „Ist im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 BMG eingetragen, erhält die abrufende Stelle keine Auskunft sondern eine **neutrale Antwort**. In diesen Fällen ist der Abruf von der Meldebehörde wie ein Ersuchen um Datenübermittlung nach § 34 BMG zu behandeln (siehe § 38 Abs. 2 S. 2 BMG).“*

Umsetzung: *nicht erfolgt. Es steht schon die richtige Information im Kapitel.*

QS: Geprüft und in Ordnung.

13)

type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten/zusatzfeldNachLandesrecht

IST: "Dieser Element ..."

SOLL: "Dieses Element ..."

Umsetzung: *Nicht erfolgt, da das Element gar nicht mehr vorhanden ist.*

QS: Geprüft und in Ordnung.

Umsetzung der Punkte, die mit AG Test geklärt wurden

14) zur "Schlüsseltabelle Behördenauskunft Nichterstellung Grund"

Das Protokoll der AG BMG soll von JH noch einmal im Hinblick auf Entscheidungen zu den Varianten 1 bis 3 (siehe Bearbeitung am 2014-02-14) geprüft werden. Falls die Ablehnung der Variante 1 nicht eindeutig belegt werden kann, sollen alle drei Varianten realisiert werden, der Schlüssel "03" ("Suchparameter nach Landesrecht nicht zulässig") somit zunächst beibehalten und ggf. später über eine Handlungsanweisung die Schlüsseltabelle "Behördenauskunft Nichterstellung Grund" eingeschränkt werden.

Umsetzung: Protokoll der AG BMG liegt noch nicht vor. Daher bleibt der Schlüssel nun drin.

QS: Geprüft und in Ordnung.

15) zu den DSMeld-Blättern 1508, 1524 und 1905

Die Blätter sollen in die Auswahldaten aufgenommen werden, Blatt 1905 (Sterbeort – Staat) nach § 34 Abs. 1 Nr. 14 BMG, die beiden anderen Blätter (Anschrift – Staat des Ehegatten bzw. Lebenspartners) aufgrund des Prinzips, für länderspezifische Anforderungen alle Möglichkeiten zu bieten.

Umsetzung: erfolgt.

QS: Geprüft und in Ordnung.

16) zu type.FamilienstandNurBegründung und type.Religion

Den Datentypen `type.FamilienstandNurBegründung` und `type.Religion` entsprechend soll jeweils ein neuer Datentyp mit ausschließlich optionalen Elementen erstellt werden.

Umsetzung: erfolgt. Neuer Typ für Daten zur Religion eingefügt. Wird in den Abrufdaten und in den Auswahldaten zur betroffenen Person verwendet. Neuer Typ `type.Behoerdenauskunft.FamilienstandNurBegründung` wird in den Auswahldaten verwendet.

QS: Geprüft und in Ordnung. Typen heißen nun `type.Behoerdenauskunft.Religion`, und `type.Abruf.FamilienstandNurBegründung`

17) zu den Abrufdaten

Die Abrufdaten sollen analog zu den Auswahldaten mit durchgehend optionalen Elementen modelliert werden.

(Abgelehnte Alternative: Es ist nicht sinnvoll Nachweisdaten ohne das zu belegende Datum zu übermitteln. Aus diesem Grund soll sollen für Elemente mit Nachweisdaten zwei Anforderungselemente definiert werden:

7. Element ohne Nachweisdaten
8. Element mit Nachweisdaten

Als Konsequenz können die genutzten Datentypen (z. B.

`type.WaffenrechtlicheErlaubnisMitNachweis`) mit ihren Pflichtelementen bestehen bleiben.)

Umsetzung: Typen wurden eingeführt und werden für die Abrufdaten verwendet.

QS: Prüfung erfolgt beim Abgleich der Nachrichten

18) zu den Steuerungsinformationen

Die Elemente `suchbereich` und `suchbereichNachLandesrecht` sollen innerhalb eines XML-Choice modelliert werden, sodass auf jeden Fall eines der Elemente bei der Anfrage bestimmt werden muss. Modellierungsvorschlag:

Variante A

- `suchbereich` (choice; Multiplizität "1")

- *suchbereich* (Multiplizität "1")
- *suchbereichNachLandesrecht* (Multiplizität "1")

Variante B

- *suchbereich* (choice; Multiplizität "1")
 - *bundesland*
 - ...
 - *regionalschlüssel*
 - *suchbereichNachLandesrecht* (Multiplizität "1")

Variante B wird von der AG Test bevorzugt.

Umsetzung: type.verwaltungspolitische.codierung wurde angepasst. Type Behoerdenauskunft.ZusatzfeldNachLandesrecht wurde umbenannt und in den Baukasten verschoben.

QS: fehlt noch: suchbereich (choice; Multiplizität "1")

19) zu type.Behoerdenauskunft.ZusatzfeldNachLandesrecht/feldinhalt

Die Multiplizität des Feldes soll weiterhin "0..*" sein, da die Angabe mehrerer Inhalte in der Theorie möglich ist.

Umsetzung: nicht erfolgt, Multiplizität ist auf 1..* gewesen. Es ist zu klären, ob AG Test einen Fehler gemacht hat oder die Multiplizität geändert werden soll.

Antwort: AG Test hat sich verschrieben. soll 1..*

QS: Umsetzung in Ordnung.

20) Vorschlag für eine Vorbemerkung zu den Nachrichten und Datentypen

Die Bemerkung "Die im Folgenden abgebildeten Typen und Nachrichten sollen nur den möglichen Gesamtumfang darstellen. Die Pflicht zur Umsetzung richtet sich nach den bundes- und landesrechtlichen Vorgaben." soll so oder ähnlich vor den Nachrichten und Datentypen aufgeführt werden (siehe Todo EG 07a, Nr. 3).

Umsetzung: Satz wurde modifiziert als letzter Satz unter Übersicht über den Ablauf aufgenommen. JG hat zusätzlich einen Textbeitrag mit AL und JA abgestimmt und zugeliefert.

QS: Satz soll in der Übersicht wieder raus. Der abgestimmte Text zwischen JG, AL, JA ist im Abschnitt Datentypen aufgenommen worden.

21) zum Element type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Geburtsdaten/geburtszeitraum

Für dieses Element soll der gleiche Hinweis aufgenommen werden wie für Hausnummernbereiche (keine verpflichtende Umsetzung).

Umsetzung: Hinweis wurde aufgenommen.

QS: Umsetzung in Ordnung.

22) zu type.Behoerdenauskunft.Zusatzinformationen

Das Element *zusatzinformationen* soll in der Sequenz auf die Position 1 gesetzt werden. Des Weiteren soll die Dokumentation der beiden Elemente *zusatzinformation* und *anforderungselementNachLandesrechtUntersagt* so angepasst werden, dass letzteres als "Zusatz" deklariert wird.

Begründung: Im Normalfall wird nur das Element *zusatzinformationen* gefüllt, in dem übergreifend dokumentiert wird, dass angeforderte Elemente nicht übermittelt wurden. Darüber hinaus

können mit dem Element `anforderungselementNachLandesrechtUntersagt` Detailinformationen geliefert werden.

Umsetzung: erfolgt.

QS: Umsetzung in Ordnung.

23) zum Element

type.Behoerdenauskunft.Steuerungsinformationen/keineAdresskettenverfolgung

Die AG Test vertritt die Meinung, dass eine Adresskettenverfolgung nur bei Bedarf und ausschließlich für Detailauskünfte aktiviert werden soll. Des Weiteren muss (zunächst außerhalb von XMeld) die Bedeutung einer Adresskettenverfolgung eindeutig definiert und dokumentiert werden, sodass das Ergebnis einer Verfolgung klar ist.

Begründung:

- Bei standardmäßiger Aktivierung einer Adresskettenverfolgung besteht die Gefahr, dass vermeidbarer Verarbeitungsaufwand produziert wird, wenn anfragende Stellen keine bewusste Entscheidung treffen müssen. Eine zeitnahe Antwort einer Anfrage ist aufgrund des erheblich erhöhten Verarbeitungsaufwands bei aktivierter Adresskettenverfolgung nicht möglich (insbesondere bei synchroner Kommunikation).
- Das BMG lässt keinen eindeutigen Schluss einer standardmäßigen Adresskettenverfolgung zu.

Vorschlag zur Modellierung:

Das Element soll umbenannt werden in `adresskettenverfolgung`. Es soll mandatorisch sein und die Werte `true` und `false` erlauben.

Die Information von und Austausch mit JA und AL ist erforderlich (siehe Todo EG 07a, Nr. 4).

Umsetzung: Vorschlag wurde umgesetzt. Es wurde mit AL vorbesprochen, ob das zwingende Setzen des Flags problematisch ist. AL hat keine Bedenken. JA auch nicht.

QS: Umsetzung in Ordnung.

24) Der Satz „Die Meldebehörde überprüft die Zulässigkeit des Abrufs nur, wenn dazu Anlass besteht.“ wird gemäß QS-Instanz in das Kapitel in die Ausgangssituation und Zielsetzung aufgenommen.

QS: Umsetzung in Ordnung.

Versionshistorie wurde aktualisiert.

Für die Aussteuerungsnachricht wurde der Dienst Aussteuerung erstellt.

Für die Datenabrufe nach § 38 wurden zusätzlich zum synchronen Dienst die asynchrone Dienste erstellt.

QS: Umsetzung in Ordnung.

Abgleich der Tabellen zum Datenumfang untereinander und Abgleich mit den Nachrichten

`type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.beigeschriebenePerson`. Das „b“ muss groß geschrieben werden.

Die Datentypen `type.Behoerdenauskunft.SprengstoffrechtlicheErlaubnisMitNachweis` und `type.Behoerdenauskunft.WaffenrechtlicheErlaubnisMitNachweis`, sind erstellt, werden aber noch nicht verwendet.

Auswahldaten der einfachen Behördenauskunft:

Die DSmeld-Blätter 1213a und 1200 sowie 0001 sollen aus der Tabelle entfernt werden. (Analog EMRA) Blatt 2302 soll raus, weil es ein Nachweisdatum ist.

Auswahldaten der Auskunft an Sicherheitsbehörden:

Es fehlt noch der Hinweis auf Erweiterungen nach Bundes- und Landesrecht

Datenblätter 1213a und 1200 sowie 0001, 2302 sollen analog einf. Behördenauskunft aus der Tabelle entfernt werden.

Im Datentyp `type.NameNatuerlichePersonMitNachweis` soll das Element `vornamen` wieder optional gemacht werden und in Abrufdaten verwendet werden.

In den Tabellen zu Abrufdaten

Beim GV noch das Blatt 0916

Der Datentyp `type.Abruf.Partner` bei soll beim Element `wohnung/anschrift` soll den Typ `Abruf.Meldeanschrift` haben.

Das Blatt 1200 muss beim Kind entfernt werden.

In den Abrufdaten muss der Datentyp `PassversagungMitNachweis` verwendet werden.

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-07-11

Folgende Änderungen wurden noch vorgenommen:

2) Rückmeldungen (redaktionell) von JA übernommen.

*Es wurde auf Anregung von JA eine Restriction für den Typ `type.Behoerdenauskunft.Ausweisdokument` aufgenommen:
`type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Ausweisdokument` in dem alle Elemente optional sind und kein Sperrkennwort und keine Sperrsumme enthalten sind.*

QS: Die Umsetzung wurde geprüft. Die Datentypen heißen mittlerweile `type.Abruf.Ausweisdokument` und `type.Abruf.AusweisdokumentOhneSperrinformationen` und sind nun in den Baukasten verschoben, da sie auch bei der einfachen Melderegisterauskunft verwendet werden.

Beim Datentyp `type.Abruf.AusweisdokumentOhneSperrinformationen` müssen Titel und Doku verdeutlichen, dass hier keine Sperrinformationen enthalten sind. Der Titel bezieht sich derzeit noch nur auf Datenabrufe nach § 38.

Umsetzung: Titel wurde angepasst.

4) Redaktionelle Anmerkungen von OT zur Trefferliste und Detailauskunft wurden übernommen. Ist noch mit AL und JA abzustimmen.

QS: Die Definition wurde bereits mit AL und JA abgestimmt: Es soll noch eine redaktionelle Anpassung erfolgen:

„Führt eine Suchanfrage zu mehr als einem Treffer, wird eine „Trefferliste“ erstellt. Die Trefferliste enthält die Personen, deren Daten den in der Suchanfrage übermittelten Parametern entsprechen und

zu denen keine Auskunftssperre nach § 51 BMG vorliegt. In einer Trefferliste wird ein auf Familienname, Vornamen, Geburtsdatum, derzeitige Anschrift, Sterbetag ggf. **die** Tatsache, dass die Person verstorben ist, sowie **ein** Identifikationsmerkmal beschränkter Datenumfang zu den gefundenen Personen übermittelt.“

Umsetzung: erfolgt.

18) zu den Steuerungsinformationen

Die Elemente `suchbereich` und `suchbereichNachLandesrecht` sollen innerhalb eines XML-Choice modelliert werden, sodass auf jeden Fall eines der Elemente bei der Anfrage bestimmt werden muss. Modellierungsvorschlag:

Variante A

- `suchbereich` (choice; Multiplizität "1")
 - `suchbereich` (Multiplizität "1")
 - `suchbereichNachLandesrecht` (Multiplizität "1")

Variante B

- `suchbereich` (choice; Multiplizität "1")
 - `bundesland`
 - ...
 - `regionalschlüssel`
 - `suchbereichNachLandesrecht` (Multiplizität "1")

Variante B wird von der AG Test bevorzugt.

Umsetzung: `type.verwaltungspolitische.codierung` wurde angepasst. Type `Behoerdenauskunft.ZusatzfeldNachLandesrecht` wurde umbenannt und in den Baukasten verschoben.

QS: fehlt noch: `suchbereich` (choice; Multiplizität "1")

Umsetzung: Im Datentyp `type.Behoerdenauskunft.Steuerungsinformationen` wurde das Element `suchbereich` mandatorisch gemacht.

20) Vorschlag für eine Vorbemerkung zu den Nachrichten und Datentypen

Die Bemerkung "Die im Folgenden abgebildeten Typen und Nachrichten sollen nur den möglichen Gesamtumfang darstellen. Die Pflicht zur Umsetzung richtet sich nach den bundes- und landesrechtlichen Vorgaben." soll so oder ähnlich vor den Nachrichten und Datentypen aufgeführt werden (siehe Todo EG 07a, Nr. 3).

Umsetzung: Satz wurde modifiziert als letzter Satz unter Übersicht über den Ablauf aufgenommen. JG hat zusätzlich einen Textbeitrag mit AL und JA abgestimmt und zugeliefert.

QS: Satz soll in der Übersicht wieder raus. Der abgestimmte Text zwischen JG, AL, JA ist im Abschnitt Datentypen aufgenommen worden.

Umsetzung: erfolgt. Satz gestrichen.

Abgleich der Tabellen zum Datenumfang untereinander und Abgleich mit den Nachrichten

`type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.beigeschriebenePerson`. Das „b“ muss groß geschrieben werden.

Umsetzung: erfolgt.

*Die Datentypen type.Behoerdenauskunft.SprengstoffrechtlicheErlaubnisMitNachweis **und** type.Behoerdenauskunft.WaffenrechtlicheErlaubnisMitNachweis, sind erstellt, werden aber noch nicht verwendet.*

Umsetzung: Im Datentyp type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten.Personendaten werden für die Elemente waffenrechtlicheErlaubnis und sprengstoffrechtlicheErlaubnis nun die Datentypen type.Behoerdenauskunft.SprengstoffrechtlicheErlaubnisMitNachweis und type.Behoerdenauskunft.WaffenrechtlicheErlaubnisMitNachweis genutzt.

Auswahldaten der einfachen Behördenauskunft:

Die DSMeld-Blätter 1213a und 1200 sowie 0001 sollen aus der Tabelle entfernt werden. (Analog EMRA) Blatt 2302 soll raus, weil es ein Nachweisdatum ist.

Umsetzung: erfolgt

Auswahldaten der Auskunft an Sicherheitsbehörden:

Es fehlt noch der Hinweis auf Erweiterungen nach Bundes- und Landesrecht

Umsetzung: Hinweis wurde aufgenommen.

Datenblätter 1213a und 1200 sowie 0001, 2302 sollen analog einf. Behördenauskunft aus der Tabelle entfernt werden.

Umsetzung: erfolgt

Im Datentyp type.NameNatuerlichePersonMitNachweis soll das Element vornamen wieder optional gemacht werden und in Abrufdaten verwendet werden.

Umsetzung: erfolgt

In den Tabellen zu Abrufdaten

Beim GV noch das DSMeld-Blatt 0916

Umsetzung: DSMeld-Blatt wurde in beide Tabellen aufgenommen

Der Datentyp type.Abruf.Partner bei soll beim Element wohnung/anschrift soll den Typ Abruf.Meldeanschrift haben.

Umsetzung: type.Abruf.Wohnung.Partner angelegt und in type.Abruf.Partner verwendet. Alle Elemente sind nun optional.

Das Blatt 1200 muss beim Kind entfernt werden.

Umsetzung: erfolgt

In den Abrufdaten muss der Datentyp type.PassversagungMitNachweis verwendet werden.

Umsetzung: erfolgt

Das Kapitel „Datenabrufe nach § 38 BMG“ wurde neu erstellt und ersetzt teilweise das Kapitel „6. Datenübermittlung an Behörden und sonstige öffentliche Stellen“ sowie vollständig das Kapitel „15. Datenabruf durch die Polizeien“.

Die neuen Nachrichten 1320 und 1321 dienen sowohl zum Datenabruf durch Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden als auch zum Datenabruf durch andere öffentliche Stellen (einfache Behördenauskunft).

Die bisher in der Spezifikation enthaltenen Nachrichten 0420 und 0421 und die Nachrichten 1300 bis 1311 sowie deren spezielle Datentypen wurden aus der Spezifikation entfernt.

Im Detail sind folgende Anpassungen erfolgt:

Datentypen

- Die Datentypen
 - `type.polizei.einzelauskunft.person`,
 - `type.polizei.trefferliste.name`,
 - `type.polizei.identifikationsmerkmal`,
 - `type.polizei.suchprofil` und
 - `type.datenuebermittlung.person0421`wurden gelöscht.
- Die Datentypen
 - `type.Behoerdenauskunft.Abrufdaten`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Auskunft`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.Personendaten`,
 - `type.Behoerdenauskunft.beigeschriebenePerson`,
 - `type.Behoerdenauskunft.DatenAbrufendeStelle`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Identifikationsmerkmal`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Religion`,
 - `type.Behoerdenauskunft.SprengstoffrechtlicheErlaubnisMitNachweis`,
 - `type.Behoerdenauskunft.WaffenrechtlicheErlaubnisMitNachweis`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Staatsangehoerigkeit`,
 - `type.Behoerdenauskunft.StaatsangehoerigkeitMitNachweis`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Steueringformationen`,
 - `type.Behoerdenauskunft.SuchanfrageAntwort`,
 - `type.Behoerdenauskunft.SuchanfrageNichtMoeglich`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Suchprofil`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Anschrift`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Geburt`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Geburt`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Geburtsdaten`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Geburtszeitraum`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Suchprofil.Hausnummer.Bis`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Wohnung`,
 - `type.Behoerdenauskunft.Zusatzinformationen` und
 - `type.Aussteuerung.Identifikation.Person`wurden neu aufgenommen.
- Die Datentypen
 - `type.Kosteninformation`, `type.Abruf.AnschriftMelderecht`,
 - `type.Abruf.Ausweisdokument`,
 - `type.Abruf.AusweisdokumentOhneSperrinformationen`,
 - `type.Abruf.Familienstand`,
 - `type.Abruf.FamilienstandNurBegrueundung`,
 - `type.Abruf.FamilienstandMitNachweis`,
 - `type.Abruf.GesetzlicherVertreter`,
 - `type.Abruf.Kind` und
 - `type.Abruf.Partner`

wurden in das Informationsmodell aufgenommen. Sie enthalten jeweils nur optionale Elemente und werden für die Datenabrufe nach § 38 BMG sowie für einfache Melderegisterauskünfte verwendet.

- Die Dokumentation des Typs **type.anlass.abfrage** wurde angepasst.

Nachrichten

- Die Nachrichten
 - **datenuebermittlung.anforderungbenutzerdefiniert.0420**,
 - **datenuebermittlung.antwortbenutzerdefiniert.0421**,
 - **polizei.anfrage.1300**,
 - **polizei.trefferliste.1301**,
 - **polizei.einzelanfrage.1302**,
 - **polizei.einzelauskunft.1303**,
 - **polizei.trefferlistenichtmoeglich.1310** und
 - **polizei.einzelauskunftnichtmoeglich.1311**wurden aus der Spezifikation entfernt.
- Die Nachrichten
 - **datenabrufe.suchanfrage.1320**,
 - **datenabrufe.antwort.1321** und
 - **datenabrufe.aussteuerung.suchanfrage.1322**
- wurden in die Spezifikation aufgenommen.

Schlüsseltabellen

- Die Schlüsseltabellen
 - „**Schlüsseltabelle 67 Anforderungselement**“,
 - „**Schlüsseltabelle 84 Polizei.Anforderungselement**“,
 - „**Schlüsseltabelle 85 Polizei.Status**“,
 - „**Schlüsseltabelle 90 Polizei.Grund.fuer.Nichterstellung.Trefferliste**“ und
 - „**Schlüsseltabelle 91 Polizei.Grund.fuer.Nichterstellung.Einzelauskunft**“wurden aus der Spezifikation gelöscht.
- Die Schlüsseltabellen
 - „**Schlüsseltabelle Behördenauskunft Aktualität Suche Status**“,
 - „**Schlüsseltabelle Behördenauskunft Anforderungselement**“,
 - „**Schlüsseltabelle Behördenauskunft Ergebnisstatus**“ und
 - „**Schlüsseltabelle Behördenauskunft Nichterstellung Grund**“wurden in die Spezifikation aufgenommen.
- In der „**Schlüsseltabelle XMeld-Nachrichten**“ wurde zu den Codes **0420** und **0421** sowie **1300** bis **1311** der Hinweis aufgenommen, dass diese zum nächsten Release entfallen. Die Codes **1320**, **1321** und **1322** wurden neu in die Schlüsseltabelle aufgenommen.

Allgemeine Prozessmuster

Der Prozess zur Aussteuerung von Suchanfragen sowie die Nachricht 1322 wurden neu aufgenommen.

Beide werden sowohl bei den Datenabrufen nach § 38 BMG als auch bei der einfachen Melderegisterauskunft verwendet.

Dienste

Die Dienste *Aussteuerung*, *Datenabrufe*, *Abrufasynchron* und *Abrufasynchron2mb* wurden hinzugefügt.